

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13693. Sprechstunde: Wochentags 8—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die 14tägige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Der Kongress der American Federation of Labour in Toronto beschloß den Anschluß an die gewerkschaftliche Internationale.

Offiziell wird gemeldet, daß die Reichsverfassungsordnung dem Reichstage noch vor Ostern zu gehen soll.

Der ungarische Handelsminister Kossuth hat die für die Verunglückten von Messina gesammelten Gelder zum großen Teile dem ungarischen Presseverein Otthou geschenkt.

Die persische Thronrede erhob gegen die russische Invasion Protest.

Die Uebertrumpfung des Erpressungsparagrafen.

Leipzig, 22. November.

Der § 240 des Borentwurfs eines neuen Strafgesetzbuchs, den wir zum Schluß des vorigen Artikels über den Borentwurf schon als eine besonders gefährliche Kautschukbestimmung erwähnt haben, lautet: Wer in rechtswidriger Absicht einen andern durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark bestraft. — Der Versuch ist strafbar.

Die Begründung serviert diesen Paragraphen selbstverständlich als eine Verbesserung gegen den jetzigen Zustand, wo eine strafbare Nötigung nur vorliegt, wenn jemand widerrechtlich durch Gewalt oder Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen zu einer Handlung usw. genötigt wird. Die Höchststrafe dafür beträgt nur ein Jahr Gefängnis oder 600 Mk. Geldstrafe.

Der gewalttätige Unterschied zwischen dem jetzigen Paragraphen und dem projektierten fällt auf den ersten Blick ins Auge. Nach § 240 soll hinfort jede Drohung, die einen andern zu einer Handlung usw. nötigt, strafbar sein, nach dem jetzigen Recht erfüllen nur Bedrohungen mit einem Verbrechen oder Vergehen den Tatbestand. Der Borentwurf sieht also eine ungeheuerliche Erweiterung des Tatbestands vor. Die Begründung will das also rechtfertigen:

Diese Abgrenzung (auf Bedrohung mit Verbrechen oder Vergehen. Red.) ist wissenschaftlich angegriffen und auch in der neueren Strafgesetzgebung meist verlassen. Sie trifft eine Reihe der für den Bedrohten in wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht schwerwiegendsten Drohungen nicht, da diese sich oft nicht unter den strafrechtlichen Tatbestand eines Verbrechens

oder Vergehens bringen lassen. Es ist dies der Fall z. B. mit der Androhung der Entthüllung unliebsamer Vorkommnisse aus dem Vor- oder Familienleben, der Drohung mit einer Strafanzelge

Gegen eine Strafbestimmung, die die angeführten und ähnliche Fälle treffen würde, könnte selbstverständlich niemand etwas einwenden. Aber die Sozialdemokratie muß energisch dagegen protestieren, daß ein neuer Kautschukparagraf geschaffen wird, der zur Fuzung für die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung ganz besonders geeignet ist. Die Begründung tut zwar sehr weltfremd und führt zu Anfang gar aus, daß es nicht angängig sei, im Zusammenhang mit § 240 Strafbestimmungen gegen den Bontott oder zum Schutze der Arbeitswilligen zu schaffen. Dann geht's weiter:

So wünschenswert es ist, gewisse Arten des von Arbeitern und Arbeitgebern ausgehenden Bontotts, die eine schwere Schädigung des Gemeinwohls bedeuten und zu deren Bekämpfung die bestehenden Gesetze keine ausreichende Handhabe bieten, strafrechtlich treffen zu können, so schwierig ist andererseits eine strafrechtliche Begriffsbestimmung und Abgrenzung der gemeinschädlichen Bontottfälle. Es müßte Fürsorge dagegen getroffen werden, daß nicht auch andre, an sich nicht notwendig sittlich und rechtlich unerlaubte Tatbestände unter die Strafandrohung fallen. Eine solche Abgrenzung ist kaum möglich

Nährend ist hier die paritätische Erwähnung von Arbeitern und Arbeitgebern. Wer indes weiß, wie die Rechtsprechung bisher den Bontott der Arbeiter und der Unternehmer sehr gut zu scheiden gewußt hat, welsch „Nährmichnichtan“ die schwarzen Listen der Unternehmer für die deutschen Staatsanwälte und Regierungsvertreter sind — die Zuchthausvorlage, die den Arbeitern des Streikpostenstehen verbot, sah ausdrücklich die Regalierung der schwarzen Listen vor — der kommt um den Verdacht nicht herum, daß unter den andern „an sich nicht notwendig sittlich und rechtlich unerlaubten Tatbeständen“, die nicht unter die Strafandrohung fallen dürften, deren Abgrenzung aber kaum möglich ist, hauptsächlich die von Unternehmern ausgehenden Bontotts verstanden werden. Und wenn die Sachverständigenkommission das nicht tut, die Rechtsprechung tut es sicherlich!

Das Absonderlichste aber ist, daß die Herren Sachverständigen, die besten Strafrechtslehrer Deutschlands, in ihrer ehrlichen und gemachten Weltfremdheit gar nicht merken, daß sie im § 240 gerade ein Mittel geschaffen haben, das den Bontott zu fassen ermöglicht und das gleichzeitig auch die Unterscheidung zwischen den guten und den bösen Bontotts zuläßt, also alle Wünsche erfüllt, die sie in der Begründung als nicht realisierbar beklagen! Das liegt so klar auf der Hand, daß auch deutsche Hochschulpromessoren es bemerken müßten, sofern sie nur ein klein wenig Fühlung mit dem Leben oder auch nur mit dem Rechtsleben, d. h. der Gerichtspraxis haben. Nichts

leichter für einen deutschen Staatsanwalt und ein deutsches Gericht, als zu deduzieren, daß der Bontott eine Drohung ist, die einen andern zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigen soll. Das Mittel aber, die guten von den bösen Bontotts zu scheiden, die Arbeiter zu bestrafen und die Unternehmer laufen zu lassen, wenn beide Teile dasselbe tun, wird durch die Eingangsworte des Paragrafen geliefert, die da lauten: „Wer in rechtswidriger Absicht...“ Die rechtswidrige Absicht ist der springende Punkt; ist sie nicht vorhanden, so ist der Tatbestand der Nötigung nicht erfüllt. Die Begründung tut sich auf diese Neuerung gegen den jetzigen Zustand sehr viel zugute; sie erzählt, daß das Fehlen dieses Moments zu einer weitgehenden Anwendung des Gesetzes geführt hat,

obwohl in manchen Fällen ein wirkliches Bedürfnis für eine Bestrafung nicht bestanden hat und zugleich zu Verurteilungen geführt, die in einzelnen Fällen dem allgemeinen Rechtsempfinden nicht entsprochen haben. Auch wenn der Täter unter Anwendung der Mittel des § 240 einen ehrlichen, erlaubten oder verdienstvollen Zweck verfolgte, konnte Bestrafung eintreten. Der Entwurf nimmt daher eine Einschränkung vor und macht die Strafbarkeit davon abhängig, daß der Täter in rechtswidriger Absicht gehandelt hat. Diese Regelung will den vom Täter verfolgten Zweck berücksichtigen und scheidet die Fälle aus, in denen der Täter zu nötigen berechtigt war. Also nicht nur das Mittel, auch der Zweck soll entscheiden. Ist das Ziel erlaubt, so tritt Straflosigkeit ein

Das klingt ganz plausibel, und dagegen wäre auch nichts einzuwenden, wenn — wir eine andre Rechtsprechung hätten. Unter der jetzigen aber wird diese Bestimmung notwendigerweise die aller schlimmste Klassenjustiz gebären. Nach allen bisherigen Erfahrungen müssen wir schließen, daß die deutschen Bourgeoisrichter beim Bontott, der von Arbeitern ausgeht, die rechtswidrige Absicht bejahen, bei dem von Unternehmern ausgeübten aber sie verneinen werden. Es sei nur an die beiden Dokumente der Klassenjustiz erinnert, die wir hier feinerzeit angegahelt haben. In dem Braunschweiger Fall wurde ein sozialdemokratischer Redakteur verurteilt, der die Handlung eines Unternehmers Erpressung genannt hatte, die genau dieselben Tatbestandsmerkmale auswies wie jene Handlungen, wegen derer Arbeiter in vielen Fällen als Erpresser verurteilt wurden. Und im Kieler Fall wurden Unternehmer freigesprochen, die einen Berufsgenossen durch Berrückelung und Bontott in ihre Koalition zwingen wollten, eine Handlung, die bei Arbeitern stets zu schwerer Verurteilung geführt hat. Das Reichsgericht bewies in diesem Fall, wo es sich um Unternehmer handelte, ein erfreuliches Verständnis für den Wert der Koalition und das sittliche Recht, den Berater an den Interessen seiner Klasse zur Respektierung dieser Interessen zu zwingen — ein Verständnis, das es noch stets vermessen lieb, wenn es sich um angeklagte Arbeiter handelte. Nach solchen Erfahrungen müßten die

Seuilleton.

Andreas Pöst.

Bauernroman von Ludwig Thoma.

(Nachdruck verboten.)

Zehntes Kapitel.

Der Buchdrucker Schüchel fühlte sich in den Mittelpunkt der Ereignisse gestellt, seitdem er sein „Nußbacher Wochenblatt“ als Organ des bayrischen Bauernbunds bezeichnete.

Sein Beitritt zu dieser Partei war nicht ein durchaus freiwilliger. Vor nunmehr zwanzig Jahren hatte der evangelische Schriftsetzer Adolf Schüchel die verwitwete Besitzerin der einzigen Nußbacher Zeitung geheiratet und sich in den Schoß der katholischen Kirche geflüchtet. Und von diesem Tage an war es ihm gut ergangen. Die Geistlichkeit schätzte den Eifer des Neubekehrten, und ihr Wohlgefallen äußerte sich nicht nur in Worten.

Schüchel fand tatkräftige Unterstützung und Hilfe. Man empfahl seine Zeitung und sorgte für ihre Verbreitung; junge Heißsporne lieferten ihm streitbare Leitartikel, und zuweilen ergriff eine wichtige Persönlichkeit das Wort im Nußbacher Wochenblatte.

Auch im nichtpolitischen Teile kamen häufig Beiträge aus geistlichen Federn. Deman Meh schilderte hier seine Reise zum heiligen Hause von Loreto, Benefiziat Scheible seine Pilgerfahrt nach Jerusalem, und was des Spannenden mehr war. Nebenher verdiente Schüchel durch den Verlag von Gebetbüchern und Erbauungsschriften ein schönes Stück Geld; bekam Heiligenbilder, Sterbeandenken und Kirchenzettel zu drucken und wurde im Laufe von fünfzehn Jahren ein wohlhabender Mann.

Er fand großen Gefallen an dem behäbigen Leben der Altbayern, welches sich so angenehm von den Gepflogenheiten seiner mittelfränkischen Heimat unterschied. Er sehte allmählich Fett an und war wie alle Nußbacher Bürger.

Wenigstens äußerlich; denn daß er sie geistig übertrage, blieb ihm stets eine tröstliche Ueberzeugung.

Nun wäre alles recht und schön gewesen, wenn nicht eines Tags Frau Johanna Schüchel plötzlich verstorben wäre. Dieses Ereignis zog andre nach sich, welche in ihrem Verlaufe der katholischen Kirche einen eifrigen Anhänger entfremdeten und das Nußbacher Wochenblatt zu einem Organ des Bauernbunds machten.

Adolf Schüchel wurde zu frühe Witwer. Er war nicht alt genug, um allen Freuden des christlichen Ehestandes zu entsagen und Versuchungen zu widerstehen, welche an wohlhabende Männer herantreten.

Nach dem Tode seiner Frau wandte er sich an seine Verwandten in Ansbach, ob sie nicht eine geeignete Person wüßten, welche ihm den Haushalt führen könnte. Diese fanden ein passendes Mädchen, und kurze Zeit darauf zog Sophie Schnell in das Schüchelsche Haus. Sie war jung, hübsch und hatte die runden Formen, welche Witwern gefährlich sind.

Ein halbes Jahr später wurde sie die Gattin des Buchdruckereibesizers.

Das klingt einfach und ist menschlich. Aber es war ein Umstand dabei, der die Sache verwickelt machte.

Sophie Schnell, jetzige Schüchel, war Protestantin und verstand sich nicht dazu, ihren Glauben zu wechseln.

So gab es eine Mißhebe.

Und die Greuel derselben wurden vermehrt, als ein Kind zur Welt kam, welches nach dem unbeugamen Entschlusse der Mutter der evangelischen Kirche zufließ.

Damit waren alle Beziehungen Schüchels, seines Verlags und seiner Zeitung zu der katholischen Geistlichkeit gelöst. Die Zeiten waren vorüber, in denen man Be-

schreibungen frommer Wallfahrten im Nußbacher Wochenblatte lesen konnte; Heiligenbilder und Sterbeandenken kamen nicht mehr in die Abzidenzmaschine, und die Kirchenzettel blieben aus.

Schüchel war nicht gleichgültig gegen diese Anfälle; wenn es nur auf ihn angekommen wäre, hätte er sich gewiß gebeugt vor einer Gewalt, die geben und nehmen kann.

Aber an dem Willen seiner Frau scheiterte jeder Versuch, den er zum Einkenten machte. So blieb ihm vorerst nur der Trost, daß die Nußbacher Leserwelt auf seine Zeitung angewiesen war.

Bald wurde er aus seiner Sicherheit aufgeschreckt.

Ein unternehmender Schwabe, Simon Hefele aus Ravensburg, gründete eine neue Zeitung, den „Nußbacher Anzeiger“.

„Auf daß die katholische Bevölkerung des Distrikts eine Presse besitze, welche ihrer wahren Meinung Ausdruck verleiht und nicht länger die im katholischen Gewande einhergehende Irrlehre ihre giftigen Dünste verbreiten lasse,“ hieß es im Begründungsartikel, welcher vermutlich nicht von dem ehemaligen Bäckergehilfen Hefele, sondern von dem Verfasser der Wallfahrt nach Loreto geschrieben war. Der Krieg war erklärt, und die Ausichten waren für Schüchel nicht günstig.

Hinter ihm standen keine Truppen, und er selbst durfte nicht mit offenem Bissere kämpfen.

Er mußte die Geißlichkeit schonen und seine Schläge so zielen, daß sie den wahren Feind nicht trafen.

Das nahm ihm die halbe Kraft.

Wie anders Simon Hefele!

Der ließ sein Banner lustig im Winde flattern, und mit ihm stritt der Herr mit seinen Scharen.

Drei Jahre dauerte der ungleiche Kampf, einer gegen viele. Schüchel wollte fast verzagen. Er konnte sich der Fiebe kaum noch erwehren, die auf ihn niederprasselten.

deutschen Arbeiter Linte geflossen haben, wenn sie glauben wollten, daß der projektirte § 240 nicht eine ähnliche zwiefältige Anwendung finden werde.

Die rechtswidrige Ablicht läßt sich ja auch puppenleicht kontrahieren, wenn Arbeiter auf Grund dieses Paragraphen angeklagt werden. Bonlottieren die Arbeiter ein Lokal, so handeln sie in rechtswidriger Absicht, denn sie haben ja auf die Benutzung des Lokals für ihre Versammlung keinen juristisch eintragbaren, keinen rechtlichen Anspruch. Zwingen aber Amtsvorsteher einen Wirt durch Drohungen mit frühzeitiger Polizeistunde und dergleichen, sein Lokal für Arbeiterversammlungen zu verweigern, so finden die Staatsanwälte regelmäßig, daß den Herren das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ihrer Handlung gekehrt hat und verweigern die Anklageerhebung, wie verschiedene Fälle zeigen, die sich in neuerer Zeit in Schlesien ereignet haben. Und das geschieht, nachdem bei der Beratung des Vereinsgesetzes der damalige Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg solche behördliche Saalabteilung als strafbaren Amtsmißbrauch qualifiziert hat! Daß die Staatsanwälte ebenso entscheiden werden, wenn es sich statt der Amtsvorsteher um andre Angehörige der herrschenden Klasse handelt, um Gutbesitzer oder Unternehmer, bei denen nicht einmal die Befreiung einer Amtspflicht in Frage kommt, das versteht sich von selbst. Sie werden in solchen Fällen schon das berechtigste Interesse zu entdecken wissen, das die rechtswidrige Absicht oder doch das Bewußtsein davon ausschließt.

Noch trasser wird die Rechtungleichheit, wenn es sich um den Lohnkampf handelt. Drohen die Arbeiter den Streik an, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden, so begehen sie eine strafbare Nötigung, denn sie drohen dem Unternehmer mit einem Uebel und sie tun's in rechtswidriger Absicht, da sie auf die Bewilligung ihrer Forderungen kein juristisch erweisliches Recht haben. Droht aber der Unternehmer mit der Aussperrung, falls die Arbeiter sich weigern, eine Lohnkürzung anzunehmen, so wird das Gericht stets die rechtswidrige Absicht vermissen, denn der Unternehmer hat das Recht, nur solche Arbeiter zu beschäftigen, die ihm passen und den Lohn zu zahlen, der ihm angemessen dünkt, sofern er nur die eventuelle Kündigungsfrist beobachtet.

So wird eine Bestimmung geschaffen, die noch besser als der Erpressungsparagraph gegen kämpfende Arbeiter zu verwenden ist. Der Arbeitervertreter, der in der Unterhandlung dem Unternehmer den Streik in Aussicht stellt, kann vermittels des § 240 noch bequemer zur Strafe gebracht werden, als mit dem Erpressungsparagraphen. Und dieselben Herren Strafrechtsgelehrten, die in der Begründung zum Erpressungsparagraphen sagen, daß der Borentwurf hier auf demselben Standpunkt steht, wie die kleine Strafgesetznovelle, die die Anwendung des Paragraphen auf kämpfende Arbeiter erheblich erschweren will — freilich mit durchaus untauglichen Mitteln — dieselben Strafrechtsgelehrten schaffen im Nötigungsparagraphen eine Kaufschulbestimmung, die noch viel schlimmeres über die kämpfende Arbeiterschaft bringen muß, als nur je der ungeänderte Erpressungsparagraph getan hat!

Wir werden sehen, daß der Borentwurf noch einige ähnliche Kaufschulbestimmungen enthält, die die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung in weit schlimmerem Maße bedrohen, als es alle ihre Vorgänger im jetzigen Recht vermögen.

Kieler Momentaufnahmen.

Am Freitag wurde im Kieler Werkprozeß der frühere Arbeiter des Angellagten Frankenthal, Mühl, vernommen. Er hat mehrmals gesehen, daß Wiegezetteln geändert oder neu gemacht worden sind. Bei der Vernehmung durch den Untersuchungsrichter hat der Zeuge, wie das verlesene Protokoll nachweist, gesagt, daß Frankenthal ihn aufgefordert habe, beladene Wagen nur mit drei Rädern auf die Wage zu fahren. Mehrere Zeugen, die für Frankenthal Material von der Werft und dem Expedienten Friedrichs ort abgeholt haben, sagen aus, daß unter den leeren Wagen, die zur Werft gefahren wurden, Weiklöge bis zu 100 Pfund Gewicht gebunden waren und daß diese, wenn die beladenen Wagen gewogen werden sollten, wieder abgenommen wurden. Frankenthal habe ihnen auch den Auftrag gegeben, die vollbeladenen Wagen nur mit zwei Rädern auf die Wage zu fahren. Einige dieser Zeugen geben an, den Weisungen Frankenthals gefolgt zu sein. Frankenthal bestreitet, durch Weiklöge das Taragewicht der Wagen erhöht zu haben. Die Weiklöge könnten nur Hilfsarbeiter ihm gestohlen und unter den Wagen versteckt haben.

Die ungeheuerliche Grobheit des Bäckergehilfen vereinte sich mit der kunstfertigen Spitzfindigkeit geistlicher Hintermänner, um ihn zu verderben. Da kam der Bauernbund und mit ihm die Rettung.

Jetzt hatte Schlüssel ein Programm, eine Partei und Mitarbeiter.

Unter den Bürgern, welche sich sogar der neuen Bewegung anschlossen, war mancher, der etwas zu sagen hatte, und der sich freute, wenn er unerkannt Feuerbrände umherzuschleudern durfte.

Artikel erschienen jetzt im Wochenblatte, Artikel von so ungehobelter Dürbtheit, daß die Betroffenen am Zeitgeiste verzweifeln.

Ja, daß der schwäbische Bäckergehilfe nach furchtbaren Gegenanstrengungen erklären mußte, es verbiete ihm der Anstand, im gleichen Tone zu erwidern.

Es half jedoch dem Rußbacher Anzeiger nichts, daß er seine Spalten jetzt nur solchen Darstellungen einräumen wollte, welche vornehme Gefinnung atmeten.

Seine klöbigen Feinde zwangen ihn zum wenigsten jede Woche einmal, mit einem zornigen Ausschrei ihnen auf das Gebiet politischer Gemeinheit zu folgen.

Der Stadtprediger Roth wandte historische Kenntnisse und alle Künste scharfer Dialektik auf, um die Gegner zu erdrücken.

Er versicherte von einem zum andern Male, daß ihm die kampfhaften Anstrengungen derselben unendlich viel Vergnügen bereiteten, und daß er ein herzliches Lachen nicht unterdrücken könne, ob des unbeholfenen Stils, in welchen die verworrenen Gedanken eingekleidet seien.

Aber wenn Befehle auch noch so oft hinzufügte, daß sich der bewußte Artikelschreiber im Wochenblatte von dem vernichtenden Schläge kaum mehr erholen dürfte, so war er trotzdem bald darauf gezwungen, angeekelt neuer Gemeinheiten zu fragen, ob katholische Hausvor-

Der Gerichtsschreiber Schielede war mit der Durchsicht der beschlagnahmten Korrespondenzen des Angeklagten beauftragt. In den ersten Tagen seiner Tätigkeit, so bekundete er, sei ein unbekannter Herr an ihn herangetreten und habe ihm 500 Mk. geboten, wenn er die Durchsicht möglichst beschleunigen wolle. Im August sei eines Abends ein Reporter eines Kieler bürgerlichen Blattes an ihn herangetreten und habe ihm 1000 Mark geboten, wenn er die Durchsicht beschleunigen und nichts finden werde. Der Reporter habe ihm für später noch mehr Geld in Aussicht gestellt. Er habe das Ansuchen abgelehnt, später aber erfahren, daß ein Sohn des angeklagten Magazinredirektors Heinrich das Geld habe hergeben wollen. Der Sohn Heinrichs erklärte, er habe befürchtet, daß durch Veranlassung Frankenthals seinem Vater „etwas in die Schuhe geschoben“ werden sollte. Deshalb habe er auf Schielede einwirken wollen.

Die Weiklögegeschichte spielte auch noch in die Verhandlung vom Sonnabend hinein. Der Aufseher Jochens, der 20 Jahre bei Frankenthal als Aufseher beschäftigt war, erklärte, daß er mit einem andern Arbeiter einmal Weiklöge unter dem leeren Wagen befestigt habe. Auf die Frage, ob er von Frankenthal dazu aufgefordert worden sei, verweigert er die Aussage.

Aufsehenerregend waren die Aussagen des Magazinredirektors Kantowski. Kantowski ist am 4. Februar dieses Jahres zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er mit dem Kohlschreiber Peters gemeinsam Beer, Farbe, Öl von der Werft entwendet und an Private verkauft hat. Er wiederholte sein schon vorher bei dem Untersuchungsrichter abgelegtes Geständnis. Im Jahre 1896 sei er in das Delmagazin als Aufseher gekommen; er bemerkte, daß große Mehrbestände an Öl vorhanden waren und meldete es dem Magazinredirektor Heinrich. Die Mehrbestände betragen ca. 30 000 Kilogramm. Heinrich nahm diese Meldung entgegen, es geschah aber nichts, um die Mehrbestände aufzuklären, trotzdem Kantowski noch mehrere Male davon Meldung machte. Später sollten zweimal je 50 000 Kilogramm Öl von Kaufmann Reppening an die Werft geliefert werden. Die ersten 50 000 Kilo wurden auch geliefert. Heinrich überzeigte sich dann im Delfelder, ob auch das richtige Quantum angefahren sei und sagte dabei zu Kantowski, die nächsten 30 000 Kilo würden nicht mehr angefahren, er solle aber, wenn die Rechnung komme, beschleunigen, daß er 50 000 Kilo emplanen habe, von Reppening würde er dann seinen Anteil bekommen. Kantowski hat dafür von Reppening 2500 Mark in Gold und einige Zeit darauf noch 4000 Mark in Wertpapieren erhalten. Nach dem Tode des alten Reppening, der im Jahre 1899 erfolgte, haben Kantowski und Heinrich auch noch mit dem jungen Reppening, der jetzt mit auf der Anklagebank sitzt, ähnliche Delgeschäfte gemacht. Einmal hat Kantowski auf Veranlassung Heinrichs dem Reppening, der schmutzige Öl von der Werft gekauft habe, 2000 Kilo, ein andres Mal 4000 Kilo gutes Öl zugewendet. Dafür erhielt Kantowski im ersten Falle 600 Mark, im zweiten Falle 1000 Mark von Reppening. Ähnliche Geschäfte haben beide auch mit Frankenthal gemacht. Dieser erhielt auch einmal 4000 Kilo und einmal 2000 Kilo gutes Öl als Zugabe, dafür erhielt Kantowski 400 und 1300 Mark. Frankenthal und Reppening behaupteten dagegen, Kantowski sei zu ihnen gekommen und habe sie um ein Darlehen gebeten, was sie ihm auch gegeben hätten. Dabei habe er ihnen gesagt, daß er auch gutes Öl mitgegeben habe. In Wahrheit sei es aber kein gutes, sondern schlechtes Öl gewesen. Kantowski sagte weiter aus, daß alle Lieferungen für die Werft durchs Annahmecomte gehen sollen. Vor der Aufdeckung der Unterschleife sei es aber vorgekommen, daß größere Lieferungen, so auch die Dellelieferung des Reppening, durchs Werftor gleich zum Magazin gefahren wurden. Bei diesen Lieferungen beschleunigte dann der Magazinredirektor auf der Rechnung die geleistete Quantität, und die Annahmecommission machte danach ihre Eintragungen in das Annahmebuch.

Der Prozeß dürfte noch einige Wochen in Anspruch nehmen.

Wahlfortschritte und Hemmungen der amerikanischen Sozialdemokratie.

Die nach und nach bekannt werdenden Resultate der städtischen und Staatswahlen im Raube zeigen, daß die amerikanische Sozialdemokratie am 2. November fast auf der ganzen Linie Fortschritte gemacht hat, selbst gegenüber dem sozialistischen Präsidialwahlvotum vom vorigen Jahre, so daß sich die Niederlage in der Metropole als drückende Erscheinung erweist. Was das New Yorker Wahlergebnis betrifft, so hat nach den amtlichen Ziffern der sozialistische Bürgermeisterskandidat Cassidy 10 000 Stimmen erhalten, gegen 11 817, die im Jahre 1905 auf den Genossen Lee entfielen, und gegen 25 785, die 1908 für unseren Präsidialkandidaten Debs abgegeben wurden. Der pseudo-radikale deonistische Hilgel mußte sich mit 1277 Stimmen begnügen, gegen 2280 im Jahre 1905 und 1818 im vorigen Jahre. Wenn der Stimmenrückgang diesmal besonders empfindlich war, so lag das hauptsächlich daran, daß keine umfassende und ernsthafte Kampagne betrieben worden war. Wie weit das unbefriedigende Ergebnis durch lokal-taktische Mängel zu erklären ist, ist bereits Gegenstand einer eifrigen Diskussion in der New Yorker Parteigenossenschaft. Die aufstrebenden Genossen mügen aber, um gerecht zu sein, auch die in der reichsdeutschen Arbeiterpresse öfter dar-

stände es mit ihrem Gewissen vereinigen könnten, das Rußbacher Wochenblatt zu halten.

Und im weiteren Verlaufe trat gegen den gelehrten Alban Roth ein Mann auf, dem er nicht gewachsen war; der bürgerliche Schuhmachermeister Jakob Prantl. Ursprünglich für den geistlichen Beruf bestimmt, studierte er sechs Jahre lang am humanistischen Gymnasium zu Freising.

Er kam nicht über die vierte Lateinklasse hinaus und zeigte keinerlei Neigung für gelehrte Dinge.

Erst später entwickelte sich sein Geist, als er zum ehrsamem Handwerk überging und wie sein Vater die Stiefel der Rußbacher Menschheit schäffte, sohte und englisierte. Wenn er so auf seinem Schemel saß und mit dem Wechdraht Oberleder und Rahmen zusammennähte, oder die Sohle mit Hammerschlägen rundete, schweiften seine Gedanken zurück in die Zeit, da er noch lateinische Sätze bildete und die seltsamen Schriftzeichen der griechischen Sprache lernte.

Jetzt erwachte in ihm die Liebe zur Wissenschaft, und er bewahrte sorgsam die kümmerlichen Reste, welche ihm geblieben waren. In dem Notizbuch, in das er die Maße der Fußlängen und Risthöhen seiner Kunden schrieb, stand auf der ersten Seite sein Name mit griechischen Buchstaben: Jakobus Prantl, Schuster. Allmählich verwarfte sich in seinem Gedächtnis die Erinnerung daran, daß er selbst die Fortsetzung seiner Studien aufgegeben hatte, und er bestärkte sich immer mehr in dem Glauben, daß harte Schickale oder feindliche Einflüsse seiner Laufbahn hinderlich geworden waren.

Er geriet mit der Menschheit, deren Füße er bekleidete, und wurde ein strenger Richter über Welt und Dinge. Seine Gehilfen und Lehrlinge bekamen manches bedeutende Wort zu hören über Staat und Kirche und jegliche Obrigkeit.

Eine tiefe Verachtung der anerkannten Autorität sprach aus ihm, wenn er nahe und ferne Ereignisse in den

gelegten spezifischen Schwierigkeiten des amerikanischen Terrains nicht außer Acht lassen, die sich in Newyork, der Kapitale des Kapitals, dem monströsen Zentrum seiner Machtentwicklung und vollkorumprierenden Einflüsse, ganz besonders geltend machen. Newyork ist auch der Sitz der Slavic Federation, deren Eltern, das kapitalistische Interesse und ein reaktionäres Arbeiterführertum, von borniertem Haß gegen den Sozialismus zusammengeführt wurden. Auch in den eigenen Reihen wird die politische Arbeiterbewegung Newyorks durch den deonistischen Splitter und den Nach-Kostischen und sonstigen Anarchismus geschwächt und gehemmt. Der Phrasen-Madikalismus der Anarchisten ist für die einem halborientalischen Druid entnommenen slavischen Proletariermassen, die seit Jahren den Grundstock der Einwanderung bilden, um so anziehender, als das amerikanische Anarchistengesetz jenen mehr oder weniger edlen Wirkkräften seit Mc Kinleys Tod zu dem billigen Prestige des Märtyrertums verhilft. Die stärksten Widerstände erwachsen der sozialistischen Propaganda und Organisation gerade in Newyork aus der immer ununterbrochenen Heterogenität, der babylonischen Sprachenverwirrung des Proletariats, auf das sie wirken soll, und die Arbeit an diesem flutenden Körper wird noch besonders erschwert durch den von Jahr zu Jahr mehr ins Orientalische wechsellenden nationalen und kulturellen Charakter der Einwanderungswellen. Nach den deutschen, italienischen, böhmischen, ungarischen, holländischen, finnischen, lettischen, russischen, südbischen Zweigorganisationen gebrauchte die Partei in Newyork heute griechische, armenische, chinesische und japanische Gruppen, und manche weltlichere Nationalität erforderte ebenfalls noch ihre besondere organisatorische Berücksichtigung. Ein solches Organisationswert heißt natürlich, und ganz besonders in Kriegszeiten, gewaltige Geldmittel. Und die unbefruchteten Mittel, die Tammany Haß gestatteten, mit englischer, jüdischer, ungarischer, böhmischer, griechischer, italienischer, russischer, slowakischer, slavonischer, schwedischer, norwegischer, chinesischer, dänischer, französischer, armenischer, syrischer und natürlich auch mit deutscher Junge zu reden, stehen unserer Partei eben nicht zur Verfügung.

Wie wir einleitend bemerkten, sind die Wahlergebnisse außer halb der Stadt Newyork, speziell auch im State Newyork, dem Sozialismus fast durchweg günstig; und am besten wählte des Westens. Die schönste Jubelmeldung kam aus der neucanadischen „Schuhstadt“ Saverhill, die von 1898 bis 1903 fünfmal der Genossen Carey ins Staatsparlament entsandte, einen sozialistischen Arbeitermeister und sozialistische Stadträte wählte. Gewerkschaftsaktivitäten und Passivitäten brachten die sozialistische Hochburg 1903 zu Fall. Mit 651 gegen 629 republikanische Stimmen wählte Davenport am 2. November den Sozialisten Morrill zum Repräsentanten. In mehreren Stadtverwaltungen von Massachusetts zogen zum erstenmal Parteigenossen ein.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Anschluß der American Federation of Labour an das internationale Sekretariat der Gewerkschaften.

Der gegenwärtig in der kanadischen Stadt Toronto tagende Kongreß der American Federation of Labour hat einen Beschluß von weittragender Bedeutung gefaßt.

Der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen erhielt am Sonnabend, den 20. November, von dem Präsidenten der Federation ein Telegramm aus Toronto des Inhalts:

Die American Federation of Labour hat den Anschluß an das internationale Sekretariat beschlossen.

Womper.

Mit diesem Beschluß ist die Armee der gewerkschaftlichen Internationale um mehr denn ein und eine halbe Million Mitglieder verstärkt worden. Hossentlich bringt mit dem Anschluß auch der Geist der modernen Arbeiterbewegung mehr und mehr in die Reihen der Federation ein; einige Ansätze sind, wie wir erst kürzlich mitteilten, dazu ja vorhanden. Andererseits hat gerade in diesen Tagen der einflußreiche John Mitchell wieder Vorschläge zur Erschwerung der Einwanderung von Arbeitern gemacht, die dem Charakter und den Grundfäden der Internationale strikt zuwiderlaufen. Der Federation harret also eine schwierige, aber um so dankbarere Aufgabe. Wir kennen die Gründe des Kongresses für seinen Beschluß noch nicht, doch steht zu erwarten, daß die jüngsten Ereignisse in den Vereinigten Staaten, die Kämpfe in Westcoast Rods usw., auch den Delegierten auf dem Kongreß in Toronto endlich die Augen geöffnet haben, daß der internationale Zusammenschluß der Arbeiter aller Länder notwendig ist. Auch der kürzlich von uns mitgeteilte Appell des Exekutivrates der Federation an deren Mitglieder zur Unterstützung der kämpfenden Schweden ließ die Hoffnung aufkeimen, daß die Federation neue Bahnen zu wandeln beginnt. Der Beschluß zeigte deutlich, daß dem Druck

Kreis seiner Betrachtungen zog, und er war mit Bitterkeit erfüllt. Seine Gedanken wurden ährender, weil er sie meist für sich behalten mußte.

Darum ging er mit lebhaftem Feuer, mit Hingabe seiner ganzen Persönlichkeit an die Arbeit, als sich endlich Gelegenheit für ihn bot, im Rußbacher Wochenblatt seine Meinung zu sagen.

Er schrieb einen seltsamen Stil. Als er in die Schule ging, hielt man noch etwas auf die Kunst, eine Periode in die Länge zu ziehen; man stützte sie mit Relativsätzen, wenn sie umsinken wollte und stützte der Ermatteten durch Bindewörter neuen Mut ein.

Jakobus Prantl bemächtigte sich dieser Form. Sie entsprach seiner Gewohnheit, tiefen Sinn zu verdecken und wiederum mit leichten Andeutungen zu entblößen. Und sie entsprach auch der Fülle seines Wissens, die sich in der geraden Linie nicht entwickeln konnte, sondern ihre Äste nach allen Seiten hin ausbreitete. Und so entstanden also jene merkwürdigen Aufsätze über das verderbliche Zusammenwirken von Staat und Kirche, welche dem Stadtprediger Alban Roth schlaflose Nächte bereiteten. Er fand hier in krausem Durcheinander alle Behauptungen, welche von katholischen Schriftstellern in bänderreichen Werken widerlegt worden waren.

Sie tauchten im Rußbacher Wochenblatt so frisch und munter auf, als hätten sie eben das Licht der Welt erblickt und wären nicht schon vor Jahrzehnten begraben worden. Eine qualvolle Arbeit begann für Herrn Roth; auf die ersten Irrtümer wies er mit spöttischem Mitleid hin, die nächsten übergoss er mit der Lauge des Hohns, aber bald wuchs ihm die Aufgabe über den Kopf.

Wie Pilze schossen die Lügen, Verdrehungen, Entstellungen und Irrlehren aus dem Boden.

Er wußte nicht mehr, wo anfangen und wo enden. Links, rechts, vor ihm, hinter ihm erhoben sich die unersättlichen Gifschwämme.

(Fortsetzung folgt.)

Verhältnisse und dem Drange der Massen auch der einflussreichste „Führer“ seinen Tribut zahlen muß, wenn er sich nicht dem Einflusse begeben will. Damit erledigt sich für uns die politische und in ihrer Tendenz nur allzu deutliche Rolle im rechten Deste des Korrespondenzblattes der Generalkommission, wo man uns mit „einigen deutschen Parteilitern“, d. h. mit Kantak, in Widerspruch zu setzen sucht.

Der Beschluß von Toronto aber müge die Hoffnungen erfüllen, die die gesamte Arbeiterbewegung auf ihn setzt, daß nämlich das nordamerikanische Proletariat in einem Kampfsprechenden Gieße der Internationale werde.

Leipzig und Umgebung.

Die neuangeworbenen Stahlschweizer.

Am 10. Oktober wurde im hiesigen Eldorado eine Generalversammlung des Allgemeinen Stahlschweizerbundes, oder richtiger einer Gruppe desselben, abgehalten, über die wir berichteten, weil sie erkennen ließ, wie es in einer nicht vom Geiste der modernen Arbeiterbewegung beherrschten Organisation zugeht. Am 14. Oktober hat nun im selben Lokale die andere Gruppe getagt, und wir sind heute in der Lage, auch über diese Generalversammlung einen Bericht zu bringen. Der Streit beider Gruppen ist entstanden, als die Druckerei Neubert in Plauen, die das „amtliche“ Organ des Bundes druckte, gemeinsam mit dem Vorstande den Geschäftsführer Pfeifer entließ. Pfeifer vereinigte sich mit einem gewissen Klubschmidt, der in Plauen keine rühmliche Rolle gespielt hat, und gründete hier in Leipzig am 10. Oktober einen neuen Verband und eine neue Zeitung, deren Redakteur er wurde. Diese beiden Gruppen, der richtiger die Drahtzieher beider Gruppen, haben sich nun in der Presse und in Versammlungen gegenseitig die schärfsten Anschuldigungen vorgeworfen, so daß jetzt eine Menge Prozesse schweben.

Über die letzte Versammlung wird nun berichtet: Delegierte aus allen Himmelsrichtungen waren erschienen. Einige Delegierte handelten auch im Auftrage ihrer Kollegen, „reinen Tisch zu machen“, zum Schluß mußten auch sie wieder erkennen, daß die Spezies weggefahren waren.

Nach dem Vorstandsbericht wurde man auch gewahr, daß ein „Unberufener“ anwesend war, nämlich ein Beauftragter zum Verband der Land-, Wald- und Weinberg-Arbeiter. Auf Antrag Klubschmidt wurde unser Genosse ausgewiesen. Ein anderer Genosse, der gleichfalls die Interessen des Land-, Wald- und Weinberg-Arbeiter-Verbands vertritt, kam gerade, wie unser Genosse den Sitzungsraum verließ. Er nahm ohne Weiteres den Platz ein, den der ausgewiesene Genosse verlassen hatte. Volle fünf Stunden konnte unser Genosse den Verhandlungen beiwohnen. Es folgte der Kassenbericht, den wir hier abdrucken:

Rechnungszustellung.

Alter Kassenbestand	2100.25 Mt.
Karbestand	42.54 "
Eigentum zu verkaufender Lehrbücher	5.00 "
Eigentum noch zu verkaufender Lehrkontrakte	15.00 "
Angehörigende Forderung an Inventar	29.00 "
An Oberbürgermeister Schnell (für Gerichtskosten)	81.50 "
Inventar der Geschäftsstelle nach 15 Prozent Abschreibung	90.00 "
Summa	2900.20 Mt.

Nach dem Kassenbericht sprach der Sturm los. Der Delegierte von Ranya forderte ausführliche Rechnungslegung, damit die Mitglieder auch wüßten, wo ihr Geld hinfähre. Allgemeiner Boden mit Pfeifern gegen die Verwaltung war die Folge. Bericht der Revisoren und Antrag auf Entlastung des Kassierers gab es nicht. — Klubschmidt suchte die Ruhe wieder herzustellen und wollte die Hand zum Frieden bieten. — Er forderte eine Menge Belastungsmaterial zutage gegen den Bundesvorstand, dessen Geschäftsführer Grünert. Die Reklamationen wiesen durch, daß Grünert den Posten als Geschäftsführer zu Unrecht einnehme, an seine Stelle gehöre der nach seiner Meinung widersprüchlich aus dem Bundeshaushalt vertriebene höhere Geschäftsführer Pfeifer. Zum Schluß sagte er: Meine Herren, treiben Sie es nicht zum äußersten, hinter uns (dem Klubschmidt-Pfeiferschen Auddelmüßel) stehen die Mitglieder des Bundes einig und geschlossen. Nehmen Sie unsere Friedensvorschlüge an; als da sind: 1. Wir nehmen alle schwebenden Klagen im Straf- und Zivilverfahren zurück, Sie geben ihre Zustimmung zu den Beschlüssen vom 24. Oktober und legen die stillschweigenden Statutenänderungen außer Kraft. 2. Neuwahl des Bestandsvorstands, von der Neuwahl ist der bisherige Vorstand auszuschließen, ebenso die Druckerei Neubert. Meine Herren, nehmen Sie den Vorschlag nicht an und der Stand ist im Deutschen Reich bekannt — dann ist der lachende Erbe die Partei Hartmann. (Als ist der Verband der Landarbeiter usw. Deutschlands, dessen Mitglied Hartmann, wie oben bezeichnet ist, auf Antrag des Klubschmidt ausgewiesen wurde.) Die weiteren Verhandlungen spotteten jeder Vereinbarung. Der Vorsitzende drohte, die Versammlung zu schließen und einen Schutzmänn zu holen; er erklärte seinen Absicht aus dem Bunde, Abrens und Grünert nahmen Hut und Mäntel, um zu gehen. Sie wurden aber wieder befähigt. Das geänderte Bundesstatut wurde außer Kraft gesetzt. Geschäftsordnungsanträge wechselten mit persönlichen Beschimpfungen usw. in bunter Reihe ab. Der Hauptakt war die Neuwahl des Bestandsvorstands. Es wurde beschloffen: Der erste Vorstand und der Kassierer haben eine Kautions von 500—1000 Mark zu stellen, aber nicht in Wertpapieren, sondern in bar. Als 1. Vorsitzender wurde Max Teich vorgeschlagen und von einem Klubschmidt-Pfeiferschen als dritter im Bunde mit einer Schlüsselkarte verteidigt, wie es sich keine Partei öffentlich erlauben kann. Sie mußten aber nachgeben, weil die Einberufer der Generalversammlung sonst von ihrem Hausrecht Gebrauch gemacht hätten. Camenzin-Großhändler wurde als 1. und Allenbach-Gemüts als 2. Vorsitzender gewählt. Als Bundeskassierer wurde der verhaftete Pfeifer in Vorschlag gebracht. Dieser Vorschlag schlug dem Hahn den Boden aus. Der alte Vorstand erbot sich, der Schriftführer soll das Protokollbuch ausständig; der Ausgang wurde von den Neugewählten bestritten, die die Ausständigung der Bundeseffekten verlangten. Der Vorkämpfer des Friedens wurde gerufen und nach einem Schutzmänn geschickt. Dann mußten sich die Delegierten der alten Leitung, die das Bundesrecht besaß, fügen.

Der anwesende Genosse nahm seine für die Schweizer bestimmten Flugblätter und die Nr. 5 des Landarbeiters und verteilte sie an die Delegierten; er gab ihnen den Rat, das Erbillene in Ruhe zu lesen und die Verhandlungen der Generalversammlung an dem Gesehene zu prüfen; dann wird es ihnen einleuchten, in welchem Verband die Interessen der Schweizer vertreten werden. Der Redakteur Klubschmidt erhielt ebenfalls ein Flugblatt in die Hand gedrückt. Seine Besichtigungen werden sich erfüllen; wir werden die lachenden Erben sein.

Achtung, Buchbinder! In der Firma A. Moskowitzsch & Co. in Belgrad ist ein Streit ausgebrochen. Der Chef des Betriebes soll sich in Leipzig aufhalten, um arbeitswillige Kartonnagenarbeiter, Linierer, Presser, Kontoführer und Galanteriearbeiter anzuwerben. Wir bitten deshalb, von vorstehendem Kenntnis zu nehmen und Zielangebote nach Belgrad nicht zu veröffentlichen. Der Bevollmächtigte.

Deutsches Reich.

Holzarbeiterausperrung in Höchst a. M.

Die Höchst Mäbelfabrikanten kündigten Ende August d. J. den mit dem Holzarbeiterverband im Jahre 1900 abgeschlossenen Tarifvertrag. Am 22. September wurde von den Fabrikanten der neue Vertragsentwurf überreicht. Nach Versicherung der Unternehmer sollten keine Verschlechterungen Platz greifen, sondern die Akkordpreise sollten einer „Regelung“ unterzogen werden. Wochentlang mußte verhandelt werden, damit bei der „Regelung“ die Verschlechterungen, die im Entwurf vorgesehen, wieder einigermaßen ausgeglichen waren. Um zu verhindern, daß irgendwelche Verschlechterungen eintreten, wurde vom Holzarbeiterverband ein entsprechender Passus im Vertrag verlangt. Dieses lehnten die Fabrikanten brüsk ab, trotz den Versicherungen, daß sie nicht die Absicht haben, irgendwelche Verschlechterungen durchzuführen.

Ein weiterer Differenzpunkt war die Verkürzung der Arbeitszeit auf 54 Stunden (bisher 55 Stunden). Vor der beschließenden Versammlung der Holzarbeiter verbreiteten die Unternehmer ein Flugblatt: An unsere Arbeiter! In dem den Arbeitern plausibel gemacht werden sollte, warum die Stunde Arbeitszeitverkürzung nicht zugestanden werden könne. Ferner wurde der Versuch gemacht, die Kommissionsmitglieder gegen ihre Kollegen auszuspielen. Die Holzarbeiter erklärten sich bereit, mit den Unternehmern einen neuen Vertrag abzuschließen unter der Garantie, daß Verschlechterungen nicht eintreten. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung sollte durch einen Schiedspruch entschieden werden. Die „friedliebenden“ Höchst Mäbelfabrikanten lehnten dieses ab und warfen die Arbeiter in brutaler Weise aufs Pflaster. Wenn jemals Mitglieder des Arbeitgeber-Schlichterverbands in frivoler Weise eine Aussperrung herausbeschwören haben, so sind es die Höchst Fabrikanten.

Aussperrt sind bis jetzt 280 Mann in 8 Fabriken. 4 Firmen haben nicht ausgesperrt. Da die Arbeiter sich in den Fabriken, wo ausgesperrt wurde, solidarisch erklärten und die Arbeit niederlegten, kommen für die Bewegung ca. 400 Holzarbeiter in Betracht. Zugang ist deshalb nach Höchst a. M. strengstens fernzuhalten.

Die Organisation der technischen Privatangestellten.

Mit dem vor einigen Monaten gegründeten Verband Deutscher Diplom-Ingenieure beschäftigt sich die Deutsche Industriebeamten-Zeitung, das Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten, in ihren Nummern 23 und 24. Sie bezeichnet die Bestrebungen des neugegründeten Verbandes als rückschrittlich und nicht geeignet, die soziale Bewegung der technischen Privatangestellten zu fördern. Die Führer des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure gehen von der irrigen Voraussetzung aus, daß die Träger des Titels Diplomingenieur einen besonderen Stand bilden. Dies ist aber keineswegs der Fall, denn unter den Diplomingenieuren gibt es selbständige Unternehmer, öffentliche Beamte und Privatangestellte, deren soziale und wirtschaftliche Interessen durchaus nicht die gleichen sind. Für die soziale Lage des einzelnen Diplomingenieurs ist nicht die Vorbildung, sondern seine Stellung im Produktionsprozess maßgebend. Die bestehenden gesetzlichen Vorschriften zum Schutz des Titels Diplomingenieur reichen auch völlig aus, so daß man für diesen Zweck keinen Verband zu gründen braucht. Aufs entschiedenste bekämpft die Industriebeamten-Zeitung die von Verband Deutscher Diplom-Ingenieure erhobene Forderung, der im Privatdienst tätigen Diplomingenieur solle aus dem Bereiche des Gewerkerrechts und der Arbeiterversicherung herausgehoben werden. Das Recht des Dienstvertrages ist im Bürgerlichen Gesetzbuch generell geregelt. Die einschlägigen Paragraphen sind aber nicht zwingenden Rechts, so daß entgegenstehende Vereinbarungen zwischen Arbeiter und Unternehmer jederzeit möglich sind. Daher kommt es z. B., daß die technischen Angestellten in gewerblichen Betrieben infolge der günstigeren Bestimmungen der Gewerbeordnung rechtlich besser dastehen als ihre auf Privatdienstverträge beschäftigten Kollegen im Staats- und Gemeinbedienst. Geseht nun den Fall, es fände sich eine Regierung, die dem zünftlerischen Wunsch des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure Rechnung trägt, so hätte das eine schwere rechtliche Benachteiligung zahlreicher Ingenieure zur Folge. Ähnlich verhält es sich mit dem Abschluß, der in den Mitteilungen des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure gegen die Einbeziehung der technischen Angestellten in die Arbeiterversicherung zum Ausdruck kommt. Die Folge davon wäre, daß die in der Industrie tätigen Diplomingenieure sogar aus der geplanten staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten ausgeschlossen werden müßten, um zu verhindern, daß sie mit Nichtakademikern in dieselbe Versicherung einbezogen werden. Ebenso entspricht die Forderung nach der Errichtung von Diplomingenieurkammern nicht den Interessen der Diplomingenieure, die im Privatdienst beschäftigt sind. Die auf rein technischen Gebieten liegenden Aufgaben, die ihnen etwa überwiesen werden könnten, werden hiengegenüber schon von den großen wissenschaftlichen Fachverbänden zufriedenstellend bearbeitet. Für die Behandlung sozialer Fragen wären aber Kammern, in der Diplomingenieure ohne Rücksicht auf ihre soziale Stellung, ein Hindernis. Die Interessen der auf Privatdienstverträge angestellten Diplomingenieure müßten dabei immer zu kurz kommen. Aus alledem zieht die Deutsche Industriebeamten-Zeitung den Schluß, daß der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure keine geeignete Interessensvertretung für die privat angestellten Diplomingenieure sein kann. Diese Gruppe von technischen Privatangestellten hat dieselben sozialen und wirtschaftlichen Interessen wie die übrigen, so daß das einzig zweckmäßige gemeinsame Organisationsarbeit aller technischen Privatangestellten ist.

Ein Landarbeiterstreik in Pommern.

In Wolin bei Greifenhagen a. O. (nahe Stettin) ist ein Streik der Dienst„Knechte“ ausgebrochen. Die Großbauern, sämtlich im landwirtschaftlichen Verein organisiert, haben beschloffen, diesen ihren Arbeitern den jährlichen Lohn auf 270 Mt. zu kürzen, statt der 300 bis 350 Mt., die man ihnen jetzt zahlt. Sodann wollen sie Beginn und Schluß des Dienstjahres auf Neujahr verlegen, während der Dienstwechsel jetzt landesüblich auf Martini fällt. Den Vorteil von der Neuerung hätten natürlich die Herren Agrarier, die zu Neujahr, wenn die „Knechte“ nirgend anders mehr unterkommen könnten, die Löhne noch mehr drücken könnten. Deshalb verzichtete der größte Teil der mit dieser Lohnkürzung Begünstigten, unter diesen Bedingungen weiter zu arbeiten und die „Herren“ sind jetzt ohne männliche Hilfsarbeiter.

Verurteilung des Bergknappen-Redakteurs.

Im April d. J. brachte der Bergknappe, das Organ der hiesigen Bergarbeiter, einen Artikel, in dem behauptet wurde, der Bergarbeiterverband sei Urheber eines bei der Knappschafswahl von 1904 erschienenen anonymen Flugblattes, in dem dem damaligen Gewerkschaftsvorsitzenden August Bruck vorgeworfen wurde, er sei von den Unternehmern mit 30000 Mt. bestochen worden. Das Flugblatt war in Wirklichkeit von dem später entlassenen Verbandsbeamten Spaniol und dem Verbandsbeamten Götze verfaßt und verbreitet worden. Der Bergarbeiterverband tat damals alles Mögliche, um die Verbreitung, als sie ihm bekannt wurde, zu verhindern.

Der Beklagte bestritt die Absicht der Falschbildung. Das Gericht erkannte eine solche aber als vorliegend an, weil in dem inkriminierten Artikel auf Ausstellungen des Bergknappen aus 1904, die schwer beizubringen für den Verbandsvorstand waren, Bezug genommen wurde. Es wurde deshalb auf 50 Mt. Geldstrafe und Publikation im Bergknappen und in der Bergarbeiterzeitung erkannt.

Ausland.

Zum Gasarbeiterstreik in Norbitalien.

Der Ausstand der Gasarbeiter dauert fort. Die Gesellschaft hat in der Schweiz 370 Streikbrecher angeworben, die heute die Arbeit aufnehmen sollen. Man befürchtet Zwischenfälle. In Genua kam es bereits zu Gewalttätigkeiten. Vier Ausständige wurden verhaftet.

Aus der Partei.

Der Branntweinboykott.

Der „Freie Gastwirt“ bringt in seiner Nummer 47 eine Notiz zum Schnapsboykott, in der unter anderem gesagt wird: Wir haben, bevor wir dazu Stellung nehmen wollten, uns an persönlich bekannte Mitglieder des Parteivorstands gewandt mit der Bitte, den Beschluß des Parteivorstands entsprechend zu deklarieren.

Wir erklären dazu, daß weder ein einzelnes Mitglied des Parteivorstands noch der Parteivorstand als solcher mit dem Verband der Freien Gastwirte oder mit einem seiner Vertreter in irgendeiner Weise über den Schnapsboykott verhandelt hat. Der Parteivorstand.

Kommunalwahlen. Bei den Gemeindevahlen in Elberfeld-Barmen sind erstmalig 9 Sozialdemokraten gewählt worden. Das gegenwärtige Kartell ist völlig unterlegen. In Meiningen (Schlesien) gelang es unseren Genossen zum erstenmal, 3 Stadtverordnetenmandate zu erobern. Sie siegten mit 302 gegen 228 Stimmen. In Düren eroberten unsere Genossen 2 Gemeinderatsitze der dritten Abteilung. In der zweiten Abteilung brachten sie es auf 63 Stimmen gegen 114, die auf die vereinigten Gegner entfielen. Bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Klasse in Höchst a. M. siegten wieder, wie nicht anders zu erwarten war, die Kandidaten der höchsten Farbwerke; die Aktionäre und Beamten der Farbwerke sichern auch den Besitz der Mandate der ersten und zweiten Klasse. Eine große Stadt unter der Vormächtigkeits einer einzigen Firma! Ein herrliches Kulturbild aus der Dreiklassenmonarchie! Immerhin haben auch die Sozialdemokraten einen Achtungserfolg errungen. Während wir es vor zwei Jahren nur auf 185 bis 193 Stimmen brachten, erhielten diesmal unsere 6 Kandidaten ungefähr die doppelte Stimmenzahl, nämlich 300 bis 370 Stimmen, während die Kandidaten der Farbwerkspartei einen kleinen Rückschlag gegen 1907 erlitten. Damals war die Durchschnittszahl 900, diesmal rund 600 Stimmen. Viele Kleingewerbetreibende haben uns diesmal ihre Stimme zugewandt. In Oppau (Pfalz) errangen unsere Parteigenossen mit 14 Stimmen die Mehrheit im Gemeinderat; sie werden Anspruch auf den 1. Adjunkten erheben. Wäher zählte unsere Fraktion nur 7 Mann. In Flomersheim brachten wir bei der Wahl am Freitag zum erstenmal 4 Kandidaten durch. In der liberalen Hochburg Eckenloven gelang es unfern Genossen, durch die Verhältniswahl 3 Sitze zu erobern. Weitere Gemeindevahlen sind aus Neuh. K. zu melden. In Dürren-Ebersdorf eroberten wir 2 Mandate. Den gleichen Erfolg hatten wir in Frankenthal. In dem großen Vorort von Gera, in Debschütz, siegten unsere 9 Genossen mit 300 bis 381 Stimmen über die Gegner, die 24 bis 256 aufbrachten. Hier haben wir sämtliche 24 Gemeinderatsitze in unserer West. Bei der Gemeinderatswahl in Künen (Westfalen) siegten unsere Genossen mit erheblicher Mehrheit. In die Gemeindevvertretung ziehen zum erstenmal 3 Sozialdemokraten ein. Der Sieg wurde erkauft gegen die vereinigten bürgerlichen Parteien, die uns geschlossen gegenüberstanden. Bei der Stadtratswahl in der 3. Abteilung in Ohligs (Sachsen) erhielt der Kandidat der bürgerlichen Partei 487 und der Kandidat der Sozialdemokraten 624 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 50 Prozent. Bei der Stadtverordnetenwahl in Elbing errangen am Sonntag die Sozialdemokraten einen glänzenden Sieg. Unsere Liste siegte mit 300 Stimmen Mehrheit. Bei der Stadtverordnetenwahl in Elmhorn siegten die Kandidaten der Sozialdemokratie mit 600 über 550 bürgerliche Stimmen.

Ein eigenes Heim. Partei und Gewerkschaften in Brandenburg kauften gemeinsam das Etablissement Stadtpark, das im Mittelpunkt der Stadt gelegen, aus Restaurations-, Vereins- und Gesellschaftszimmer, zwei großen Sälen, einem großen Garten und Privathäusern besteht. Das ganze Terrain umfaßt 3000 Quadratmeter; der Kaufpreis beträgt 173 000 Mt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 22. November. In den Maschinenartonnagewerken in der Meindorfer Straße hat heute früh eine Benzolexplosion stattgefunden. Eine Arbeiterin ist getötet, ein Werkmeister schwer und ein Arbeiter leicht verletzt.

Auskunft in Rechtsfragen.

M. 6. Der Antrag ist beim Amtsgericht zu stellen. Die Kosten sind unerheblich. Es kommen nur die gerichtlichen Gebühren in Betracht.

M. 100. Bei monatlicher Mietzahlung kommt, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, monatliche Kündigung in Frage. Die Kündigung hat für das Ende und spätestens bis zum 15. des Kalendermonats zu erfolgen.

M. 44. Sie hatten als Erbin für die Schulden Ihres verstorbenen Ehemanns.

Anhalter Strafe 16, 2. Weisen Sie bei der dortigen Steuerbehörde darauf hin, daß Sie bereits in Leipzig für das ganze Jahr Steuern gezahlt haben. Sollten Sie dennoch zur Steuer herangezogen werden, können Sie von Leipzig die Rückzahlung des Betrags für die Zeit vom 1. Oktober bis zum Jahresabschluss reklamieren.

Briefkasten der Redaktion.

A. A. Die Hebammenzute beträgt für die Hilfe bei einer natürlichen Geburt 6 bis 10 Mt., bei einer Zwillingsgeburt 7 bis 12 Mt., bei einer sich verzögernden Geburt, bei der die Hebamme länger als 24 Stunden zugebracht hat, 6 bis 15 Mt. Außerdem kann die Hebamme für jeden vorgeschriebenen und für jeden außerdem verlangten Besuch bei einer Wöchnerin und für das Wädeln, Baden oder Waschen des Kindes a) bei Tag 60 Pfg. bis 1.50 Mt., b) bei Nacht (zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr früh) 1.20 Mt. bis 2.50 Mt. verlangen.

Rüchzenzeit der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:

Speiseanstalt I (Hofamtsküche): Mittags mit Butter und Rind, Speiseanstalt II (Zofenküche): Weichkorn mit Rindfleisch, Speiseanstalt III (Küchenküche): Rindfleisch mit Schweinefleisch, Speiseanstalt IV (Küchenküche): Rindfleisch mit Butter und Rind, Speiseanstalt V (Küchenküche): Rindfleisch mit Schweinefleisch, Speiseanstalt VI (Küchenküche): Weichkorn mit Rindfleisch.

Erwerbt das Bürgerrecht!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig.

Verantwortlich für den Inzeratenteil: Friedrich Piller in Norddorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Gemeinverständl. medizinische Vorträge

1909/10.

Donnerstag, den 25. November, abends 8 1/4 Uhr

spricht

Herr Dr. med. Bornstein über **Volksernährung**

Im Saale des Volkshauses, Zeltzer Strasse 32.

Eintrittskarten werden unentgeltlich verteilt vom Portier der Ortskrankenkasse, in sämtlichen Meldestellen und Filialzahlstellen der Ortskrankenkasse, sowie durch die Leipziger Gewerkschaften. [20635]

Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle Volkshaus Zeltzer Str. 32
Portier rechts, I.

Bürozeiten vorm. 8-9 Uhr, mitt. 12-1, abds. 5-8 Uhr.
Telephon 3784. [19001.]

Alle in den Buch- u. Steindruckmasch.-Fabriken, Schnellpr.-Fabriken u. Reparaturwerkstätten besch. Arbeiter. **Mittwoch, den 24. November, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Zeltzer Strasse 32.** Tagesordnung: Unser Lohn und unsere Arbeitsverhältnisse. In dieser Versammlung darf kein in den oben genannten Fabriken beschäftigter Arbeiter fehlen.

Schlosseranschläger. **Mittwoch, 24. Nov., abends 7 1/2 Uhr: Versammlung im Volkshaus.**

Klempner. **Freitag, 26. November, abends 7 1/2 Uhr, Öffentliche Versammlung im Volkshaus, Zeltzer Str. 32.** Tagesordnung: 1. Das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz. Referent: Genosse Mayerbacher. 2. Gewerkschaftliches. — Zahlreichen Besuch erwartet [20022] Die Werkstellenteammission.

Metallschleifer, Polierer u. Galvaniseure. **26. November, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.** Tagesordnung: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallschleifer auf Grund der statistischen Erhebung. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Die Schleiferkommission.

Alle in den Werkzeugmaschinen- und Werkzeug-Fabriken beschäftigten Arbeiter. **Freitag, den 26. Novbr., abends 7 1/2 Uhr, Versammlung.** Tagesordnung: Unser Lohn und unsere Arbeitsverhältnisse. — In dieser Versammlung darf kein in den oben genannten Fabriken beschäftigter Arbeiter fehlen.

Zu den technischen Unterrichtskursen sind die Anmeldungen so zahlreich eingegangen, daß ein zweiter Kursus errichtet werden kann und werden zu diesem Kursus noch Anmeldungen bis **Montag, den 22. November, zu den bekannten Bedingungen im Bureau entgegengenommen.** [20021]

Zentralverband der Maurer Deutschlands Zweigverein Leipzig.

Dienstag, den 23. November, abends 7 Uhr

Mitgliederversammlung

im grossen Saale des Volkshauses

Zeltzer Strasse 32.

Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Beratung über den Statutenentwurf. 2. Der bevorstehende Verbandstag in Leipzig und Wahl der Delegierten zu demselben. 3. Jüngere Berufsangelegenheiten. [20406] Die Kollegen werden ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Achtung! Markranstädt. Achtung!

Mittwoch, den 24. November, abends 7 1/2 Uhr

Fabrikarbeiter-Versammlung

im Saale des Thüringer Hofes.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Gehört ein organisierter Arbeiter in bürgerliche Vereine? Referent: Genosse Schaller aus Markranstädt. 2. Bericht des Kartelldelegierten und Neuwahl desselben. 3. Neuwahl des Agitationskomitees. 4. Gewerkschaftliches. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Die Ortsverwaltung. [20031]

Kutscherheim Beethovenstrasse 11.

Dienstag, d. 23. Novbr.

Gr. Schlachtfest.

Früh Weißfleisch, später Kaffee- und frische Wurst. Fleisch- und Wurstverkauf auch außer dem Hause. Es ladet ergebenst ein [20638] W. Thieme.

Restaurant Stötzner

Meißnerstr. 30 Katharinenstr. 18. — Dienstag Schlachtfest.

Kauft Briketts

bei

Benno Grimm

Tauchaer Str. 41.

Pelzwaren

eigene Fabrikate [19802*] Stolas v. einfachsten bis feinsten. Anfertigung aller Pelzachen. 30jähriges Bestehen.

R. Panzer, Kürschnermeister

Querstrasse 11, III. r.

Achtung! Anfertigung, Umarbeitung, u. Ausbesserung v. Zöpfen, Puppenper. Groß-Lager fert. Zöpfe v. 2 Wt. an. Kaufe jed. Posten ansget. Saare. H. Klaus, Reitzenbainer Str. 12.*

Petrol. Glühlicht-Brenner mit Dauertrumpf unter Garantie bill. Moderne Tisch- und Hängelampen. Neuheit! Planol-Lampen (Rundbrenner)

Baldwin Oehme, Leipzig
Grimm. Str. 2 (Auerbachs Hof)

Grosszschocher-Windorf.

Ein populär-wissenschaftlicher Vortrag findet, wie bekannt gegeben, morgen abend im Gasthof zum **Trompeter** statt. Herr Ingenieur Bruns aus Hannover wird über die zeitgemäße Küche unter besonderer Berücksichtigung des Kochens mit Gas und die Verwendung des Gases zu Leucht- und Heizzwecken sprechen. Es werden die neuesten Apparate vorgeführt und Koch- und Badproben gratis verabreicht. Der Eintritt ist frei. [20030] Gasanstalt Grosszschocher-Windorf.

Wasserfall

Katharinenstrasse 13 17.
Tägl. v. 5 Uhr nachm. bis 12 Uhr nachts:
Für Leipzig! • Grösste Sensation! • Für Leipzig!
Neu! Die Dresdner Unicums Neu!
Illustres Damen- u. Herren-Ensemble.

Versuchen Sie bei mir Ihr

Glück

Ziehung 1. Klasse 157. Königl. Sächs. Lotterie
am 8. und 9. Dezember

= Eile tut not =

Leipzig J. G. Herrmann Lindenau
Kohlestr. 4 Rud.-Sack-Str. 1

Spezialgeschäft für Bettfedern u. fertige Betten

Dampf-Bettfedern-Reinigungs- u. Desinfektions-Anstalt.
Großes Lager in Inletts.
Heinr. Rohr, Leipzig-Volkmarzdorf, Kirchstr. 2
Ecke Wurzner Strasse.

Als Weihnachtsgeschenk

empfehlenswert:

Reymond: **Das Weltall**
statt 14 Mark
nur **3** Mark

Klenze: **Tier- und Pflanzenkunde**
statt 14 Mark
nur **3** Mark

Torka: **Im Reiche der Erfindungen**
statt 14 Mark
nur **3** Mark

so lange der kleine Vorrat reicht.

Tier- u. Pflanzenkunde und Erfindungen sind nahezu ausverkauft.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abteilung Buchhandlung
Tauchaer Strasse 19/21.

Die besten, einwandfreien Stoffe
soll. schnellst. verfr. werd. Darum,
bes. sich noch: Herren-, Damen-,
Kind.-Garderob., Kleiderstoff-,
Spachtelantenn, Bettb. u. a. m.
L.-Lindenau, Lützner Str. 22, I. r.

Heute ein Waggon Prima frische Grüne Heringe

eingetroffen! Für Wiederverkäufer billigste Bezugsquelle! Engros- und Einzelverkauf. Hamburg. Fisch-Zentrale Erster Leipziger

Fisch-Keller

18 Berliner Str. 18
Kein Laden. Man achte genau auf die Firma! Fil.: Bayerische Str. 36 (Ecke Sidonienstr.); Lindenau: Kuh- turmstrasse (Ecke Markt). [20054] Tel. 13891. Kochrezepte gratis. Frischer Schellfisch 20-25 Pfg.



Mit beiden Händen zugreifen

solle die einschichtige sparsame Hausfrau, wenn ihr Gelegenheit geboten ist, anstelle der teuren Naturbutter zwei so vorzügliche, unübertroffene Buttersatzmittel zu erhalten, wie die allseitig beliebten van den Bergh'schen Margarine-Marken

Vitello und Clever-Stolz.

Diese sind stets frisch erhältlich in allen besseren Kolonialwaren-Geschäften.

Mein diesjähriger Puppen-Verkauf

auch Messmuster, bietet günstige Gelegenheit zum billigen Einkauf. ff. Gelpuppen, Lederbäuer, Charakterpuppen in künstlicher Ausführung, Purzelbäume mit Uhrwerk, Reintoidpuppen, Köpfe, Perücken, Kleider, Wäsche, Güte, Schuhe, Strümpfe. Auf alle Einkäufe im November 5 Prozent. **Puppen-Klinik** Alle Reparaturen. **Puppen-Bazar** Gewandgässchen zwischen Neumarkt und Universitätsstr.

Familienanzeigen.

Sonntags abends 7 1/2 Uhr verschied im Kinderkranken- hause nach schwerem Leiden unser innigstgeliebtes Kind **Fritz** im Alter von 10 1/2 Jahren. Städt. Schönbadstr. 80, II. Die trauernde Familie Reinhold. Die Beerdigung findet Mittwoch, d. 24. November, früh 9 Uhr, auf dem Süd- friedhofe statt. [20642]

Sonntag, d. 21. November, 6 1/2 Uhr, entschlief nach langem, schwerem Leiden unsere liebe kleine **Gertrud** im Alter von 2 Jahren. Dies allen Bekannten zur traurigen Nachricht. Stötteritz, Leipziger Str. 38 Familie Richard Günther. [20041]

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme bei dem Begräbnisse meiner lieben Frau, unserer guten Mutter **Amanda Zäumer**

sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. Dank dem Naturheilverein für die ehrenvolle Begleitung mit Fahne; ebenfalls Herrn Pastor Fleischer für die trostreichen Worte am Grabe. Dir, liebe Entschlafene, rufen wir ein Ruhe sanft nach. Reudnitz, obere Mühlstr. 19. Gustav Zäumer und Sohn nebst Angehörigen. [20051]

Todes-Anzeige.

Sonntags vormittag 9 Uhr verstarb unser lieber Vater **Herr Hermann Melchior** im vollendeten 82. Lebensjahre an Altersschwäche. [20053] Großzschocher, den 21. November 1909. Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Nach langem, mit Geduld ertragenem schwerem Leiden

starb am Freitag abend meine liebe Frau **Anna Hickmann geb. Kauroff** im noch jugendlichen Alter von 22 Jahren. [20049] Pannsdorf, den 21. November 1909. Im Namen der Hinterbliebenen: Richard Hickmann. Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 1 Uhr, statt.

Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, entschlief nach kurzem, schwerem Herzleiden, mein innigstgeliebter treuerstehender Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Expedient

Gustav Hermann Friedrich im Alter von 47 Jahren. [20050] Kleinschocher, den 22. November 1909. Im Namen der Hinterbliebenen: Eleonore verw. Frisdrich geb. Werner. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. November, 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Pannsdorf, Johannisstraße 11 aus.

Am vorigen Freitag verstarb nach langem Krankheitslager unsere Kollegin

Frau Anna Hickmann im Alter von 22 Jahren. Es werden ihr Andenken in Ehren halten **Die Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbandes** Verwaltungsstelle Leipzig. Beerdigung erfolgt morgen-Dienstag mittags 1 Uhr vom Trauerhause, Pannsdorf, Johannisstraße 11 aus. [20057]



Religion Sozialismus und von Dr. Pennroth Preis 30 Pfg. Volksbuchhandlung Leipzig Tauchaer Straße 19 21.

Politische Uebersicht.

Neue Steuern!

Am Ende des Etatsjahrs 1908 betrug die Reichsschuld 4,1 Milliarden. Zur Bilanzierung des Reichshaushaltsetats für 1909 ist einschließl. des Nachtragsetats eine Anleihe von insgesamt 700 Millionen Mk. notwendig...

Also zu lesen in der freisinnigen Zeitung von gestern. Daß in dieser wahnsinnigen Schuldenwirtschaft Deutschland unter den Großmächten ein Unikum bildet, hatten wir erst vor wenigen Tagen nachgewiesen...

Daß es in Zukunft der Schulden nicht weniger werden, darüber ist sich Herr Schwarz völlig klar. Er redet zwar ein wenig von einem „angemessenerem Maß“, auf das die Schuld infolge der Reichsfinanzreform zurückgeführt werden könne...

In den Einzelstaaten wird vor allem das Eisenbahn-Verkaufsprinzip noch fortwährend Anleihen für Nebenlinien und Sekundärbahnen notwendig machen. Im Reich wiederum enthält das Fortbestehen des weder in den Vereinigten Staaten noch in England und Frankreich üblichen außerordentlichen, wesentlich aus Anleihen zu bestehenden, Etats ja bereits das indirekte Anerkenntnis, daß ein Teil der Reichsausgaben auch in Zukunft alljährlich durch Schulden zu decken ist...

Der Geheime Oberfinanzrat weiß sich in dieser Not keinen andern Finanzrat als — neue Steuern! Also in dem gleichen Augenblick, wo sich eine Steuerwelle von 500 Millionen über das deutsche Volk senkt, hat kommt ein hochgestellter Beamter und erklärt: ohne neue Steuern kommen wir nicht aus. Das ist genau das gleiche, was die Sozialdemokratie von Anfang an gesagt hat...

Es sind herrliche Zeiten!

Deutsches Reich.

Delbrück — Rimpau.

In der Täglichen Rundschau veröffentlicht Professor Delbrück seine Antwort an Herrn Rimpau, nachdem die Deutsche Tageszeitung unansständig genug war, die Aufnahme seiner Antwort abzulehnen. Er schreibt unter anderem:

Herr W. Rimpau veröffentlicht in Nr. 537 der D. Z. einige Daten über seine Steuerentlastung, aus denen hervorgeht, daß ich, indem ich einen Auszug aus der von Herrn Howard, resp. Herrn Behn, veröffentlichten Inventur von Langenstein veröffentlichte, auf schamhafte Weise von meinem Gewährsmann getäuscht worden sei. Ich finde im Gegenteil, daß die von Herrn Rimpau gegebenen Daten das, was ich veröffentlicht habe, durchaus bestätigen und werde das im nächsten Heft der Preussischen Jahrbücher eingehender belegen. Hier nur folgendes: Die tatsächliche Veranlagung Herrn Rimpaus zur Ergänzungsteuer war mir unbekannt, und ich habe nichts darüber gesagt. Ich habe nur behauptet, daß die Inventur weit unter dem normalen Wert sei und daß daher der Verdacht bestehe, daß infolgedessen auch die Steuerentlastungen unter der gesetzmäßigen Höhe blieben. Herr Rimpau erklärt, daß die Buchstellen seine Steuerdeklaration nicht angefertigt oder veranlagt hätten, und in der Tat ist sie um einige 100 000 Mk. höher, aber er wird nicht leugnen, daß die Steuerdeklaration auf Grund der Howard-Behn'schen Inventur gemacht worden ist, daß er sogar einmal am Aufschub des Termins für Einreichung der Deklaration eingekommen ist, weil der Howard'sche Abschluß bei ihm noch nicht angelangt war. Nach den Grundzügen unserer Steuerverwaltung ist bei Gütern, Fabriken usw. derjenige Wert zu veranlagern, den das Objekt für sich an dem Ort hat (also mit Ausschluß der Viehhäuserwerte), Langenstein, Kreis Halberstadt, hat 405,00 Hektar Acker, 17,01 Hektar Wiesen, 43,00 Hektar Gärten, 253,48 Hektar Wald, also rund 700 Morgen. Es ist ein Saatgutgut in höchster Kultur, es hat ein prächtiges Schloß. Ein solches Gut in solcher Lage soll mit nicht mehr als 800 000 Mk. für den Vorkauf richtig veranlagt sein? Mein Gewährsmann, der die Verhältnisse sehr genau kennt, behauptet, daß den sonst in der Gegend geforderten und nebenbei Preisen der wahre Wert weit über das Doppelte des Veranlagten (über 1 800 000 Mk.) hinausgehe. Herr Rimpau

erklärt weiter, daß er sein Einkommen nach den Einschätzungsnormen für die Provinz Sachsen deklarieren habe. Ich zweifle nicht daran, wenn man nämlich unter „Normen“ das dort übliche versteht. Was ich behaupte, ist ja aber gerade, daß dieses „Uebliche“ falsch ist. Herr Rimpau verwahrt sich dagegen, daß ich seine Ehrenhaftigkeit verdächtigt hätte. Ich verwahre mich meinerseits dagegen, daß ich das getan haben soll. Ich habe zum Besten des Staats und im Kampf für Gerechtigkeit und Gerechtigkeit in Stadt und Land allgemein sehr verbreitetes Uebel bekämpft. Nach meiner Berechnung (Preussische Jahrbücher, Juniheft), die meiner Ansicht nach von keiner Seite widerlegt worden ist, wäre vielleicht die ganze letzte Steuererhöhung unnötig gewesen, wenn es von je gelungen wäre, die Vermögens- und Einkommensteuer richtig zu veranlagern. Man sieht, ich kämpfe für eine große Sache, eine so große Sache, daß ich gar nicht daran denken kann, einzelne Personen schädigen oder verletzen zu wollen; Beispiele anzuführen, kann ich mir freilich nicht ersparen und werde auch im nächsten Heft der Preussischen Jahrbücher wieder eine auf Grund der Berechnungen einer Buchstelle tief unter dem richtigen bleibende Einkommensdeklaration veröffentlichen. Namen aber nenne ich nicht (auch Herr Howard hat mir ja schließlich in seinem zweiten offenen Brief in diesem Punkte zugestimmt), und ich sehe keinen Grund, weshalb Herr Rimpau mit seinem Namen hervorgetreten ist.

Prof. Hans Delbrück.

Unserer Ansicht nach ist es Pflicht Delbrücks, in gewissen Fällen Namen zu nennen, schon um die Möglichkeit zu geben, seine Angaben an einzelnen Stichproben nachprüfen zu können. Im übrigen aber verwalte Herr Delbrück die Interessen der bürgerlichen Gesellschaft viel klüger als die Junker, die ihn ob seines „staatsgefährlichen“ Treibens mit Beschimpfungen überschütteten, und die mit ihrer kurzfristig-schamlosen Interessenpolitik doch immer die tüchtigsten Helfer der sozialdemokratischen Agitation gewesen sind.

Das nationalliberale Casus.

Die nationalliberale Magdeburgerische Zeitung ließ sich von parlamentarischer Seite schreiben:

Daß die nationalliberale Partei innerhalb des Präsidiums hinter das Zentrum zurücktritt, wird ihr nicht zugemutet werden können, weil damit allerdings eine grundsätzliche Wendung der Politik angedeutet wäre, die ihr die Wirkung erschweren würde. Auch die Konventionen werden sich dem wohl nicht verschließen. Hände sich indessen das Zentrum jetzt bereit, in die zweite Vizepräsidentenstelle einzutreten, was man freilich noch nicht weiß, so würde unser Erachtens dagegen vom liberalen Standpunkt nicht viel einzumenden sein.

Wenn also das Zentrum den Nationalliberalen die Rolle des ersten Vizepräsidenten überläßt, dann sind die Nationalliberalen bereit, ihre freisinnigen „Verbündeten“ zu opfern. Dieses Verhalten beantwortet die Germania mit den Worten:

Die Zentrumsfraktion des Reichstags ist bekanntlich mehr wie doppelt so stark als die nationalliberale Fraktion, und da sollte sie noch den Nationalliberalen den Vortritt lassen! Wie immer die Zusammenfassung des Reichstagspräsidiums ausfallen mag: auf den Vorschlag der Magdeburger Zeitung kann und wird die Zentrumsfraktion nicht eingehen.

Nun, die Nationalliberalen werden die Sache auch klüger machen. Heute wollen sie nur noch den Schein wahren, morgen werden sie auch diesen opfern und als fünftes Rad sich dem konservativ-kerikalischen Regierungsfarren anfügen.

Die preussische Wahlreform.

Die Tägliche Rundschau behauptet, daß die preussische Wahlrechtsreform noch in weiter Ferne liege, offizielle oder auch nur unverbindliche Verhandlungen und vorbereitende Arbeiten würden im preussischen Ministerium des Innern seit langem überhaupt nicht mehr geführt. Dagegen wird von einzelnen Vertretern der Regierung hervorgehoben, daß die eventuellen Reformen nicht den Rahmen des Dreiklassenwahlrechts überschreiten, sondern vielmehr innerhalb desselben eine Verbindung zwischen dem bereits vom Fürsten Willow empfundenen Pluralwahlrecht und einer Neueinteilung des Wahlzensus anstreben.

Ueber die Qualitäten einer preussischen Wahlrechtsreform, die aus der Dogenkette der herrschenden Regierung kommen sollte, wird sich kein denkender Mensch Illusionen machen. Dennoch konnte man nach den letzten Erklärungen der konservativen Presse annehmen, daß eine Wahlrechtsvorlage dem Landtag in dieser Session vorgelegt werden dürfte. Nun findet die verneinende Meldung der Täglichen Rundschau in einem großen Teile der Regierungspresse Bestätigung.

Die Wirkung der Zündwarensteuer nach der amtlichen Einfuhrstatistik.

Ueber die Wirkung der Zündwarensteuer auf die deutsche Zündwarenindustrie schreibt man uns: Die soeben abgeschlossene amtliche Einfuhrstatistik für den Monat September ermöglicht es, festzustellen, welche Mengen an Zündwaren in den Monaten vor dem Inkrafttreten der neuen Steuer vom Auslande eingeführt worden sind. Diese Feststellung ist entscheidend für die Frage, bis wann in der Industrie wieder normale Produktionsverhältnisse eintreten werden, weil bisher über die Versorgung des heimischen Marktes mit fremder Erzeugung kein erschöpfendes Material vorlag. Es sind nun in den Monaten Juli/September d. J. 65 000 Dugendpakete Streichhölzer eingeführt worden gegen 2000 Dugendpakete im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Da der Monatsbedarf des deutschen Konsums circa 20 000 Dugendpakete beträgt, so ist durch die Mehrzufuhr der Bedarf für 2 1/2 Monate gedeckt. Es ist weiter zu berücksichtigen, daß die heimische Industrie in den drei Monaten vor dem Inkrafttreten der neuen Steuer ebenfalls eine Mehrproduktion von 30 bis 40 Prozent ihrer normalen Erzeugung geliefert hat, wodurch eine Vorversorgung mit rund 40 000 Dugendpaketen eingetreten ist. Es sind mithin mehr als 100 000 Dugendpakete über den normalen Bedarf hinaus vorrätig gewesen. Nun rechnet die Industrie mit einem Konsumrückgang von 25 Prozent im ersten Jahre infolge der Preissteigerung; danach würde sich der Bedarf von 1. Oktober d. J. bis 31. September 1910 auf etwa 235 000 Dugendpakete stellen; und von diesem Bedarf ist das Quantum für die ersten fünf Monate schon gedeckt. Die Wirkungen dieser Sachlage sind naturgemäß in den einzelnen Betrieben sehr verschieden; teilweise ist die Arbeitszeit bis zu sechs Stunden eingeschränkt, teilweise sind Tages- und Wochenlöhnen eingelegt. — Da infolge der Steuer Zündwaren nur noch gegen Kassa verkauft werden, sind die Wiederverkäufer mit ihren Aufträgen sehr zurückhaltend. Normale Verhältnisse in der Industrie werden also wohl erst zum Winter des nächsten

Jahres eintreten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die im neuen Zündwarensteuergesetz festgesetzte Kontingentierung für später der Industrie wesentlich günstigere Produktionsbedingungen schafft als sie bisher besaß.

Berlin, 22. November. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die Nachricht verschiedener hiesiger Zeitungen, die Reichsversicherungssordnung werde dem Reichstage nicht oder nicht vor Ostern zugehen, entbehrt jedes tatsächlichen Anhalts. Es wird im Bundesrat mit allem Nachdruck an der Fertigstellung des Entwurfs gearbeitet, damit er dem Reichstage sobald als irgend möglich vorgelegt wird. In jedem Falle wird dies noch vor Ostern geschehen.

Der Nachtragsetat. Der dem Reichstage zugehende Nachtragsetat sollte eine Anleihe in Höhe von 542 Millionen Mark bringen. Wie nunmehr offiziös verlautet, ist es „gelingen“, den Anleihebedarf auf 522 Millionen Mark herunterzubringen. Die neuen Steuern sollen nämlich einen Ertrag geliefert haben, der den Etatsansatz um 20 Millionen Mark übersteigt.

Wahrlich, ein treffliches „Gelingen“!

B. Die Lübecker Bürgerstimmwahlen in der Stadt Lübeck haben, wie wir kurz berichteten, mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie geendet. In der zweiten Abteilung wurden gewählt die Genossen Arbeitersekretär Hoff mit 907, Dr. med. Schlomer mit 1276, Schankwitz Ehlers mit 1257, Redakteur Löwig mit 885 und Zigarrenfabrikant Wittfoot mit 705 Stimmen. Die bürgerlichen Gegenkandidaten erzielten 234 bis 300 Stimmen. Trotz der verzeifelsten Anstrengungen, der verleumderten Flugblätter, dem Automobilschleppen und der großsprecherischen Zeitungsartikel schnitten die Liberalen kläglich ab. Sie erlitten gegenüber der vorigen Wahl einen Verlust von 200 Stimmen, während unsere Genossen fast 800 Stimmen gewonnen. Auch in der ersten Abteilung (Bürger mit über 2000 Mk. Einkommen) an deren Eroberung in absehbarer Zeit noch nicht zu denken ist, hatte die Sozialdemokratie gute Erfolge, denn in fast allen Wahlbezirken hat sich unsere Stimmzahl verdoppelt. Die bürgerlichen Blätter geben in ihren Betrachtungen über den Wahlausfall resigniert zu, daß die zweite Wahlabteilung für die Partei der Pfefferkörner endgültig verloren ist. In einer überfüllten Volksversammlung wurden die Wahlergebnisse mit stürmischem Jubel angenommen. Die Genossen Löwig, Stelling, Bromme und Dr. Schlomer forderten zu rastloser Weiterarbeit, zum Wahlrechtskampf und zur Vorbereitung der Generalabrechnung mit den Blockbrüdern am Tage der nächsten Reichstagswahl auf.

Die Verstaatlichung der Davi-Bahn. Heute, Montag, findet, wie wir hören, in Berlin die Generalversammlung der Davi-Gesellschaft statt, in der unter anderem auch der Kauf- und Pachtvertrag mit dem Fiskus des südwesafrikanischen Schutzgebietes über den Verkauf der Davi-Bahn vorgelegt wurde. Nach diesem Vertrag verkaufte die Davi-Gesellschaft dem Fiskus ihre Eisenbahnanlagen, und zwar die Strecken Swatopmund—Tsumeb und Ongati—Kariib, ferner die Wasserleitungsanlagen in Usakos, sowie als Bevollmächtigte der South-West-Africa-Company Limited in London die Linie Davi—Grootfontein unter Anschluß der den beiden Gesellschaften durch ihre Konzessionen verliehenen und sonst von ihnen erworbenen Land- und Minenrechte. Das Eigentum an den Eisenbahnen soll am 11. April 1910 auf den Fiskus übergehen. Der Fiskus zahlt an die Gesellschaft: als Kaufpreis für die Davi-Eisenbahn 22 Millionen, für die Davi-Grootfontein-Eisenbahn 2 300 875 Mark und für die Wasserleitung in Usakos 150 000 Mark. Der Kaufpreis erhöht sich, falls im Jahre 1909 von der Gesellschaft noch Aufwendungen zu machen sind, höchstens um 500 000 Mark. Der Fiskus verpachtet die Bahn bis zum 31. März 1910 an die Davi-Gesellschaft; dieser Pachtvertrag wird um weitere fünf Jahre verlängert, wenn bis dahin die Pächterin ihren gegenseitigen Willen nicht zum Ausdrud bringt. Besondere Vereinbarungen sind über die Verpfändung des Kapitals, die Tarife und die eventuellen Anschlußgleise getroffen worden.

Kraetke. Die Germania hat mitgeteilt, daß Herr Kraetke sein Entlassungsgesuch bereits am 12. November eingereicht habe. Demgegenüber behauptet der Lokalanzeiger, daß an dieser Mitteilung kein wahres Wort sei. Vielleicht entschließt sich Herr Kraetke aber doch dazu, in der nächsten Zeit zu gehen, nachdem er gesehen hat, daß von der Presse fast aller Parteien sein Abgang als Erlösung aufgefaßt wurde.

Wo bleibt die Veteranenbeihilfe? Der Reichstag hat in seiner verflochtenen Session einen Antrag angenommen, der für Kriegsteilnehmer, die dauernd unterhaltungsbedürftig sind, über 60 Jahre alt sind und ein Einkommen unter 600 Mk. im Jahre haben, Beihilfen von jährlich 120 Mk. vorstelt, die monatlich in Raten von 10 Mk. im voraus zu zahlen sind. Personen, die aus Reichsmitteln gesetzliche Invalidenpensionen erhalten, sind von den Beihilfen ausgeschlossen. Witwen von Veteranen wird die Beihilfe drei Monate nach dem Tode des Veteranen weiter gewährt. Dieser Antrag hat bisher noch nicht die Zustimmung des Bundesrats gefunden. Der „Patriotismus“ soll eben nur in höheren Stellungen rentabel sein.

Ein liberaler Gewaltakt. Die liberale Mathausmehrheit in Birmasens (Polen), die durch die erfolgten Proporzahlen für die nächste Periode beseitigt erscheint, hat noch einen Gewaltakt verübt. Nach der neuen Zusammensetzung des Kollegiums haben die Sozialdemokraten das Recht, den zweiten Adjunkten zu stellen. Um dies zu verhindern und sich für die Zukunft die Majorität künstlich zu verschaffen, hat man noch vor Zerschlagung dieser Periode die Anstellung eines Rechtsrates beschloffen, dem die Stelle des Adjunkten übertragen werden soll. Der Beschluß wurde mit 10 liberalen gegen 6 sozialdemokratische Stimmen gefaßt. Es ist bereits bei der zuständigen Behörde Beschwerde gegen die unerhörte Entrechtung eingelegt.

Staatsgefährliche Kalender. Die Staatsanwaltschaft in Neuthen (Oberschlesien) beschlagnahmte beim Verlag der Gazeta Robotnicza 177 000 polnische Arbeiterkalender für 1910, angeblich wegen Aufreizung zum Klassenhaß. Die Staatsanwaltschaft ist rechtzeitig um die Arbeiterkalender besorgt. Die Gile verrät die Absicht.

Aus dem Lande des Ochsenkopfes. Der Mecklenburger Landtag wählte in den Verfassungsausschuß 36 Mitglieder. Die erste Sitzung findet am 26. November statt. Von der Ritterschaft wurde die alte Mehrheit der Verfassungseinde gewählt. Mit andern Worten: alles blüht bim Olen!

Zur neuesten elässischen Ausweisung. Im Anschluß an die Mühlhäuser Ausweisungssache ist von der elass-lothringischen Regierung eine Verfügung ergangen, daß bei öffentlichen Konzerten, die der behördlichen Genehmigung unterliegen, in Zukunft die Marschmusik oder ähnliche Musikstücke, die zu Provokationen führen können, nicht mehr in das Programm aufgenommen werden dürfen. Wegen hat am Sonnabend mittag Mühlhausen verlassen müssen, da die Ausweisungsbefehle nicht zurückgezogen worden ist.

Der bayrische Orden erhält. Dem Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Scharmacher, Bueck, ist das Komturkreuz des bayrischen Michaelordens verliehen worden. Dem Scharmacherorden seine Kronen.

Die unpolitischen Kriegervereine. Aus Sommerfeld (Wahlkreis Jülichau-Krossen) wird dem Vorwärts gemeldet, daß dort nach dem Wahlsieg der Sozialdemokratie bei der Stadtverordnetenwahl an 100 Mitglieder des Kriegervereins Wilhelm aus dem Verein ausgeschlossen worden sind auf Grund des Statuts, wonach unter Verlust jeden Anspruchs solche Mitglieder ausgeschlossen werden, die sich durch ihr Verhalten mit dem Zweck des Vereins in Widerspruch setzen, „in Sonderheit solche, welche der Anforderung der Pflege und Veräglichung der Liebe und Treue zu Kaiser und Reich, Landesfürst und Vaterland nicht entsprechen oder sich durch Wort und Tat zur Sozialdemokratie bekennen.“

Es verlieren durch diese Ausschließung viele Mitglieder, die jahrelang ihre Beiträge gezahlt haben, sämtliche Rechte, den Anspruch auf Sterbegeld, die mit hohem Alter und langjähriger Zugehörigkeit zum Verein bis auf 210 Mk. steigen können. — Auf diese Weise besorgen die patriotischen Kriegervereine in letzter Linie nur untreue Geschäfte.

Der „Eckel“. Der Referendar v. Jgel, Sohn eines inaktiven Generals, hat vor einigen Monaten ohne jeden stichhaltigen Grund in Dranienburg einen Familienvater niedergeschossen. Die bürgerlichen Geschworenen, die über diesen brutalen Akt zu befinden hatten, bejahten nur die Frage auf Körperverletzung, so daß der Nowdy zu nur drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die Geschworenen taten aber noch mehr, sie unterschrieben ein Gnadengesuch für den so milde Verurteilten. Dieses Gnadengesuch ist jetzt abgelehnt worden.

Kleine politische Nachrichten. Der Helingsforser Universitätsprofessor Albert Meyer ist in Miskolcz (Ungarn) unterküstlos aufgefunden worden; er gibt an, daß er aus Furcht vor der Rache Dubrowins Schutz suchte, den er als den Mörder des Dumamitlieders Derjenski bezeichnet hatte. — Das russische Handelsministerium wird in der Reichsduma einen Gesetzentwurf einbringen betreffend die zollfreie Einfuhr von eisernen Schiffen für die Dauer von zehn Jahren. — Der französische Ministerrat genehmigte einen Antrag, der die öffentliche Beschimpfung der Nationalflagge unter Strafe stellt. — Der italienische Minister des Auswärtigen Tittoni und der niederländische Gesandte haben heute den Schiedsgerichtsvertrag zwischen Italien und den Niederlanden unterzeichnet. — Bei der Gemeinderatswahl in Alteneffen, in der die Liberalen über das Zentrum siegten, kam es im Wahllokal zu heftigen Tumulten; ein großes Polizeiaufgebot schritt mit blanker Waffe ein, wobei zahlreiche Verletzungen vorfielen und einige Verhaftungen erfolgten.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Erschlumperei des Handelsministers Kossuth.

Der ungarische Handelsminister Kossuth stiftete für den ungarischen Journalistenverein Dition 20000 Kronen. Eine Deputation, an deren Spitze Magnatenhausmitglied Eugen Károlyi, der Eigentümer des Vuda pesti Pirlap, stand, dankte dem Minister für die Schenkung. Der Führer der Deputation erklärte in seiner Dankrede, der Minister verdiene den Dank der Presse, weil er deren Institutionen die 20000 Kronen von dem Gelde zugewendet hatte, das zur Unterstützung der bei dem Erdbeben von Messina Geschädigten gesammelt wurde.

Herr Kossuth läßt demnach Wohlthaten von dem Gelde der Unglücklichen von Messina. Das ist eine glatte Erschlumperei. Welche Lumpen müssen aber erst diesen Pressklub bevölkern, der diese Schenkung dankend akzeptiert hat!

Zur Strafrechtsreform

wird uns geschrieben: Der Entwurf will die in Oesterreich neuen Schöffengerichte einführen. Für die Uebertretungen sollen wie bisher die mit Einzelrichtern besetzten Bezirksgerichte zuständig sein, bei den Gerichtshöfen 1. Instanz sollen Schöffengerichte geschaffen werden, und zwar „große“ (3 Richter und 3 Schöffen), die für die bisher den Schwurgerichten zugewiesenen Verbrechen, auf die mehr als fünf Jahre Kerker stehen und für Verbrechen zuständig bleiben sollen. Die Verbrechen, die mit weniger als 5 Jahren Freiheitsstrafe bedroht sind, gehören vor die Erkenntnisinstanz (kleinen Schöffengerichte), die statt wie jetzt aus 4 Richtern aus 2 Schöffen und 2 Richtern bestehen sollen. Den Schwurgerichten bleiben nur die politischen Verbrechen (Hochverrat, Aufruhr etc.) und die mit mehr als 10 Jahren Kerker bedrohten Kriminalfälle. Bemerkenswert ist, daß heute die weitaus meisten Verbrechen, sofern nicht der Verfasser ermittelt ist oder sich nennt, vor die Bezirksgerichte kommen als Uebertretung der pflichtgemäßen Obhut des verantwortlichen Redakteurs. Für die Arbeiterpresse wird es ziemlich gleich sein, ob sie von bürgerlichen Geschworenen getobt oder von bürgerlichen Schöffengerichten gestottert wird.

Rußland.

Russische Ordnungsmänner.

Petersburg, 20. November. Ein früherer und ein jetziger Angestellter der Staatsdruckerei, bei denen etwa 1600 geraubte Kreditheine vorgefunden wurden, sind in Haft genommen worden. Die Kreditheine waren zum Teil ohne Unterschrift, zum Teil trugen sie gefälschte Unterschriften und Nummern.

Das russische Vorgehen gegen Finnland.

Helsingfors, 20. November. Entgegen der Versicherung der russischen Regierung, daß gegen Finnland keine weiteren Repräsentationen unternommen werden sollen, sind die gewesenen Landtagsabgeordneten Vilja, Feingström und Porthan unter der Beschuldigung hochverrätherischer Handlungen verhaftet worden. Die Verhafteten gehörten den Altfinnen an. Ihre Festnahme erfolgte durch die Polizei.

Türkei.

Glaubensfreiheit in der Türkei.

Konstantinopel, 20. November. Der Sultan unterzeichnete das Gesetz über die Glaubensfreiheit im türkischen Reich. Dadurch sind alle Glaubensbekenntnisse für staatlich zugelassen erklärt.

Persien.

Die Thronrede über die russische Invasion.

Petersburg, 21. November. Der Passus der persischen Thronrede, der die Anwesenheit russischer Truppen in Persien betrifft, lautet: Wir hoffen sehr, die Erregung und die Trauer der Bevölkerung Persiens über die Anwesenheit ausländischer Truppen auf persischem Territorium werden baldigt schwinden infolge begünstigter freundschaftlicher Verhandlungen sowie dank den uns gegebenen kategorischen Versprechungen und den bereits erkennbaren guten Resultaten. Auf russische Versprechungen gegründete Hoffnungen! Die Enttäuschung wird nicht ausbleiben.

Nordamerika.

Gegen die Standard Oil Company?

St. Paul, 20. November. Die Bundesregierung hat den Prozeß gegen die Standard Oil Company gewonnen. Das Bundeskreisgericht erklärte die Gesellschaft für eine ungesetzliche Korporation und ordnete ihre Auflösung an. Das Urteil des Bundeskreisgerichts tritt nach Ablauf von dreißig Tagen in Kraft, falls es nicht in der Berufungsinstanz vom Obersten Bundesgericht aufgehoben wird. Der Prozeß war im November 1906 von der Regierung gegen die Standard Oil Company von New Jersey, sieben Beamte und sechzig Filialkorporationen derselben angestrengt worden unter der Beschuldigung, Vereinbarungen getroffen zu haben, die eine Beschränkung des zwischenstaatlichen Handels und die Monopolisierung des Ölhandels bezweckten. Von den sechzig Filialkorporationen sind dreizehn bereits von dem Auflösungsdekret ausgenommen. (1)

Chile.

Ein kapitalistischer Staatenkonflikt.

Santiago de Chile, 20. November. Zwischen den Vereinigten Staaten und Chile ist es aus folgender Ursache zu einer Meinungsverschiedenheit gekommen. Die amerikanische Firma Altop hatte eine Anzahl von Mineralrechten erworben. Die in Frage kommenden Bergwerkgebiete liegen aber auf einem Terrain, an dem Chile zuerst Eigentumsrechte geltend macht. Chile verweigerte der Firma infolgedessen die Ausübung der Konzessionen. Die zurzeit zwischen den Vereinigten Staaten und Chile schwebenden Verhandlungen betreffen die Höhe der von Chile zu zahlenden Entschädigungssumme. Chile hat bereits als Bürgschaft eine Million Dollars bei der Bank von England hinterlegt. Eine endgültige Lösung ist jedoch noch nicht erfolgt, da die Vereinigten Staaten den Wunsch ausgesprochen haben, Chile solle darauf verzichten, die Sache vor das Panzer Tribunal zu bringen. Andernfalls drohen sie, ihren Vertreter aus Valparaiso abzuberufen.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Hausagrarien und die Grundsteuer.

Die Beseitigung der Grundsteuer ist das Ziel aller Agrarier in Stadt und Land. Die Aufhebung der Grundsteuer wäre aber eine doppelte Begünstigung der Agrarier, denn einmal wäre diese Aufhebung ein Geschenk an die Grund- und Hausbesitzer, weil dadurch die Grundstücke entsprechend im Werte gesteigert würden, zum andern aber würde diese Aufhebung dem Grundbesitzer von den gleichen Pflichten und Rechten widersprechen. Einen hartnäckigen Kampf, wenn auch nicht um die Aufhebung, so doch um die Herabsetzung der Grundsteuer führen seit langer Zeit die Hausagrarien in Zwickau. Im dortigen Stadtparlament sind die Hausbesitzer nach dem Ortsstatut mit zwei Drittel der Mandate vertreten, während die Unanfähigen nur über ein Drittel der Mandate verfügen. Der Versuch der Bürgerchaft, den Unanfähigen eine größere Vertretung zu verschaffen, stieß bei der Zweidrittelmehrheit der Hausbesitzer auf entschiedenen Widerstand. Zwei Mandate nur wollten sie den Unanfähigen unter der Bedingung einräumen, daß die Grundsteuer von 10 auf 5 Prozent herabgesetzt werde. Es wurde schließlich ein Nachtrag zum Ortsstatut in diesem Sinne beschlossen, der jedoch nicht die Zustimmung des Kreisaußschusses gefunden hat. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten kam die Entscheidung des Kreisaußschusses zur Verlesung. Da diese Entscheidung allgemeines Interesse hat, sei sie hier in ihrem wesentlichen Inhalte wiedergegeben.

Der Kreisaußschuß hat es abgelehnt, in eine materielle Würdigung der Frage einzutreten in Berücksichtigung der Tatsache, daß das Ministerium des Innern in einer Verordnung vom 12. März 1909 der Kreisaußschuß zur Beachtung für künftig zu erkennen gegeben hat, „daß es dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung, der, wie es auch in dem Dekrete über die Neuordnung des Gemeindesteuerverwesens zum Ausdruck gekommen ist, das Gemeindesteuerverwesen beherrschend soll, nicht entspricht, wenn von einer Vorausbesteuerung des Grundbesitzes abgesehen wird“. Es handelte sich hier um die Anlageneuordnung einer Stadt, die bisher die Vorausbesteuerung des Grundbesitzes nicht kannte und die von einer solchen Vorausbesteuerung auch in dem neuen Anlageneuordnung Abstand genommen hatte.

Durch diesen Hinweis des Ministeriums auf die dem Landtage durch Dekret vom 26. Januar 1904 mitgeteilte Denkschrift mußte aber die Kreisaußschuß hinhaltend erklären, daß die darin niedergelegten Grundsätze namentlich wegen Besteuerung des Grundbesitzes auch jetzt noch maßgebend sein sollen und auch jetzt noch die Absicht besteht, das Gemeindesteuerverwesen zum Gegenstande gesetzlicher Regelung zu machen. Die Denkschrift bezeichnet es unter Absatz 3 als die Regel, daß der Grundbesitz im Voraus mindestens 25 Prozent des durch direkte Steuern aufzubringenden Bedarfs der politischen Gemeinde zu decken habe; und wenn an dieser Höhe auch nicht allenthalben festgehalten werden dürfte, so wird man doch damit zu rechnen haben, daß der Grundbesitz bei gesetzlicher Regelung des Gemeindesteuerverwesens einer Vorausbesteuerung unterworfen wird, die über den in dem Nachtrage zum Anlageneuordnung für Zwickau festgesetzten Satz vermutlich hinausgeht. Es würde aber damit nicht zu vereinbaren sein, wenn man jetzt zur Herabsetzung der Vorausbesteuerung von 10 Prozent auf 5 Prozent Genehmigung erteilen und damit in die jetzt bestehenden Verhältnisse der Stadt eine Änderung bringen wollte, die einem künftigen Gesetze gegenüber kaum aufrechterhalten werden könnte. Man würde damit nur unnötige Unruhe in die finanziellen Angelegenheiten der Stadt hineinbringen, und auch den Grundbesitzern selbst keinen Dienst erweisen, ganz abgesehen davon, daß die dermalige Abänderung der Anlageneuordnung für Zwickau im Interesse der Stadt kaum geboten erscheint, übrigens auch nicht aus der Allgemeinheit heraus angeregt wird, sondern auf das Betreiben der Grundstücksbesitzer zurückzuführen ist. Aber auch unerwartet der gesetzlichen Regelung des Gemeindesteuerverwesens würde es mit der Verordnung des Ministeriums vom 15. März 1909 kaum in Einklang zu bringen sein, wenn man die Besteuerung des Grundbesitzes herabsetzen und die Vorausbesteuerung so niedrig bemessen wollte, daß damit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Sinne der Ausführungen in der Denkschrift kaum Rechnung getragen würde.

Die Hausagrarische Mehrheit des Zwickauer Kommunalparlamentes will sich bei dieser Entscheidung nicht beruhigen. Sie hat, obwohl der Oberbürgermeister

Reil abwinkte, mit allen gegen 6 Stimmen beschlossen, gegen den ablehnenden Bescheid des Kreisaußschusses Beschwerde zu führen.

Neue Gesetzentwürfe.

Die Nationalliberalen hatten in der Zweiten Kammer bei ihrem Zusammenritt auch einen Antrag eingebracht, der die Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs ersuchte, der die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte im Sinne des Reichsgesetzes vom 15. März 1909 regeln sollte. Nach den Absichten des Präsidiums der Zweiten Kammer sollte dieser Antrag diesen Montag zugleich mit einem andern nationalliberalen Antrage, der die Verjährung der öffentlichen Ansprüche geregelt wissen will, auf die Tagesordnung kommen. Dem ersten Antrage über die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte ist die Regierung mit einem Entwurf auf dem Fuße gefolgt, so daß sich die Besprechung des Antrages im Plenum erledigt. Die Einbringung des Entwurfs ist allerdings nicht eine Folge des nationalliberalen Antrages, sondern sie beruht auf einem Beschlusse des Reichstages. Der Gesetzentwurf selbst lehnt sich wörtlich an das Reichsgesetz vom 15. März 1909 an. Auch die Begründung entspricht durchaus den Motiven, die dem Entwurf des Reichsgesetzes beigegeben waren. Das Reichsgesetz will alle diejenigen, die nicht dauernd Armenunterstützung beziehen und durch die Armenunterstützung nicht die wirtschaftliche Selbstständigkeit verlieren, im Genusse der auf Reichsgesetzen beruhenden öffentlichen Rechte belassen. Im neuen sächsischen Wahlgesez ist diesem Prinzip bereits Rechnung getragen worden. Beim Gemeindevahlrecht usw. aber führt jede Art Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zum Verlust des Stimmrechts. Dem soll durch den Entwurf abgeholfen werden. In dem Entwurf ist mancherlei auszusagen, wie sich bei dessen Besprechung in der Zweiten Kammer zeigen wird. Bedauerlich ist, daß der Reichstag seinerzeit die Materie nicht durch ein Reichsgesetz für alle Fälle geregelt hat. Das hätte sich ohne alle Schwierigkeiten machen lassen, wenn man gewollt hätte.

Ein zweiter Gesetzentwurf, der zunächst der Ersten Kammer zur Beratung überwiesen worden ist, betrifft das höhere Mädchen Schulwesen. Ein ähnlicher Entwurf lag bereits dem letzten Landtage vor, wurde aber von dem neuen Kultusminister Dr. Veck wieder zurückgezogen. Nach dem neuen Entwurf sind zur höheren Bildung des weiblichen Geschlechts die höhere Mädchenschule und die Frauenschule bestimmt. Weibliche Schulen sind höhere Schulen im Sinne des Gesetzes über die Gymnasien usw. vom 22. August 1876. Die höheren Mädchenschulen haben die Aufgabe, der „besseren“ weiblichen Jugend eine höhere allgemeine Bildung, als sie die Volksschule bietet, zu vermitteln. Sie besteht aus 10 aufsteigenden Klassen. Für die Aufnahme in die unterste Klasse sind die jeweiligen für den Eintritt in die Volksschule geltenden Vorschriften maßgebend. Die Lehrgegenstände teilen sich in Religion, deutsche, französische und englische Sprache, Geschichte, Welt- und Erdkunde, Naturkunde, Rechnen und Mathematik sowie in Schreiben, Zeichnen, Gesang, Turnen und Nadelarbeiten, den Schülern der Mittelklassen soll Gelegenheit zur unentgeltlichen Erlernung der Stenographie geboten werden. Die Frauenschule dient der wissenschaftlichen Weiterbildung der weiblichen Jugend, ohne zu dem Ziele akademischer Studien zu führen, sowie der Vorbereitung auf den besonderen Beruf der Hausfrau. Die Frauenschule hat in der Regel einen zweijährigen Lehrjahrgang und kann eingerichtet werden als höhere Frauenbildungsschule und als höhere Haushaltungsschule. Weibliche Abteilungen können für sich errichtet oder zu einer Anstalt verbunden werden. Die Frauenschule ist nach den vorhandenen örtlichen Bedürfnissen einzurichten.

Gegen die Einführung der höheren Mädchenschule wird die Sozialdemokratie im Landtage unter allen Umständen Front machen müssen, denn sie ist eine reine Klassenfrage für die Kinder der Besitzenden.

Zur Frage der Schiffsabgaben.

Ueber die Frage, ob zur Einführung von Schiffsabgaben eine Verfassungsänderung nötig sei, besteht, wie dem Leipziger Tageblatt mitgeteilt wird, zwischen der preussischen und der sächsischen Regierung eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit. Die preussische Regierung, die ursprünglich selbst den Standpunkt vertrat, daß eine Änderung des § 54 der Reichsverfassung notwendig ist, um Schiffsabgaben einführen zu können, nimmt jetzt auf Grund von gutachtlichen Interpretationen des § 54, die die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung zur Einführung von Schiffsabgaben bekräftigen, den entgegengesetzten Standpunkt ein und hält eine Verfassungsänderung nicht für nötig. Die sächsische Regierung dagegen hat stets die Meinung vertreten, daß der Einführung der Schiffsabgaben eine Änderung der Reichsverfassung vorausgehen müsse, und hält an diesem Standpunkt fest. Sollte zwischen beiden Regierungen eine Einigung über diese Frage nicht zu erzielen sein, so wäre der Fall einer Differenz zwischen zwei Bundesregierungen im Sinne des § 76 der Reichsverfassung gegeben und der Bundesrat zur endgültigen Entscheidung anzurufen. Nachdem es sich aber um eine eigene Angelegenheit des Bundesrates handelt, so würde nach der bisherigen Gepflogenheit entweder das Reichsgericht oder ein besonders einzusetzendes Schiedsgericht berufen, darüber zu entscheiden, ob die Einführung der Schiffsabgaben eine Verfassungsänderung notwendig macht oder nicht. Ein Entschluß des Reichsjustizamtes, das der frühere Reichskanzler Hilow seinerzeit eingefordert hat, liegt schon längere Zeit vor und spricht sich für den Standpunkt Sachsens aus. Die preussische Regierung bereitet über die Frage der Schiffsabgaben eine Denkschrift vor, in der sie ihren Standpunkt eingehend darzulegen versucht. Die Broschüre wird von dem Ministerialdirektor Peters, dem eifrigen Verfechter der Einführung von Schiffsabgaben, verfaßt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die sächsische Regierung ihren Standpunkt in einer Veröffentlichung darlegen wird. Sollte die endgültige Entscheidung über die Frage dahingehen, daß der Einführung der Schiffsabgaben eine Änderung der Reichsverfassung vorausgehen müsse, so würden die Schiffsabgaben nur Gesetz werden können, wenn 14 Stimmen im Bundesrat zur Verhinderung einer Verfassungsänderung zusammenkommen.

Bürgerliche Parteien und Privatbeamte.

m. Gegen Ausbeutung, Unternehmervillkür und Rechtslosigkeit protestierte eine vom Bund der technisch-industriellen Beamten einberufene, stark besuchte Versammlung in Dresden. Der Referent, Ingenieur Graumann-Dresden, wies auf die grenzenlose Ausbeutung der Privatangestellten durch das Großunternehmertum hin. Dagegen und auch gegen die sich immer mehr fühlbar machende Villkür der Unternehmer gegenüber den Angestellten müsse auf das entschiedenste protestiert werden. Der unentgeltlichen Rechtslosigkeit müsse auf gesetzlichem Wege unbedingt und so schnell wie möglich Einhalt getan werden. Zu alledem sei die Lage der Techniker eine zum größten Teil tiefertraurige. Monatsgehälter von 35, 40 und 50 Mk. seien nicht selten. Die Privatangestellten seien im Durchschnitt schlechter gestellt als die organisierte Arbeiterchaft. Eine größere Anteilnahme am öffentlichen Leben sei unbedingt nötig, damit die Interessen der Privatangestellten in Staat und Gemeinde genügend vertreten werden. Deshalb müsse auch verlangt werden, daß in Staat und Gemeinde das allgemeine, gleiche Wahlrecht eingeführt wird, damit die Privatangestellten eine Vertretunglangen.

In der Debatte sprach zuerst der eingeladene nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Heinze-Dresden, der nur auf die Frage der Organisation und die Sozialgesetzgebung einging, für alle übrigen brennenden Fragen, Ausbeutung und Unternehmerrückblick, kein Wort fand. Er sprach kaum 10 Minuten, um sich dann so schnell wie möglich zu entfernen. Das Verhalten dieses nationalliberalen „Volksvertreters“ wurde vom Genossen Krüger unter Beifall der Versammlung gebührend gekennzeichnet. Er wies darauf hin, daß die Sozialdemokratie stets offen die Interessen der Privatangestellten vertreten habe, während die andern Parteien es nur bei Versprechungen bewenden ließen. Dr. Heinze sei, wie so viele andre, ein echt nationalliberaler Drehscheibenpolitiker. Genosse Krüger fand lebhaften Beifall. Nach einer weiteren Debatte gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Einführung von Angestelltenausschüssen zu den Handelskammern durch Reichsgesetzgebung gefordert und die Einbeziehung von Werkmeistern und Betriebsbeamten in diese Ausschüsse verlangt wird.

Wahlprotest. Gegen die Wahl des Genossen Linke, der im 6. ländlichen Wahlkreise (Völsau-Bauhen) bei der Stichwahl mit nur 9 Stimmen Mehrheit gegen den nationalliberalen Kandidaten gewählt wurde, ist Protest erhoben worden.

Bürgerlicher Terror. In Mosel bei Zwickau besteht seit einiger Zeit ein Arbeiterverein, in dem die freien vogtländischen Sängervereinigungen zusammengeschlossen sind. Dieser Verein ist unseren Staatsstößen ein Dorn im Auge, weil er vom dem patriotischen Klimbum nichts wissen will, sondern sich die Pflege des freien deutschen Gesanges zur Aufgabe gemacht hat. Deshalb versucht man ihm das Leben schwer zu machen und auch auf seine Mitglieder einzuwirken; um sie dem Verein wieder abspenstig zu machen. Aber alle diese Versuche haben keinen Erfolg gehabt. Man mußte auf andere Mittel sinnen. Auf ein solches ist man jetzt gekommen, indem man dem Verein das Vereinslokal abtrieb. Die Militärvereinsgrößen und sonstige Pintermänner haben an dem Besitzer des bisherigen Gesangsvereinslokals Schönburgsches Haus, wo gleichzeitig der Militärverein verkehrt, so lange herangekehrt, bis er sich zum Hinzuverstoß der Arbeitervereiner verband. Nun diese auf die Straße gesetzt sind, herrscht eitel Freude im Lager der Patrioten; ob sie anhält, ist eine andere Frage. Die Erbitterung über die ungerechte Handlungsweise, die in den Kreisen der noch Fernstehenden sich breit macht, agitiert nur zugunsten der Gemäßigten.

Bürgerliche Werthschätzung der Lehrer. In einer Landtagswählerversammlung in Kötzschenbroda kam es zwischen dem Fabrikanten Umburg und den Lehrern Gurke, Frenzel, Canis und Erner zu einem Zusammenstoß. Nach der Versammlung rangelte der Fabrikbesitzer in der Gaststube die Lehrer wie folgt an: „Ihr Brüder müßt besorgt werden. Mit politisch unreifen Leuten unterhalte ich mich überhaupt nicht. Diese Leute, die unsre Kinder erziehen, stehen ja nicht einmal auf nationalem Boden, sondern stimmen mit den Koten. Ich unterrichte meine Kinder besser als solche Leute, die erst noch etwas lernen müssen!“ Als die Lehrer ihrer Wege gegangen waren, soll Umburg sie noch als Lausungen bezeichnet haben. Vor dem Schöffengericht kam ein Vergleich zustande. Umburg bedauerte, übernahm die Kosten und zahlte 100 Mark Buße.

Chemnitz. Eine Erbseicheerin stand in der Person der Hausbesitzerin Frau Waldecka Weinreich aus Hartmannsdorf vor dem Strafgericht. Schon am 6. Oktober sollte sie sich verantworten, sie war aber der Verhandlung ferngeblieben und ins Altenburgische geflüchtet. Wegen Urkundenfälschung, versuchten Betrugs und Diebstahls stand sie unter Anklage. Bei ihr wohnte eine alte, nicht unermüdliche Frau. Als sie diese am Mittag des 8. Juli zum Essen wollte, hing die alte Frau in der Türöffnung. Das Selbstverständliche, sie abzuschneiden und eventuell das Leben der Frau zu retten, tat die Angeklagte nicht; im Gegenteil: sie setzte sich hin und schrieb

eine lehrwillige Verfügung, nach der die Selbstmörderin ihr 200 Mk. aussetzte, weil sie sie in den letzten Tagen gepflegt habe. Dann legte sie das Schriftstück auf den Tisch und ging nach Göppersdorf zu dem Enkel der Frau, der dann erst den Reichnam abchnitt. Der Schwindel der Angeklagten, die das Geld sofort vom Enkel verlangte, war so plump, daß er sofort entdeckt wurde. Deshalb und wegen eines in Brühllos begangenen Diebstahls wurde die Angeklagte zu 7 Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Plauen i. B. Ein geradezu unglaubliches Verbot hat der Plauer Stadtrat erlassen. Er hat die Aufführungen von Leo Fallas Operette Die geschiedene Frau verboten, und zwar, wie es in der Verfügung heißt, aus Sittlichkeitsgründen. Selbst dem konservativen vogtländischen Anzeiger ist das Verbot zu toll, denn er schreibt: „Das Verbot ist um deswillen geeignet, Aufsehen zu erregen, weil die Operette an zahlreichen großen Bühnen, so u. a. an den Stadttheatern in Leipzig, Stettin und Nürnberg, ferner in Berlin und Wien, anstandslos aufgeführt wird und fortgesetzt großen Erfolg erzielt, weil sie auch an unserm Stadttheater sechsmal ungehindert über die Bretter gehen durfte.“

Und will scheitern, daß den Plauer Stadtrat hauptsächlich die — übrigens alberne — Gerichtslehre im ersten Akt am meisten geärgert hat. Im übrigen ist das Verbot eine Krähwinkelerei.

Golditz. Die Stadtverordneten beschloßen mit 7 gegen 5 Stimmen die Aufhebung der lokalen Biersteuer. Auch der Stadtrat erklärte sich dafür. Ein Stadtverordneter machte den überraschenden Vorschlag, dem Brauereibesitzer alljährlich die von ihm zu zahlenden rund 1700 Mk. Steuern zurückzuerstatten, aber die Steuer bestehen zu lassen. Das lehnten jedoch die Stadtväter ab.

Alte Nachrichten aus dem Lande. Als die erwachsene Tochter des Gutbesizers H. in Mühlbach bei Frankenberg die Dorfstraße entlang ging, wurde sie plötzlich von einem bissigen Hunde angesprungen. Bei dem Bemühen, sich von dem bössartigen Tiere zu befreien, stürzte sie so unglücklich, daß sie einen komplizierten Bruch eines Unterarmes erlitt. — Als der Sattelmacher Wellner in Johanngeorgsstadt mit der Reparatur eines Pferdegeschirres beschäftigt war, nahm er die dazu benutzte Nadel in den Mund. Dadurch zog er sich eine Blutvergiftung zu, die den Tod des 36jährigen Mannes zur Folge hatte.

Aus der Umgebung.

Schönefeld. Zeichen der Wohnungsnot. Die am 1. November d. J. vorgenommene Wohnungszählung hat das folgende Ergebnis gehabt, daß von insgesamt 3188 (gegen 2075 im Jahre 1908) Wohnungen nur 3, davon 2 in einem erst fertiggestellten Neubau (gegen 10 im Jahre 1908) leergestanden haben. Außerdem waren hier noch 103 (105) mit Wohnungen verbundene Geschäftslotale und 115 (101) Geschäftslotale ohne Wohnungen vorhanden, von denen 2 und 5 (2 und 5) zusammen 7 (7) leer standen. Den Hausagrarern wird dieses Ergebnis sicher Freude bereiten. Weniger aber den Mietern, die bei diesem anomalen Zustand die Leidenden sind und in Form erhöhter Wohnungskosten den Grundstücksbesitzern eine Vermehrung des Einkommens bringen müssen. Diese Wohnungsnotlage erklärt auch die seit einiger Zeit wieder bemerkbare Belebung der Bauindustrie.

Schönefeld. Aus dem Gemeinderate. Nach der Meldeamtzählung betrug am 1. November die Einwohnerzahl 14454. Anmeldungen waren 701, Abmeldungen 432, Geburten 31, Sterbefälle 18 zu verzeichnen. Eine unvermutete Revision der Sparten und sämtlicher Gemeindefassen gab zu unwesentlichen Erinnerungen Anlaß. Nach den Vorschlägen des Bauausschusses wurde beschloßen, gemeinsam mit dem Mariannenstift eine Rohrleitung zur Ableitung der Drainagewässer am Wasserlauf herzustellen. Die Gemeindeführen für das Jahr 1910 wurden am 2. Landtag übertragen. Auf Bauangelegenheiten wurden nach Vorschlag des Ausschusses beauftragt. Der neue Schulbau erfordert die Anlage mehrerer Zugangsstraßen. Der Uebernahme der Kosten für die Verzinsung der Herstellung

wurde zugestimmt. Für einen Teil des Vindenaueareals ist eine anderweite Einteilung von Baustellen erfolgt. 14 bis 18 Meter breite Baustellen sind mit vorzulegen. — Wegen des sprungweisen Wachstums der Schulklassen soll versucht werden, einen Beitrag vom Reichsstaats und vom Bauverein zu erlangen. Der Haushaltplan der Kirchenkasse weist einen Fehlbetrag von 1428 Mark auf. Gegen 4 Stimmen wurde beschloßen, diesen Betrag durch Anlagen zu decken. — Ein Mißstand für Straßenaufkosten für ein Grundstück in der Hohenstraße soll als Sicherheitshypothek eingetragen werden. Der Ueberlassung eines Platzes zu Zirkusvorstellungen wurde zugestimmt. Ebenso der Festsetzung der Wertzuwachssteuer für Grundstücke an der Lazarusstraße, dem Antrage eines Beamten um Anrechnung seiner anderwärts verbrachten Dienstreise auf seine Pension und weiteren Vermietungen von Wohnungen in Gemeindegemeinschaften.

Schönefeld. Reinigung. Am Mittwoch, den 24. d. M., blieb wegen Reinigung des hiesigen Gemeinde- und Standesamt geschlossen.

Selbstmord. Aus unbekanntem Grunde hat der 27jährige Bauernsohn M. durch Erhängen seinem Leben ein geistiges Sonntag ein Ende gesetzt. M. war noch unverheiratet. Wie es heißt, hat er schon vor einigen Wochen einen Selbstmordversuch gemacht.

Schleubitz. Die Ortskrankenkasse für Schleubitz hält am Mittwoch, den 24. November, abends um 8 Uhr, im Vindenhof ihre Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Geschäftsbericht; 2. Ersatzwahl der Vorstandsmitglieder; 3. Wahl der Revisoren und deren Ersatzmänner zur Prüfung der Jahresrechnungen; 4. Ersatzwahl für einen besoldeten Krankenkassendirektor; 5. Bericht vom allgemeinen Krankenkassentag in Berlin; 6. Anträge; 7. Verschiedenes. Etwaige Anträge müssen drei Tage vor der Versammlung beim Vorsitzenden eingereicht sein. Teilnehmer an dieser Versammlung sind alle gewählten Vertreter der Unternehmer und Arbeiter.

Zur Stadtverordnetenwahl. In einer am Sonnabend abgehaltenen öffentlichen Volksversammlung sprach Genosse Ploog aus Leipzig über: Die Aufgabe unserer Gemeindevorsteher in den Stadtparlamenten. In der Diskussion gestellte Stadtverordneter Genosse Sämisch mit scharfen, aber zutreffenden Worten das Gebahren der bürgerlichen Stadtverordneten. Stadtverordneter Genosse Müller richtete zum Schluß an die Versammelten den Appell, energisch für unsre Kandidaten, den Maurer Julius Galle und den Klempner Max Schulze, einzutreten. — Zur selben Zeit hielten auch die Gegner in der Sonne eine Versammlung ab, zu der natürlich nur bürgerliche Wähler eingeladen waren. Dem Rufe waren 49 Männlein gefolgt. Während unsre Versammlung einen ausgezeichneten Verlauf nahm, fand die Zusammenkunft der „Sonnensbrüder“ ein recht tumultartiges Ende. Bei der Kandidatenfrage erklärte Herr K. Enke Klipp und klar, daß der in Frage kommende Vorsitzende des Beamtenvereins sich nicht als Kandidat eigne, da er eine große Gegnerschaft besäße. Der bisherige Stadtverordnete Vinnroth wurde wieder aufgestellt. Ueber weiter vorgeschlagene Kandidaten wurde per Stimmentel abgestimmt. Postassistent Schwert erhielt 23 und Gerichtsssekretär Ludwig 24 Stimmen; 2 Stimmentel waren unbeschrieben. Das Resultat rief einen lebhaften Tumult hervor. Die versammelten 49 Mäunchen verließen den Saal. Es soll eine zweite Versammlung einberufen und die Kandidatenfrage soll nochmals erörtert werden.

Rohrbrüche. Am Donnerstag wurde das Wasserleitungsnetz unter Druck gesetzt. Dabei ereigneten sich zwei Rohrbrüche. Am Grundstück des Zigarrenfabrikanten Herrmann quoll das Wasser aus der Erde, der andre Bruch fand vor dem Vindenhof statt. Die schadhaften Rohre wurden sofort besetzt und am Freitag abend war das Rohrnetz wieder betriebsfertig.

Zwenkau. Aus der Stadtgemeinderatsitzung vom 16. November. Zur Verteilung der fälligen Vergütungen wurde beschloßen, den noch lebenden bisherigen Empfängern ihren Teil wieder zuzumessen zu lassen, für die verstorbenen Empfänger andre zu bestimmen. Ein Straßensch

Trinkt Naumann-Biere!

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.
Zentrum.
Sebastian-Bach-Straße 33, II. I., gut möbl. Zimmer f. 2 P. o. D.
Westen.
Kleinholz, Cuthraer Str. 19, I. M., Verleumdung 85, p. 1. 1. 1910 Wohn., 1 St. 2. K., K., Keller, Bod. 250. A.

Verkäufe und Käufe.
Schuhwaren
in jedem annehmbaren Preis
Marienstr. 23, I. 1.
Schuh- u. Filzwaren
erkl. u. Gelegenheitskäufe, bill. bill.
V. Mariannenstr. 92 (Rein Baden).

Blauners
Monats-Garderobe
Reichsstraße 41, I.
kauft man, wie in Leipzig bekannt, gut und billig: Herbst- u. Winter-Paletots, Jacketts u. Rookanzüge, Joppen u. Knaben-Garderobe, Fracks und Gesellschafts-Anzüge, — auch Leihweise. —
Im Winter von Freitag abends 4 Uhr bis Sonnabend abends 5 Uhr geschlossen. [19845*]
Peitzboas! Brühl 15, Vord.-H. II. *
billigste Preise, weil kein Laden.

Sperlings Damen-Monats-Garderobe, Tel. 13952
verkauft billig herrsch. getrag. Damen-Kleider, Blusen, Jacketts, neue Jacketts, Blusen, Röcke zu Konturspreisen. Auch eleg. Hüte, alles sehr billig. **Peitzboas** zu allen Preisen. Windmühlenstraße 45, I. Elektrische verg. l. *
Heersch. getrag. Damen-Garderobe, große Auswahl in Blusen, Röcken, Schuhen u. Wäsche empf. Frau **Heidel**, Albersstr. 11, II.

Wäsche-Blum
Bettwäsche
Bettzug mit Rissen . . . 2.75
Bettuch, 2m lg., oh. Nacht 1.25
Inlett-Deckbett . . . 4.25
Inlett-Unterbett . . . 3.75
bis zu den feinsten Qualitäten.
Hugo Blum
Reichsstrasse — Handelshof.
Wäsche-Blum

Küchen-Handtücher
grau, gefärbt, à Stück 30 Pfg.
Ellaab. Haldorn, Dorstbeinstr. 2.
+ Hygien. Frauenartikel +
sowie Brosch. Kinderlegen u. ein Ende 30 Pfg. bei Warenkauf umf. Auf Bestellung komme ins Haus.
K. G. Otto, Schil., Seimestr. 88, pt. *
Reelle neue Betten
Gebett 12.50, 14, 18, 25, 33 Mk., v. Selmar Kraft, Lindenau, Markt.
Sofas, Matr., Schürzungen sow. Aufp. Pümpel, H., Markt. St. 22, I. *

Eleg. Plüschsofa, 2 Chaisel., 2 gebr. faub. Bettst., Matr. sehr bill. u. verl. Körnerstr. 11, Q. r. p. Eleg. Säulen-Plüschsofa sofort f. 30 Mk. u. vl. Weststr. 6, Hofpt. *
Chaisel, 12, Röscherstr. 12, Witt. m. W. 12. A. El. Stül., Spgl. u. Holzstr. 15, p. *
Gr. Bettst. u. guterh. Kinderbett b. j. v. Tauchaer Str. 48, Günther.
Nähm. verl. bill. Jakobstr. 4, p. *
Guterh. Jug. u. Herr. Rad sportbill. Go. Neuf. Hall. Str. 74, Strözel. *

Für Grammophonbesitzer!
Die Neue Schallplatten
25 cm nur 75 Pfg.
115 B. Eisenbahnstraße 115 B.
Kinderwagen, Sportwagen,
eleg. Ausführ., zu edem annehmbaren Preise, da dringend Platz schaffen muß.
Teilzahl. gr. Mat. ohne Aufschlag.
Otto Winklers Kinderwagenhaus
Johannisstraße 10 [5333
im Hause des Dorfangeigers.

Puppen
Puppenklinik
sowie sämtliche Ersatzteile
Pl., Ziegelstr. 9, Friseur. *

Puppen
Puppenklinik
Walt. Martell
Konradstr. 26.
= Bitte beachten Sie meine Schaufenster! =
Einige Puppen, Dampfmasch. m. Rob. b. j. vl. Taubchenweg 74, II. I.

Spielwaren-
Räumungs-Ausverkauf
vom 20. November b. 10. Dezember
gewährte b. Einlauf. v. mind. 3 A
15% Rabatt.
Hamburger Spezialhaus
für Fahrradzubehör *
Leipzig, Johannisplatz 3.

Fensterglas
Glashandlung, Eisenbahnstr. 149. *
Krautfässer Waschofgefäße
Wesstr. 56, Q. *
Gr. Auswahl pränt. Kanariens.,
hoch. Sommerkrähen, sowie alle Sort. v. Vogelstutter, Ameleneier, Mehlwürmer, pratt. Käfige u. 20 J an emp. **Max Kraft**, Querstr. 17.

Ausgestämmte Paar laust
Windmühlensr. 2, Friseurgesch. *
Arbeitsmarkt.
Tüchtiger, lediger Ankerwickler
für Gleich- und Wechselstrom
zum sofortigen Eintritt in
dauernde Stellung gesucht.
Offerten erbeten an Rheinische
Bogenlampen-Fabrik G. m. b. H.,
Rheydt. [20639]

Vermischte Anzeigen.
Privat-Tanzunterricht jeder Zeit
H. Papst, Dufourstr. 22 *
Spez. f. ältere Damen u. Herren.
Dre Anzüge
w. wie „neu“ gereinigt, gebügelt,
Anzug 2.50 Mk. Abholung u. Zu-
sendung frei. Postkarte genügt an
Wäscherei „Undine“ Döllitz-Leipzig.

Kammerjäger Wagner wohnt jetzt
Leipzig, Antonstr. 14.
Boa verl. Konrad b. Eisenbahnstr.
G. B. abzug. Tauchaer Str. 20, III. r.
Als Damenschneiderin empfehle
ich Frau P. Quas, Co. Klemmstr. 1.
Kaufstücken u. Lagen v. Rimm.
Neusch., Konradstr. 20, Schmidt. *
Puppen-Reparaturen [L
Galm. Steinweg 14, I.

Weihnachts-Spielsachen
Kräbel etc. werden gut und billig
liefert. Lind., Ranglerstr. 25.
A. Glascher
Tauchaer Str. 26
13390 Telephon 13390
verkauft billig
Tafelglas
aller Art im Ausschnitt
und mit zum Selbst-
verglasen [*]
Spiegelglas
jeder Größe u. Qualität
Glasbehälter
in 100 versch. Größen für
Aquarien
Akkumulatoren etc.
Illustr. Listen frei.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. November.

Geschichtskalender. 22. November 1700: Schillers Gattin Charlotte, geborene von Lengefeld, in Rudolstadt geboren.

Sonnenaufgang: 7,35, Sonnenuntergang: 3,57. Monduntergang: 12,13 vorm., Mondaufgang: 2,22 nachm.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 23. November: Nordwestwinde, bedeckt, Temperatur nur wenig verändert, zeitweise Schnee.

Außerordentlicher Anwaltstag.

Der Vorstand des Deutschen Anwaltvereins hatte zu gestern einen außerordentlichen Anwaltstag einberufen, der Stellung nehmen sollte zu dem geplanten Ausschluß des Rechtsmittels der Revision bei übereinstimmenden Entscheidungen des Landgerichts und des Oberlandesgerichts.

Zunächst auf die sehr reichhaltige Literatur über diese Frage eingehend, erörtert er dann die zahlreichen Vorschläge, die zur Entlastung des Reichsgerichts gemacht wurden; als Herabsetzung der Richterzahl, Vermeidung des überflüssigen Schreibwerks usw. In scharfer Weise spricht sich der Referent gegen die Ausschaltung des Reichsgerichts als Revisionsinstanz aus.

Schärfer noch als der Referent sprach sich der Korreferent, Justizrat Heilberg-Breslau, gegen die Vorlage aus. Mit seinem Spott charakterisierte er die deutsche „Rechtseinheit“ durch Hinweise auf die Verschiedenartigkeit der Entscheidungen.

Die Redezeit in der Diskussion wurde von vornherein auf fünf Minuten beschränkt, so daß wohl manches ungesagt blieb, woran die Öffentlichkeit ein Interesse hat. Alle Redner trafen darin überein, daß der Ausschluß der Revision beim Reichsgericht ein ungeheurer Schaden sein würde.

Die Wahl des Vorstands hatte folgendes Ergebnis: Gewählt wurden: Dr. M. Drucker-Leipzig, Dr. Hagenburg-Mannheim, Justizrat Heilberg-Breslau, Rose-Hamburg, Soldan-Mainz, Geh. Justizrat Heitger-Köln.

Justizrat Eugen Fuchs-Berlin, Gelehrshöfer-Nürnberg, Justizrat Haber-Leipzig, Dr. Lehmann-Leipzig, Konrad Hausmann-Stuttgart, Justizrat M. Jacobssohn-Berlin.

Die Reichsversicherungsordnung und die Gesellschaft für soziale Reform.

Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung war am Freitag in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung des Vereins für soziale Reform im großen Saale des Zentraltheaters der Gegenstand lebhafter Erörterungen.

Herr Dr. Wörner ist für die Zusammenlegung der gesamten Versicherungsbranche, doch gebe er denjenigen recht, die sich dagegen wehren, daß die Zusammenlegung auf Kosten der Unfallversicherung vorgenommen wird.

Die Halbierung der Versicherungsbeiträge bei den Krankenkassen verwirrt der Redner ganz entschieden. Es würde dies eine Mehrbelastung der Arbeitgeber um 45 Millionen M. ausmachen. Die Arbeitgeber seien schon jetzt genügend bedrückt.

Die Kertzefrage wird in der Reichsversicherungsordnung zu lösen versucht und das sei zu begrüßen. Es lasse sich nicht einfach ein System den Rassen vorschreiben, nach welchem sie die Kertzefrage regeln sollen.

Als zweiter Redner trat Herr Dr. med. Wagen, Redakteur des ärztlichen Vereinsblattes, auf, der in scharfer Weise den Entwurf der Reichsversicherungsordnung in bezug auf die Lebensinteressen der Ärzte berührt in ihrer Stellung in den Krankenkassen.

Rechtsanwalt Dr. Segerich spricht, wie er bemerkt, im Auftrage des Landtagsabgeordneten Wörner, des Vorsitzenden der Rechtlichen Berufsvereinschaft, um die Stellungnahme der Berufsvereinschaften zu dem Entwurf zu kennzeichnen.

Die Einnahmen des Kontos Feuerlöschwesen sind auf 260.397 M., die Ausgaben dagegen auf 843.858.18 M. veranschlagt, so daß ein Zuschuß von 583.461.18 M. erforderlich ist.

auch dem industriellen Kapital das Geld entzogen, das für den Untergang der deutschen Industrie.

Leipziger Abgeordneter, Dr. Junck, führte einen Vortrag auf und beurteilte den Entwurf mit beiderseits und andererseits. Er bemerkte gleich zu Anfang, daß er sich unter den Schutz des Vorstehenden stelle, daß politische Erörterungen nicht in Frage kommen.

Die Stadtverordneten halten am Mittwoch, den 24. November, eine öffentliche Sitzung ab. Aus dem Haushaltsplan für 1910 kommen die Konten Schulen und Schulamt zur Beratung, ferner die Konten Markthalle und Gebäude.

Achtstundentag für häusliche Arbeiter. Nachdem seit etwa einem Jahre Versuche mit der Einführung des Achtstundentags beim Betrieb der Straßenreinigung gemacht wurden, ist am 15. November dieses Jahres, mit dem Beginn der Winterarbeit, der Achtstundentag für die Straßenreiniger eingeführt worden.

Von unserer Feuerwehr. Im diesjährigen Haushaltsplan wird eine außerordentliche Ausgabe von 1697.50 M. gefordert. Die Summe soll verwendet werden zur Anschaffung von vier Baupumpen von je 250 Liter Wasserlieferung in der Minute, mit Saugschläuchen von je 6 Meter Länge.

Die Feuerwehreinrichtung für das gesamte bebauten Areal des Hauptbahnhofes ist auf 51304.43 M. berechnet worden. Es sind bereits seit dem Jahre 1904 Ratenzahlungen an den Betriebsreservofonds, aus dem die Kosten verlagsweise bestritten werden, zurückgezahlt worden, so daß in zwei Jahren die Anlage bezahlt sein wird.

Die Einnahmen des Kontos Feuerlöschwesen sind auf 260.397 M., die Ausgaben dagegen auf 843.858.18 M. veranschlagt, so daß ein Zuschuß von 583.461.18 M. erforderlich ist.

Die Einrichtung des Einquartierungsamts, als Filialanstalt des Krankenhauses war von den Stadtverordneten beschlossen worden. Jetzt hat sich herausgestellt, daß auch die Betten einer Umarbeitung bedürfen, weil die jetzt vorhandenen sich für Krankenzwecke nicht eignen.

Für die Fertigstellung der Promenade in der Kaiserin-Augusta-Straße sollen die Stadtverordneten 1530 M. bewilligen. Die begründende Vorlage führt aus, daß die in der Mitte der Straße angelegte Promenade jetzt auch von der Kochstraße bis zur Brandvorwerkstraße fertiggestellt ist und daß demgemäß ihre Bepflanzung mit Bäumen erfolgen kann.

Pfeißner — Timannnachrichten — Tageblatt. Die Timannnachrichten und das Tageblatt haben sich zu einer gemeinsamen Aktion zusammengefunden. In einer Erklärung, die sie gleichzeitig in beiden Sonntagsausgaben veröffentlichten, wird das schwerste Geschick gegen den Herausgeber des Deutschen Kampfs, Artur Pfeißner, aufgeföhrt. Nach Dahlefeldschem Muster hat Pfeißner die genannten Zeitungen aufgefordert, ihm einen Ver-

Freundmann ins Haus zu schicken, dem er unter Disziplin er-
zählen will, was er noch gegen sie auf dem Herzen hat. In der
Erklärung wird Plehner nun journalistisch als nicht fati-
saktionsfähig bezeichnet; auch den Weg der Klage gegen ihn will
man nicht beschreiten, solange es bei Verleumdungsprozessen
gegen ihn mit einer Geldstrafe sein Bewenden zu haben pflegt.
Aber — und das ist beachtenswert — dem Staatsanwalt wird der
Vorwurf gemacht, daß er mit Plehner, „mit dieser öffentlichen
Gefahr“, noch nicht aufgeräumt hat. Das sächsische Justiz-
ministerium wird insolgedessen ersucht, „dieser öffentlichen Ge-
fahr mit so radikalen Mitteln zu begegnen, daß der
dauernden Beunruhigung einer ganzen Stadt ein Ende gemacht
wird“. Das heißt natürlich nichts anderes, als Plehner auf
geranne Zeit hinter schwedische Gardinen zu bringen. Bis das
geschieht, so heißt es in der Erklärung, gibt es für die Leipziger
Bürgerkraft nur das Mittel der Selbsthilfe, weder durch Kauf,
Abonnement oder Inserate jenes Skandalblatt zu unterstützen.
Andernfalls macht man sich mitschuldig an dem gemeingefähr-
lichen Treiben Plehners.

Wie wir über Menschen wie Plehner urteilen, das zu
sagen, ist an dieser Stelle nicht mehr nötig. Wir meinen aber,
daß das letzte Mittel, solche Elemente unschädlich zu machen,
darin besteht, daß man ihnen die Beachtung schenkt, die sie ver-
dienen. Nämlich keine. Die bürgerliche Presse aber erzieht
durch ihre Verbreitung von Schmutz- und Skandalgeschichten
ihre Leser systematisch dazu, daß diese an solchen Genüssen Ge-
fallen finden und auch zu dem Plehnerschen Skandalblatt greifen.
Das Verlangen, Plehner hinter Kerkerthüren un-
schädlich zu machen, mutet im übrigen recht sonderbar an.

Erkrankungen in Stadt und Land. Erkrankungen werden
aus deutschen Stadt- und Landbezirken folgende gemeldet:
Diphtherie und Krupp Landespolizeibezirk Berlin 247, Regie-
rungsbezirk Merseburg 194, Stadt Berlin 172, Regierungsbezirk
Magdeburg 107, Regierungsbezirk Potsdam 90, Posen 89,
Regierungsbezirk Düsseldorf 84, Hamburg 81, Frankfurt a. O. 78,
Pommern 76, Oppereln und Schleswig je 68, Regierungsbezirk
Königsberg 66, Breslau 65, Kassel 60, Steintin 51; Scharlach
Landespolizeibezirk Berlin 250, Regierungsbezirk Arnberg 107,
Stadt Berlin 103, Regierungsbezirk Oppereln 156, Düsseldorf 110,
Merseburg 90, Potsdam 72, Magdeburg 68, Frankfurt 62,
Posen 59, Hamburg 57, Albin und Weignitz 53, Bromberg 51,
Weidobau 42; Typhus Stadt 51, Merseburg 31, Arnberg 25,
Breslau und Marienwerder je 18, Landespolizeibezirk Berlin 17,
Regierungsbezirk Bromberg und Oppereln je 14, Posen 12, Stadt
Berlin und Regierungsbezirk Potsdam 11, Düsseldorf und
Frankfurt a. O. je 10; Kindbettfieber Regierungsbezirk Arnberg und
Breslau je 8, Landespolizeibezirk Berlin und Regierungs-
bezirk Oppereln je 7, Regierungsbezirk Düsseldorf und Steintin
je 6, Regierungsbezirk Kassel und Marienwerder und Stadt
Berlin je 5, Breslau, Koblenz, Gumbinnen, Münster, Schleswig
und Hamburg je 4.

Kann ein Gehilfe „zum Ansehen des Geschäfts“ ohne Ent-
lohnung angestellt werden? Mit dieser Rechtsfrage hatte sich das
Berliner Kaufmannsgericht zu befassen. Der Kläger Franz St.
hatte sich bei der beklagten Firma, dem Deutschen Kolonialhaus
Bruno Antelmann, um eine Korrespondentenstelle beworben. Es
war zwischen beiden Parteien eine Vereinbarung getroffen
worden, die in einem vom Kläger unterschriebenen Zettel fol-
genden Inhalts ihre Bestätigung fand: Drei Tage das Geschäft
ansetzen, dann mit mir sprechen. St. trat am 28. September „zur
Besichtigung“ des Geschäfts an und arbeitete auch über den
1. Oktober hinaus bis zum 7. Oktober, an welchem Tage er an
einer Augenentzündung erkrankte. Er wurde nunmehr ohne
Gehaltszahlung sofort entlassen. Wie der Beklagte behauptet,
sei der Sinn des Bestätigungszettels der gewesen, daß nach Ab-
lauf der dreitägigen Besichtigungszeit der Kläger an den Prinzipal
wegen Engagements herantreten solle, was jener aber nicht ge-
tan habe. Er sei sehr erkrankt gewesen, als er am 7. Oktober
erfuhr, daß der Kläger noch da sei, seine Anwesenheit sei ihm
gänzlich entgangen, was bei einem Personalbestand von über
50 Personen verständlich wäre. Eine eventuelle Anstellung sei
auch wegen Jertums anzusehen, da St. schwerhörig sei. Den-
gegenüber betonte der Kläger, daß dem Prinzipal seine An-
wesenheit nicht entgangen sein konnte, denn er habe ihm alle
Abend die Briefe zur Unterschrift vorlegen müssen. Er, der
Kläger, lege den Zettel dahin aus, daß der Beklagte seinerseits
an ihn herantreten solle. Da der Chef nichts sagte, so habe er
eben weitergearbeitet. Schließlich habe der Prinzipal die Schwer-
hörigkeit, die in geringem Maße vorhanden sei, gleich in den
ersten Tagen gemerkt.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die beklagte Firma, dem
Kläger für die zehn Arbeitstage 50 Mk. zu zahlen. Die „Be-
sichtigung“ des Geschäfts charakterisiere sich als eine Probetätig-
keit, und man könne von einem Gehilfen nicht verlangen, daß er
dies unentgeltlich tue. Die Schwerhörigkeit sei auch nicht so
hochgradig, daß eine Anfechtung wegen Jertums berechtigt er-
scheine. Mit der Mehrforderung über den Tag der Tätigkeit
hinaus wird der Kläger abgewiesen, da das Gericht der Ansicht
ist, daß dieser an den Chef hätte herantreten müssen. — Die
Kosten des Prozesses haben beide Parteien je zur Hälfte zu
tragen.

Selbstmord eines Leipziger Arztes. In Hof hat sich
der 24jährige praktische Arzt Dr. Herbert Kant aus
Leipzig in einem Hotel mit seinen ärztlichen Instrumenten
einen Stich in den linken Oberarm und Schnittwunden
am Handgelenk beigebracht, wodurch die Pulsader ge-
öffnet und der Tod herbeigeführt wurde. Die Ursache
zum Selbstmord soll in einer schweren inneren Erkran-
kung zu suchen sein. Der junge Arzt wollte in ein Sana-
torium nach der Schweiz reisen, ist aber in Hof abge-
stiegen. Von hier aus hat er auch seine Mutter in Leip-
zig brieflich benachrichtigt. Der junge, gesund aussehende
Arzt hatte sich vorher mit Morphinum eingespritzt, er
wurde tot am Sofa sitzend aufgefunden. Die Leiche wurde
nach Leipzig gebracht.

**Erhängen hat sich in der Nacht zum Sonntag in der
Bedürfnisanstalt an der Ecke der Brüderstraße und Stern-
wartenstraße ein in der Querstraße wohnhaft gewesener
49 Jahre alter Invalide. Krankheit war der Beweggrund.**

Selbstmordversuch. Um sich das Leben zu nehmen,
sprang gestern früh in der Wiesenstraße eine 21 Jahre
alte Köchin vom Dach des Hauses, in dem sie wohnt, in
den Vorgarten hinab. Das Mädchen erlitt schwere innere
Verletzungen. Es wurde in das Krankenhaus gebracht.
Ueber den Beweggrund zu dem Selbstmordversuch ließ
sich nichts Sicheres ermitteln.

Unfall. Auf der verlängerten Universitätsstraße wurde
gestern Abend ein Schlepper, der einen Handwagen führte, von
einem Kraftfahrzeug angefahren, zu Boden geschleudert und
mehrfach verletzt. Die Nummer des Kraftwagens wurde fest-
gestellt.

Durch schamloses Gebahren hat ein etwa 25jähriger Mensch
von schlanker Gestalt in der Wettiner Straße und Christian-
straße Vergernis erregt.

Ferner hat sich ein Unbekannter in Häusern der Perthes-
straße in unsittlicher Weise bemerkbar gemacht. Dieser Bursche
war etwa 25 bis 28 Jahre alt, hatte einen schwarzen Schnurr-
bart und trug ein graues Jackett, dunklen Ueberzieher und grün-
lichen weichen Filzhut.

4200 Mk. gestohlen. In der Nacht vom Sonnabend zum
Sonntag wurden in der Hohen Straße einem Fleischer, der sich
selbständig machen wollte und zu diesem Zwecke seine Erspar-
nisse von der Sparkasse erhoben hatte, 4285 Mk., darunter
34 Einhundertmarktscheine und 720 Mk. in Zwanzigmarktscheinen,
gestohlen. Der Dieb war ganz wahrscheinlich ein angeblüher
Kaufmann Fischer, der sich am Tage zuvor dort eingemietet hat
und in der Nacht wieder verschwunden ist. Er hat sich als
Reisender einer Rathenower Firma, die chirurgische Artikel
fabriziert, ausgegeben.

Ein Einmieterbetrüger und Dieb bezog eine Wohnung bei
einer in der Seeburgstraße wohnenden Frau und schwindelte
ihr unter der Angabe, daß er sein Vermögen in Höhe von
9000 Mark ausgezahlt erhalten werde, einen Geldbetrag ab und
verließ auch noch einen Diebstahl, worauf er verschwand. Der
Unbekannte war etwa 30 Jahre alt, übermittelgroß, hatte blaßes,
hageres Gesicht und einen blonden Schnurrbart.

Diebstahl. Gestohlen wurde im Brühl von einem Mo-
geschirre ein Ballen mit rotbraunem Damenkleiderstoff, am
Augustusplatz ein Spazierstock von Ebenholz mit gebogenem
silbernem Griff und Widmung und in der Petersstraße mittels
Taschendiebstahls ein Portemonnaie mit einem Hundertmarktschein.

Mit Hilfe eines Nachschlüssels stahlen Diebe aus einer
Wohnung am Flossplatz ein goldenes Armband mit Rosette, eine
goldene Damenuhrkette, ein mit Perlen verziertes goldenes Medaillon,
ein silbernes Armband in Kettenform, Bettlucher, Bett- und Kopf-
kissenbezüge und andere Wäscheartikel.

Ferner wurde aus einem Café am Flossplatz ein Winter-
überzieher, ein schwarzer, steifer Filzhut und ein Regenschirm
gestohlen.

Verhaftungen. Aufgegriffen wurde hier ein vom Amts-
gericht wegen Unterschlagung verfolgter 27 Jahre alter Reisen-
der von hier.

Ferner wurde hier ein schon wiederholt bestraffter Arbeiter
verhaftet, weil er einem Geschäftsmann in Zeit 70 Mark unter-
schlagen hat, für die er Waren einkaufen sollte.

Wegen der Entwendung eines Fahrrades wurde ein 20
Jahre alter Arbeiter aus Plagwitz festgenommen.

Ein 17 Jahre alter Hausdiener wurde wegen des Verdachts,
aus einem Lokal im Westviertel zwei Hundertmarktscheine ge-
stohlen zu haben, in Haft genommen.

Weiter erfolgte noch die Festnahme eines 34 Jahre alten
Arbeiters aus L. Curisch, der vor einigen Tagen gemeinschaft-
lich mit zwei bereits verhafteten Arbeitern aus einer Scheune
in L. Curisch einen größeren Posten Hafer gestohlen hat.

Hus der Umgebung.

Beschlüsse des Bezirksausschusses.

In seiner letzten geheimen Sitzung genehmigte der Bezirks-
ausschuß der Amtshauptmannschaft Leipzig: Ein Besuch Hammer-
s in S d n e f e l d um Erlaubnis zum Betriebe einer Bauantenne
in der Nähe des Mohrreichgrundstücks in Schönfeld, ein Besuch
Stiefers in G a u g s h um Ausdehnung der Schankkonzession
auf ein Gesellschaftszimmer im Grundstück Neuer Gasthof in
Gaugsh, ein Besuch Schellers in Schönfeld um Erlaubnis
zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntwein-
schanks, ein Besuch von Stobig in D e g s h um Erlaubnis
zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Brannt-
weinschanks (mit Ausnahme der Freischützstube) und ein
Besuch von Schulz in D e g s h um Erlaubnis zum Betriebe
der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks im
Grundstück Zur Post in Leipzig unter Ablehnung der Aus-
dehnung der Schankkonzession auf den angrenzenden Laden.
Ein Besuch von Vogel in Leipzig um Erlaubnis zum Betriebe
der Gastwirtschaft und des Branntweinschanks im Gasthof zum
Mittelschützen in B a r n e d wurde ebenfalls genehmigt, während
ein weiteres Besuch Vogels um Erlaubnis zum Abhalten öffent-
licher Tanzveranstaltungen und Veranstaltung von Singspielen im
gleichen Lokale abgewiesen wurde. — Abgelehnt wurden ferner
die Besuche von Fiedler in W a h a u um Erlaubnis zur Ab-
haltung von theatralischen Vorträgen gelegentlich der Veran-
staltung von Abendunterhaltungen durch Vereine und von
Schlegel in S d t t e r i z h um Erlaubnis zum Veranstalten von
Theatervorstellungen im Gasthof Löwenpark in Stützeritz.

Großschlocher-Kindorf. Die Schleusenwässer der
Gemeinde, die bisher in die Elster abgeleitet worden sind, sollen
künftig in das städtische Schleusenregiment aufgenommen werden.
Der darüber aufgestellte Vertrag, nach dem die Gemeinde an
den Rat der Stadt Leipzig eine Entschädigung von 50 000 Mark
zu zahlen hat, ist in der letzten Bezirksausschusssitzung genehmigt
worden.

Mildmarzdorf. Enteignung. Zur Erweiterung des
Bahnhofs Mildmarzdorf sind eine Anzahl Grundstücke in hie-
siger Gegend enteignet worden. Alle diejenigen, die wegen eines
dinglichen Rechts an diesen Grundstücken Befriedigung aus den
Entschädigungsgeldern erlangen wollen, haben umgeändert ihre
Ansprüche bei der Amtshauptmannschaft anzumelden.

Liebertsdorf. Die Ergänzungswahlen zum
Gemeinderat sind auf den 5. und 6. Dezember angesetzt
worden. Es wählen die Klassen 3 und 5 Sonntag, den 5. De-
zember, nachmittags von 3 bis 6 Uhr und die Klassen 1, 2 und 4
Montag, den 6. Dezember, nachmittags von 5 bis 8 Uhr. Den
Gemeindemitgliedern geht eine Mitteilung darüber zu, in wel-
cher Klasse sie stimmberechtigt sind. Stimmberechtigt sind nach
der Revidierten Landgemeindeordnung alle Gemeindeglieder,
die a) die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen, b) das 25.
Lebensjahr erfüllt haben und c) im Gemeindebezirke anständig
sind oder daselbst seit wenigstens 2 Jahren ihren wesentlichen
Wohnsitz haben. Unanständige Frauenpersonen sowie juristische
Personen sind nicht stimmberechtigt. Von mehreren Eigen-
tümern eines Grundstücks ist jedoch nur einer stimmberechtigt,
und hat unter denselben das männliche Geschlecht sowie weiter-
hin derjenige, der im Orte wohnhaft ist, den Vorzug. Zwischen
Gleichberechtigten entscheidet im Mangel einer Vereinbarung
das höhere Alter und erforderlichenfalls das Los. — Von der
Ausübung des Stimmrechts sind außerdem ganz oder vorüber-
gehend ausgeschlossen, diejenigen: a) die öffentlichen Armenunter-
stützung erhalten oder im Laufe der letzten zwei Jahre erhalten
haben; b) zu deren Vermögen gerichtlicher Konkurs eröffnet
worden ist, während der Dauer des Konkursverfahrens; c) die
von öffentlichen Beamten, von der Advokatur oder von dem
Notariate suspendiert worden sind, auf die Dauer der Suspendi-
tion, sowie der Removierten auf mindestens 5 Jahre (vgl.
lit. d); d) denen durch richterliches Erkenntnis die bürgerlichen
Ehrenrechte entzogen worden sind, auf die Dauer dieser Ent-
ziehung; e) die sich wegen eines Verbrechens oder Vergehens,
welches nach dem Strafgesetzbuch die Entziehung der Ehrenrechte
zur Folge haben kann oder muß, in Untersuchung befinden, in-
gleichem diejenigen, welche Freiheitsstrafen verbüßen oder
zwangsweise in einer öffentlichen Besserungs- oder Arbeits-
anstalt untergebracht sind; f) die unter polizeilicher Aufsicht
stehen; g) die Abstrichtung von Staats- oder Gemeindefin-
anzgaben, einschließlich der Abgaben zu Schul- und Armentafeln,
länger als zwei Jahre ganz oder teilweise in Rückstand gelassen
haben; h) die die Selbständigkeit verloren haben. — Das

Stimmrecht ist in Person auszuüben; doch haben für Ehefrauen
deren Ehemänner die Stimme abzugeben. Ist aber der Ehe-
mann nicht stimmberechtigt, so ruft das Stimmrecht.

Böhlen. Gemeindevorstandswahl. In der letzten
Gemeindevorstandswahl wurde der Gutbesitzer Otto Fischer als
Gemeindevorstand wiedergewählt. Als Gemeindevorstand wurde
an Stelle des Gutbesitzers Franz Kluge der Gutbesitzer Oskar
M e n z e gewählt.

Leipzig. Kommunale Steuerpolitik. Die letzten
Stadtverordnetenversammlungen befassen sich mit der Erhöhung der
Beamteneinkommen. Im laufenden Etat waren dazu 40 000 Mk.
eingestellt, welche hauptsächlich aus den außergewöhnlich hohen
Uebererträgen der Sparkasse und aus den Mehrerträgen der Ein-
kommensteuer sich zusammensetzen. Ob der Mehrertrag der Ein-
kommensteuer herauskommen wird, ist bei den vielen mit Erlaß
eingeleiteten Reklamationen sehr fraglich. Die Mehrausgaben
für die Beamtengehälter betragen bei den Volksschulen 2 1/2
Mk., Realschule 1500 Mk. (hier zählt der Staat noch erhebliche
Zuschüsse), gehobenen Mädchenschule 3800 Mk., Fortbildungsschule
347 Mk. und bei den übrigen städtischen Beamten und
Angestellten ungefähr 9000 Mk. Um in Zukunft seine Mehr-
ausgaben decken zu können, wurde in diesem Frühjahr die Wert-
zuwachssteuer eingeführt. Man hat allerdings die Steuer-
ordnung derart abgemildert, daß wohl auf einen nennens-
werten Ertrag nicht zu rechnen ist. Und nicht nur das. Die
Kaufbesitzer versuchen die Steuer zu sparen, indem sie den
Grundbesitz verkaufen, um dadurch den Wertzuwachs zu ver-
mindern. Man hatte speziell den Stadtrat Herzberg in Verdacht,
dieses Kunststück fertig gebracht zu haben. Durch verschiedene
Anordnungen veranlaßt, versuchte Herzberg sein Vorgehen in
einer Versammlung des Bürgervereins zu rechtfertigen. Der
„patriotische“ Herr begründete seine Handlung damit, daß er
nur (?) der in Aussicht stehenden Reichswertzuwachssteuer hätte
entgehen wollen, weil diese Besteuerung nach seiner Meinung
betreffs der Abmessung des Wertzuwachses eine Ungerechtigkeit
wäre. Die Stadt um die Steuer zu bringen, habe nicht in seiner
Absicht gelegen, denn, sagte er, wenn der hiesige Grund und
Boden weiter im Wert steige wie bisher, so könne die Stadt aus
seinem Bestium auch noch einen schönen Teil Steuern erhalten.
Das sind freilich schöne Aussichten für die Mieter. Im übrigen
sieht man aber auch hier wieder deutlich, daß bei jenen Leuten,
denen „das Vaterland über alles“ geht, der Spatz kein Geld kosten
darf; denn sonst müßten diese Leute es sich zur Ehre anrechnen,
auch die Reichswertzuwachssteuer zu tragen, da ja alle erhöhten
Staatsausgaben nur im Interesse der bestehenden Klasse gemacht
werden.

Wir stehen also vor der Tatsache, daß der Ertrag unserer Wert-
zuwachssteuer ein sehr minimaler sein wird. Ferner ist darauf
zu rechnen, daß die Sparkassenüberschüsse nicht immer in der-
selben Höhe wie dieses Jahr werden vorhanden sein. Den früher
gehegten Plan, aus jenen Uebererträgen einen größeren Fonds
aufzubauen, scheint man aufgeben zu haben, weil man das
Geld ohnehin braucht. Ob weiter der Ertrag der Einkommen-
steuer sich in gewünschter Weise wird steigern lassen, ist gleich-
falls fraglich, wenn man dabei berücksichtigt, daß auch mit dem
Anwachsen der Einwohnerzahl auch die andern Ausgaben steigen
müssen. Bedenkt man ferner, daß das Bestreben vorhanden ist,
eine Mittelschule zu errichten, die, wie es scheint, von den Be-
amten sehr gewünscht wird, so können wir sicher sagen, daß eine
weitere Steigerung der Kommunalsteuern uns in den nächsten
Jahren bevorsteht.

Von Nah und Fern.

Lustmord.

Berlin, 22. November. Ein Lustmord in Dalmin,
dem Herrschaftsitz des früheren Landwirtschaftsministers
v. Podbielski, beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei.
Von einem Unbekannten wurde dort die 16jährige
Tochter eines Gärtners ermordet. Nach ärztlichem Be-
fund liegt Lustmord vor.

Ein Verbrecher.

Berlin, 22. November. Die Kriminalpolizei verhaftete
einen aus Graz gebürtigen Schauspieler namens Hieber,
welcher des Betrugs, Sittlichkeitsverbrechens und Be-
leidigung überführt wurde. Hieber ließ hier an Mädchen
im Alter von 11—16 Jahren Zettel verteilen, nach denen
er sie als Tanzkünstlerinnen ausbilden wollte, und ver-
langte ein Honorar von 200 Mk., das in Raten von 20 bis
25 Mk. gezahlt werden sollte. In zwei Fällen gab er
zu, Mädchen zu unsittlichen Handlungen veranlaßt zu
haben.

Wegen Kindesmishandlung.

Berlin, 20. November. Das Urteil gegen die wegen
Mishandlung ihres Kindes angeklagte Frau Doktor Elfe
Bergmann wurde heute in später Abendstunde gefällt.
Es lautete wegen gefährlicher Körperverletzung auf zwei
Monate Gefängnis unter Anrechnung von drei Wochen
der erlittenen Untersuchungshaft. Die Kosten aller drei
Instanzen, ebenso die der Nebenklage, wurden der An-
geklagten auferlegt.

Lebendig begraben.

Cherry, Illinois, 22. November. Von den am vorver-
gangenen Sonnabend in der brennenden St. Paulsgrube ein-
geschlossenen Grubenarbeitern wurden am Sonnabend 40 Mann
noch lebend aufgefunden. Neun Mann sind bereits am Tages-
licht befreit worden. Einer der Ueberlebenden erzählt, daß
sie sich selbst eingemauert hätten, als sie sich nach der Explosion
ihrer schlimmen Lage gewahr wurden. Sie hätten fürchtbare
Hungersqualen ausgestanden. Die Frauen drängen sich um den
Schadteingang; ihre tiefe Verzweiflung ist neuer Hoffnung ge-
wichen. Weiter wird gemeldet: Von den in der St. Pauls-
Grube eingeschlossenen Bergleuten sind nunmehr
75 lebend gerettet worden. Wie bereits gemeldet, hatten sie sich,
als die Kunde von der Explosion zu ihnen drang, selbst
eingemauert. Sämtliche Ueberlebende haben viel unter Hunger
gelitten. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich äußerst schwierig.
Ein englischer Grubenarbeiter, der sich unter den Ueberlebenden
befand, leistete den Rettern durch seinen Rat große Dienste, da
er bereits früher einmal von einem ähnlichen Unfall betroffen
worden war. Die Nachricht von der Rettung verbreitete sich wie
ein Lauffeuer und von allen Seiten strömten die Angehörigen
der verunglückten Bergleute herbei. Als der erste Retter mit
einem Geretteten aus der Grube emporstieg, küßten ihm einige
der anwesenden Frauen die Schuhe. Als ein andres Mitglied
der Rettungsmannschaft mit einem Ueberlebenden zutage kam,
erkannte er in dem Geretteten seinen Bruder. Die lebend ein-
geschlossenen ernährten sich eine Zeitlang von dem Wasser, das
sie den Flaschen der Toten entnahmen.

Aus Mache.

Wien, 21. November. Eine große Anzahl lediger Generals-
stabsoffiziere erhielt unter dem als Abend angelegenen
Namen Francis die zwei Pillen zur Stärkung der Manneskraft
aufgesandt. Ein Offizier nahm eine und starb sofort. Die Pillen
wurden untersucht. Die Untersuchung ergab als Inhalt reines
Zyanalkali. Die Untersuchung der sensationellen Affäre wird
streng und geheim geführt. Der Name des Abenders ist leben-
falls fingiert, und es steht ein noch nicht bekannter Verbrecher
dahinter, dessen Absicht keine andre gewesen sein kann, als die
Empfänger zu töten. Das Sicherheitsbureau recherchiert nach
den Motiven des Verbrechers, die bisher ganz und gar un-
erfindlich erscheinen. Man nimmt an, daß es sich um einen
Irrsinnigen handelt.

Gemeinverständl. medizinische Vorträge

1909/10.

Donnerstag, den 25. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

spricht

Herr Dr. med. **Bornstein** über **Volksernährung**

Im Saale des Volkshauses, Zeltzer Strasse 32.

Eintrittskarten werden unentgeltlich verteilt vom Portier der Ortskrankenkasse, in sämtlichen Meldestellen und Filialzahlstellen der Ortskrankenkasse, sowie durch die Leipziger Gewerkschaften. [20685]

Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle Volkshaus Zeltzer Str. 32
Portier rechts, L.

Bereitschaft von 8-9 Uhr, mitt. 12-1, abds. 6-8 Uhr.
Telephon 8784. [19401]

Alle in den Buch- u. Steindruckmasch.-Fabriken, Schnellpr.-Fabriken u. Reparaturwerkstätten besch. Arbeiter. **Mittwoch, den 24. November, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Versammlung im Volkshaus, Zeltzer Straße 32.** Tagesordnung: Unser Lohn und unsere Arbeitsverhältnisse. In dieser Versammlung darf kein in den oben genannten Fabriken beschäftigter Arbeiter fehlen.

Schlosseranschläger. **Mittwoch, den 24. Nov., abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: Versammlung im Volkshaus.**

Klempner. **Freitag, 26. November, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Öffentliche Versammlung im Volkshaus, Zeltzer Str. 32.** Tagesordnung: 1. Das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz. Referent: Genosse Mayerbacher. 2. Gewerkschaftliches. — Zahlreichen Besuch erwartet [20682] Die Werkstättenkommission.

Metallschleifer, Polierer u. Galvanisierer. **Freitag, 26. November, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Versammlung im Volkshaus.** Tagesordnung: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallschleifer auf Grund der statistischen Erhebung. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Die Schleiferkommission.

Alle in den Werkzeugmaschinen- und Werkzeugfabriken beschäftigten Arbeiter. **Freitag, den 26. Novbr., abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Versammlung.** Tagesordnung: Unser Lohn und unsere Arbeitsverhältnisse. — In dieser Versammlung darf kein in den oben genannten Fabriken beschäftigter Arbeiter fehlen.

Zu den technischen Unterrichtskursen sind die Anmeldungen so zahlreich eingegangen, daß ein zweiter Kursus errichtet werden kann und werden zu diesem Kursus noch Anmeldungen bis **Montag, den 22. November, zu den bekannten Bedingungen im Bureau entgegengenommen.** [20621]

Zentralverband der Maurer Deutschlands Zweigverein Leipzig.

**Dienstag, den 23. November, abends 7 Uhr
Mitgliederversammlung**
im grossen Saale des Volkshauses
Zeltzer Straße 32.

Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Beratung über den Statutenentwurf. 2. Der bevorstehende Verbandstag in Leipzig und Wahl der Delegierten zu demselben. 3. Innere Berufsangelegenheiten. [20466] Die Kollegen werden ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. **Der Vorstand.**
Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Achtung! Markranstädt. Achtung!

**Mittwoch, den 24. November, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr
Fabrikarbeiter-Versammlung**
im Saale des Thüringer Hofes.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Gehört ein organisierter Arbeiter in Bürgerliche Vereine? Referent: Genosse Schaller aus Markranstädt. 2. Bericht des Kartelldelegierten und Neuwahl desselben. 3. Neuwahl des Agitationskomitees. 4. Gewerkschaftliches.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung. [20631]

**Kutscherheim Beethovenstrasse 11.
Dienstag, d. 23. Novbr.
Gr. Schlachtfest.**

Früh Weißfleisch, später Rüssel und frische Wurst. Fleisch- und Wurstverkauf auch außer dem Hause.
Es ladet ergebenst ein [20638] **W. Thieme.**

Restaurant Stötzner
Reichstr. 89 Katharinenstr. 18. — Dienstag Schlachtfest.

Kauft Briketts
bei
Benno Grimm
Tauchaer Str. 41.

Pelzwaren
eigene Fabrikate [19802]
Stolas v. einfachsten bis feinsten.
Anfertigung aller Pelzsachen.
30jähriges Bestehen.
K. Panzer, Kürschnermeister
Querstrasse 11, III. r.
Achtung! Anfertigung, Umarbeitung u. Aufbesserung v. Zöpfen, Puppenper. Groß Lager fert. Zöpfe v. 2 Mt. an. Kaufe jed. Wosten ausgef. Haare.
H. Klaus, Reitzshainer Str. 12.*

Petrol. Glühlicht-Brenner
mit Dauerstrumpf unter Garantie
bill. Moderne Tisch- und Hänge-
lampen. Neuheit! Planeten-
Lampen (Rundbrenner)

Baldwin Oehme, Leipzig
Grimm. Str. 2 (Auerbachs Hof)

Grosszschocher-Windorf.

Ein populär-wissenschaftlicher Vortrag findet, wie bereits bekannt gegeben, morgen abend im Gasthof zum **Trompeter** statt. Herr Ingenieur Bruns aus Hannover wird über die zeitgemäße Küche unter besonderer Berücksichtigung des Kochens mit Gas und die Verwendung des Gases zu Leucht- und Heizzwecken sprechen. Es werden die neuesten Apparate vorgeführt und Koch- und Badproben gratis verabreicht. Der Eintritt ist frei. [20680] **Gasanstalt Grosszschocher-Windorf.**

Wasserfall

Katharinenstrasse 13 17.
Tägl. v. 5 Uhr nachm. bis 12 Uhr nachts.
Für Leipzig • Orchester Sensation! • Für Leipzig!
Neu! Die Dresdner Unicums Neu!
Illustres Damen- u. Herren-Ensemble.

Versuchen Sie bei mir Ihr

Glück

Ziehung 1. Klasse 157. Königl. Sächs. Lotterie
am 8. und 9. Dezember

= Eile tut not =

Leipzig **J. G. Herrmann** Lindenau
Kohlenstr. 4 Rad.-Sack-Str. 1

Spezialgeschäft für Bettfedern u. fertige Betten
Dampf-Bettfedern-Reinigungs- u. Desinfektions-Anstalt.
Großes Lager in Inletta.
Heinr. Rohr, Leipzig-Volkmarzdorf, Kirchstr. 2
Lokale Warzner Strasse.

Als Weihnachtsgeschenk

empfehlenswert:

Reymond: **Das Weltall**
statt 14 Mark
nur **3** Mark

Klenze: **Tier- und Pflanzenkunde**
statt 14 Mark
nur **3** Mark

Torka: **Im Reiche der Erfindungen**
statt 14 Mark
nur **3** Mark

so lange der kleine Vorrat reicht.

Tier- u. Pflanzenkunde und Erfindungen sind nahezu ausverkauft.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abteilung Buchhandlung
Tauchaer Strasse 19/21.

Die Restbest. einer Konfurmaste soll schnellst. verff. werd. Darunt. bef. sich noch: **Herren-, Damen-, Kind-, Garderob., Kleiderstoff-, Spachtelantien, Bettid. u. a. m.**
L. Lindenau, Lützner Str. 22, I. r.

Heute ein Waggon
Prima frische
Grüne Heringe
eingetroffen! Für Wiederverkäufer billigste Bezugsquelle!
Engros- und Einzelverkauf.
Hamburg. Fisch-Zentrale
Erster Leipziger

Fisch-Keller

18 Berliner Str. 18

Kein Laden.
Man achte genau auf die Firma!

Fil.: Bayerische Str. 36 (Ecke Sibonienstr.); Lindenau: Kulturstrasse (Ecke Markt). [20654] Tel. 13891. Kochrezepte gratis.
Frischer Schellfisch 20-25 Pfg.



Religion Sozialismus
und von Dr. Pannkoek
Preis 30 Pfg.
Volksbuchhandlung Leipzig
Tauchaer Straße 19/21.

Mit beiden Händen zugreifen



sollte die einsichtige sparsame Hausfrau, wenn ihr Gelegenheit geboten ist, anstelle der teuren Naturbutter zwei so vorzügliche, unübertroffene Buttersatzmittel zu erhalten, wie die allseitig beliebte

van den Bergh'schea
Margarine-Marken

Vitello und Clever-Stolz.

Diese sind stets frisch erhältlich in allen besseren Kolonialwaren-Geschäften.

Puppen-Verkauf



Mein diesjähriger [19707]
auch Messmuster, bietet günstige Gelegenheit zum billigen Einkauf. ff. Gelenkpuppen, Lederbägel, Charakterpuppen in künstlerischer Ausführung, Porzellanpuppen, Adäffe, Perücken, Kleider, Wäsche, Güte, Schuhe, Strümpfe.
Auf alle Einkäufe im November 5 Prozent.
Puppen-Klinik
Alle Reparaturen.
Puppen-Bazar Gewandgässchen
zwischen Neumarkt und Universitätsstr.

Familienanzeigen.

Sonnabend abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr verschied im Kinderkranken-
hause nach schwerem Leiden
unser innigstgeliebtes Kind
Fritz
im Alter von 10 $\frac{1}{2}$ Jahren.
Städt., Schönbachstr. 80, II.
Die trauernde Familie Reichold.
Die Beerdigung findet
Mittwoch, d. 24. November,
früh 9 Uhr, auf dem Süd-
friedhofe statt. [20642]

Sonntag, d. 21. November,
5 $\frac{1}{2}$ Uhr, entschlief nach
langem, schwerem Leiden
unsere liebe kleine [20641]
Gertrud
im Alter von 2 Jahren.
Dies allen Bekannten
zur traurigen Nachricht.
Städterig, Leipzig, Str. 88
Familie Richard Günther.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme bei dem Begräbnisse meiner lieben Frau, unserer guten Mutter [20651]

Amanda Zäumer

sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. Dank dem Naturheilverein für die ehrenvolle Begleitung mit Fahne; ebenfalls Herrn Pastor Fleischer für die trostreichen Worte am Grabe. Dir, liebe Entschlafene, rufen wir ein Ruhe sanft nach.
Neuditz, obere Münsterstr. 19.
Gustav Zäumer und Sohn nebst Angehörigen.

Todes-Anzeige.

Sonnabend vormittag 9 Uhr verstarb unser lieber Vater
Herr Hermann Melchior
im vollendeten 82. Lebensjahre an Altersschwäche. [20653]
Grosszschocher, den 21. November 1909.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Nach langem, mit Geduld ertragenem schwerem Leiden starb am Freitag abend meine liebe Frau

Anna Hickmann geb. Kauroff

im noch jugendlichen Alter von 22 Jahren. [20643]
Paunsdorf, den 21. November 1909.
Im Namen der Hinterbliebenen: Richard Hickmann.
Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 1 Uhr, statt.

Sonntag, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, entschlief nach kurzem, schwerem Herzleiden, mein innigstgeliebter treuerstehender Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Expedient

Gustav Hermann Friedrich

im Alter von 47 Jahren. [20656]
Kleinschocher, den 22. November 1909.
Im Namen der Hinterbliebenen
Eleonore verw. Friedrich geb. Werner.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. November,
7 $\frac{1}{2}$ Uhr, vom Trauerhause, Neue Straße 10, aus statt.

Am vorigen Freitag verstarb nach langem Krankenlager unsere Kollegin

Frau Anna Hickmann

im Alter von 22 Jahren. [20657]
Es werden ihr Andenken in Ehren halten
Die Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbandes
Verwaltungsstelle Leipzig.
Beerdigung erfolgt morgen Dienstag mittags 1 Uhr vom Trauerhause, Paunsdorf, Johannisstraße 11 aus.

der Verhältnisse und dem Drange der Massen auch der einflussreichste „Führer“ seinen Tribut zahlen muß, wenn er sich nicht jeden Einflusses begeben will. Damit erledigt sich für uns die tomische und in ihrer Tendenz nur allzu deutliche Notiz im letzten Hefte des Korrespondenzblattes der Generalkommission, wo man uns mit „einigen deutschen Parteiliteraten“, d. h. mit Kautsky, in Widerspruch zu setzen sucht.

Der Beschluß von Toronto aber möge die Hoffnungen erfüllen, die die gesamte Arbeiterbewegung auf ihn setzt, daß nämlich das nordamerikanische Proletariat zu einem kampfesfreudigen Gliede der Internationale werde.

Leipzig und Umgebung.

Die genossenschaftlichen Stahlschweißer.

Am 10. Oktober wurde im hiesigen Eldorado eine Generalversammlung des Allgemeinen Stahlschweißerbundes, oder richtiger einer Gruppe desselben, abgehalten, über die wir berichteten, weil sie erkennen ließ, wie es in einer nicht vom Geiste der modernen Arbeiterbewegung berührten Organisation zugeht. Am 14. Oktober hat nun im selben Lokale die andere Gruppe getagt, und wir sind heute in der Lage, auch über diese Generalversammlung einen Bericht zu bringen. Der Streit beider Gruppen ist entstanden, als die Druckerei Neubert in Plauen, die das „amtliche“ Organ des Bundes druckte, gemeinsam mit dem Vorstande den Geschäftsführer Pfeifer entließ. Pfeifer vereinigte sich mit einem gewissen Klubschmidt, der in Plauen keine rühmliche Rolle gespielt hat, und gründete hier in Leipzig am 10. Oktober einen neuen Verband und eine neue Zeitung, deren Redaktion er wurde. Diese beiden Gruppen, oder richtiger die Drahtzieher beider Gruppen, haben sich nun in der Presse und in Versammlungen gegenseitig die schiefsten Anschuldigungen vorgeworfen, so daß jetzt eine Menge Prozesse schweben.

Ueber die letzte Versammlung wird nun berichtet: Delegierte aus allen Stimmbezirken waren erschienen. Einige Delegierte handelten auch im Auftrage ihrer Kollegen, „reinen Tisch zu machen“, zum Schluß mußten auch sie wieder erkennen, daß die Spesen weggefallen waren.

Nach dem Vorstandsbericht wurde man auch gewahr, daß ein „Unberufener“ anwesend war, nämlich ein Beauftragter vom Verband der Land-, Wald- und Weinberg-Arbeiter. Auf Antrag Klubschmidt wurde unser Genosse ausgewiesen. Ein anderer Genosse, der gleichfalls die Interessen des Land-, Wald- und Weinberg-Arbeiter-Verbands vertritt, kam gerade, wie unser Genosse den Sitzungsraum verließ. Er nahm ohne Bedenken den Platz ein, den der ausgewiesene Genosse verlassen hatte. Volle fünf Stunden konnte unser Genosse den Verhandlungen beiwohnen. Es folgte der Kasfenbericht, den wir hier abdrucken:

Rechnungszustellung.

Parer Kasfenbestand	2106.25 Mk.
Barbestand	42.54 "
Eigentum zu verkaufender Lehrbücher	5.00 "
Eigentum noch zu verkaufender Lehrkontrakte	15.00 "
Außenstehende Forderung an Inventar	20.00 "
An Oberschweizer Schnell (für Gerichtskosten)	51.50 "
Inventar der Geschäftsstelle nach 15 Prozent Abschreibung	00.00 "
Summa	2300.29 Mk.

Nach dem Kasfenbericht brach der Sturm los. Der Delegierte von Ragna forderte ausführliche Rechnungslegung, damit die Mitglieder auch wüßten, wo ihr Geld hintäme. Allgemeiner Radau mit Pfuirufen gegen die Verwaltung war die Folge. Bericht der Revisoren und Antrag auf Entlassung des Kassierers gab es nicht. Klubschmidt suchte die Ruhe wieder herzustellen und wollte die Hand zum Frieden bieten. Er forderte eine Menge Besetzungsmaterial zutage gegen den Bundesvorstand resp. dessen Geschäftsführer Grünert. Die Redewendungen ließen durchblicken, daß Grünert den Posten als Geschäftsführer zu Unrecht einnehme, an seine Stelle gehöre der nach seiner Meinung widerrechtlich aus dem Bundeshaushalt vertriebene frühere Geschäftsführer Pfeifer. Zum Schluß sagte er: Meine Herren, treiben Sie es nicht zum äußersten, hinter uns (dem Klubschmidt-Pfeiferschen Rudel) stehen die Mitglieder des Bundes einig und geschlossen. Nehmen Sie unsere Friedensvorschlüge an; als da sind: 1. Wir nehmen alle schwebenden Klagen im Straf- und Zivilverfahren zurück, Sie geben ihre Zustimmung zu der Beschlüssen vom 24. Oktober und legen die willkürlichen Statutenänderungen außer Kraft. 2. Neuwahl des Gesamtvorstands, von der Neuwahl ist der bisherige Vorstand auszuscheiden, ebenso die Druckerei Neubert. Meine Herren, nehmen Sie den Vorschlag nicht an und der Stempel wird im Deutschen Reich bekannt — dann ist der lachende Erbe die Partei Hartmann. (Das ist der Verband der Landarbeiter Deutschlands, dessen Mitglied Hartmann, wie oben bemerkt ist, auf Antrag des Klubschmidt ausgewiesen wurde.) Die weiteren Verhandlungen spotteten jeder Beschreibung. Der Vorsitzende drohte, die Versammlung zu schließen und einen Schutzmännchen zu holen; er erklärte seinen Austritt aus dem Bunde, Ahrens und Grünert nahmen Hut und Mantel, um zu gehen. Sie wurden aber wieder befristet. Das geänderte Bundesstatut wurde außer Kraft gesetzt. Geschäftsbordnungsanträge wechselten mit persönlichen Beschimpfungen usw. in bunter Reihe ab. Der Hauptakt war die Neuwahl des Gesamtvorstands. Es wurde beschlossen: Der erste Vorsitzende und der Kassierer haben eine Kaution von je 500—1000 Mark zu stellen, aber nicht in Wertpapieren, sondern in bar. Als 1. Vorsitzender wurde Max Seuß vorgeschlagen und von einem Klubschmidt-Pfeiferbund als dritter im Bunde mit einer Fünfjährigkeit verteidigt, wie es sich keine Partei öffentlich erlauben kann. Sie mußten aber nachgeben, weil die Einberufener der Generalversammlung sonst von ihrem Hausrecht Gebrauch gemacht hätten. Camenzin-Großhändler wurde als 1. und Allenbach-Chemnitz als 2. Vorsitzender gewählt. Als Bundeskassierer wurde der verhasste Pfeifer in Vorschlag gebracht. Dieser Vorschlag schlug dem Fraß den Boden aus. Der alte Vorstand erhebt sich, der Schriftführer soll das Protokollbuch aushändigen; der Ausgang wurde von den Neugewählten besetzt, die die Aushändigung der Bundeseffekten verlangen. Der Besitzer des Hotels wurde gerufen und nach einem Schutzmännchen geschickt. Dann mußten sich die Delegierten der alten Leitung, die das Hausrecht besaßen, fügen.

Der anwesende Genosse nahm seine für die Schweißer bestimmten Flugblätter und die Nr. 5 des Landarbeiters und verteilte sie an die Delegierten; er gab ihnen den Rat, das Erhalten in Ruhe zu lesen und die Verhandlungen der Generalversammlung an dem Gesehnen zu prüfen; dann wird es ihnen einleuchten, in welchem Verband die Interessen der Schweißer vertreten werden. Der Redakteur Klubschmidt erhielt ebenfalls ein Flugblatt in die Hand gedrückt. Seine Befürchtungen werden sich erfüllen; wir werden die lachenden Erben sein.

Achtung, Buchbinde! In der Firma A. Rossloffsch u. Co. in Belgrad ist ein Streik ausgebrochen. Der Chef des Betriebes soll sich in Leipzig aufhalten, um arbeitswillige Kartonnagenarbeiter, Linierer, Presser, Kontobuch- und Galanteriearbeiter anzuwerben. Wir bitten deshalb, von vorstehendem Kenntnis zu nehmen und Stellenangebote nach Belgrad nicht zu veröffentlichen. Der Bevollmächtigte.

Deutsches Reich.

Holzarbeiterausperrung in Höchst a. M.

Die Höchst Holzfabrikanten kündigten Ende August d. J. den mit dem Holzarbeiterverband im Jahre 1906 abgeschlossenen Tarifvertrag. Am 22. September wurde von den Fabrikanten der neue Vertragsentwurf überreicht. Nach Versicherung der Unternehmer sollten keine Verschlechterungen Platz greifen, sondern die Akkordpreise sollten einer „Regelung“ unterzogen werden. Wochenslang mußte verhandelt werden, damit bei der „Regelung“ die Verschlechterungen, die im Entwurf vorgesehen, wieder einigermaßen ausgemerzt waren. Um zu verhindern, daß irgendwelche Verschlechterungen eintreten, wurde vom Holzarbeiterverband ein entsprechender Passus im Vertrag verlangt. Dieses lehnten die Fabrikanten brüsk ab, trotz den Beteuerungen, daß sie nicht die Absicht haben, irgendwelche Verschlechterungen durchzuführen.

Ein weiterer Differenzpunkt war die Verkürzung der Arbeitszeit auf 54 Stunden (bisher 55 Stunden). Vor der beschließenden Versammlung der Holzarbeiter vertriehen die Unternehmer ein Flugblatt: An unsre Arbeiter! In dem den Arbeitern plausibel gemacht werden sollte, warum die Stunde Arbeitszeitverkürzung nicht zugestanden werden könne. Ferner wurde der Versuch gemacht, die Kommissionsmitglieder gegen ihre Kollegen auszuspielen. Die Holzarbeiter erklärten sich bereit, mit den Unternehmern einen neuen Vertrag abzuschließen unter der Garantie, daß Verschlechterungen nicht eintreten. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung sollte durch einen Schiedspruch entschieden werden. Die „friedliebenden“ Höchst Holzfabrikanten lehnten dieses ab und warfen die Arbeiter in brutaler Weise aufs Pflaster. Wenn jemals Mitglieder des Arbeitgeber-Schutzverbands in frivoler Weise eine Aussperrung heraufbeschworen haben, so sind es die Höchst Fabrikanten.

Aussperrt sind bis jetzt 280 Mann in 8 Fabriken. 4 Firmen haben nicht ausgesperrt. Da die Arbeiter sich in den Fabriken, wo ausgesperrt wurde, solidarisch erklärten und die Arbeit niederlegten, kommen für die Bewegung ca. 400 Holzarbeiter in Betracht. Zugang ist deshalb nach Höchst a. M. strengstens fernzuhalten.

Die Organisation der technischen Privatangestellten.

Mit dem vor einigen Monaten gegründeten Verband Deutscher Diplom-Ingenieure beschäftigt sich die Deutsche Industriebeamten-Zeitung, das Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten, in ihren Nummern 23 und 24. Sie bezeichnet die Bestrebungen des neugegründeten Verbandes als rückwärtlich und nicht geeignet, die soziale Bewegung der technischen Privatangestellten zu fördern. Die Führer des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure gehen von der irrigen Voraussetzung aus, daß die Träger des Titels Diplomingenieur einen besonderen Stand bilden. Dies ist aber keineswegs der Fall, denn unter den Diplomingenieuren gibt es selbständige Unternehmer, öffentliche Beamte und Privatangestellte, deren soziale und wirtschaftliche Interessen durchaus nicht die gleichen sind. Für die soziale Lage des einzelnen Diplomingenieurs ist nicht die Vorbildung, sondern seine Stellung im Produktionsprozess maßgebend. Die bestehenden gesetzlichen Vorschriften zum Schutz des Titels Diplomingenieur reichen auch völlig aus, so daß man für diesen Zweck keinen Verband zu gründen brauchte. Aus entscheidend bekämpft die Industriebeamten-Zeitung die vom Verband Deutscher Diplom-Ingenieure erhobene Forderung, der im Privatdienst tätige Diplomingenieur solle aus dem Bereiche des Gewerbetreibenden und der Arbeiterversicherung herausgehoben werden. Das Recht des Dienstvertrages ist im bürgerlichen Gesetzbuch generell geregelt. Die einschlägigen Paragraphen sind aber nicht zwingenden Rechts, so daß entgegenstehende Vereinbarungen zwischen Arbeiter und Unternehmer jederzeit möglich sind. Daher kommt es z. B., daß die technischen Angestellten in gewerblichen Betrieben infolge der günstigeren Bestimmungen der Gewerbeordnung rechtlich besser dastehen als ihre auf Privatdienstvertrag beschäftigten Kollegen im Staats- und Gemeindefeld. Geseht nun den Fall, es fände sich eine Regierung, die dem ärmlichen Wünsche des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure Rechnung trägt, so hätte das eine schwere rechtliche Benachteiligung zahlreicher Ingenieure zur Folge. Kechnlich verhält es sich mit dem Abscheu, der in den Mitteilungen des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure gegen die Einbeziehung der technischen Angestellten in die Arbeiterversicherung zum Ausdruck kommt. Die Folge davon wäre, daß die in der Industrie tätigen Diplomingenieure sogar auf der gesamten staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten ausgeschlossen werden müßten, um zu verhindern, daß sie mit Nichtakademikern in dieselbe Versicherung einbezogen werden. Ebenso entspricht die Forderung nach der Errichtung von Diplomingenieurkammern nicht den Interessen der Diplomingenieure, die im Privatdienste beschäftigt sind. Die auf rein technischem Gebiete liegenden Aufgaben, die ihnen etwa überwiesen werden könnten, werden heutzutage schon von den großen wissenschaftlichen Fachverbänden zufriedenstellend bearbeitet. Für die Behandlung sozialer Fragen wären aber Kammern, in der Diplomingenieure ohne Rücksicht auf ihre soziale Stellung sitzen, ein Hindernis. Die Interessen der auf Privatdienstvertrag angestellten Diplomingenieure müßten dabei immer zu kurz kommen. Aus alledem zieht die Deutsche Industriebeamten-Zeitung den Schluß, daß der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure keine geeignete Interessenvertretung für die privat angestellten Diplomingenieure sein kann. Diese Gruppe von technischen Privatangestellten hat dieselben sozialen und wirtschaftlichen Interessen wie die übrigen, so daß das einzig zweckmäßige gemeinsame Organisationsarbeit aller technischen Privatangestellten ist.

Ein Landarbeiterstreik in Pommern.

In Wolin bei Greifenhagen a. O. (nahe Stettin) ist ein Streik der Dienst„Knechte“ ausgebrochen. Die Großbauern, sämtlich im landwirtschaftlichen Verein organisiert, haben beschlossen, diesen ihren Arbeitern den jährlichen Lohn auf 270 Mk. zu kürzen, statt der 300 bis 330 Mk., die man ihnen jetzt zahlt. Sowann wollen sie Beginn und Schluß des Dienstjahres auf Neujahr verlegen, während der Dienstwechsel jetzt landesüblich auf Martini fällt. Den Vorteil von der Neuerung hätten natürlich die Herren Agrarier, die zu Neujahr, wenn die „Knechte“ nirgend anders mehr unterkommen könnten, die Löhne noch mehr drücken könnten. Deshalb verzichtete der größte Teil bei dieser Lohnkürzung Begünstigten, unter diesen Bedingungen weiter zu arbeiten und die „Herren“ sind jetzt ohne männliche Hilfsarbeiter.

Verurteilung des Bergknappen-Redakteurs.

Im April d. J. brachte der Bergknappe, das Organ der christlichen Bergarbeiter, einen Artikel, in dem behauptet wurde, der Bergarbeiterverband sei Urheber eines bei der Knappschafwahl von 1904 erschienenen anonymen Flugblattes, in dem dem damaligen Gewerkevereinsvorsitzenden August Bruns vorgeworfen wurde, er sei von den Unternehmern mit 30000 Mk. bestochen worden. Das Flugblatt war in Wirklichkeit von dem später entlassenen Verbandsbeamten Spaniol und dem Verbandsbeamten Götte verfaßt und verbreitet worden. Der Bergarbeiterverband tat damals alles Mögliche, um die Verbreitung, als sie ihm bekannt wurde, zu verhindern.

Der Beklagte bestritt die Absicht der Beleidigung. Das Gericht erkannte eine solche aber als vorliegend an, weil in dem inkriminierten Artikel auf Auslassungen des Bergknappen aus 1904, die schwer beleidigend für den Verbandsvorstand waren, Bezug genommen wurde. Es wurde deshalb auf 50 Mk. Geldstrafe und Publikation im Bergknappen und in der Bergarbeiterzeitung erkannt.

Ausland.

Zum Gasarbeiterstreik in Norditalien.

Der Ausstand der Gasarbeiter dauert fort. Die Gesellschaft hat in der Schweiz 370 Streikbrecher angeworben, die heute die Arbeit aufnehmen sollen. Man befürchtet Zwischenfälle. In Genua kam es bereits zu Gewalttätigkeiten. Vier Ausständige wurden verhaftet.

Aus der Partei.

Der Branntweinbojkott.

Der „Freie Gastwirt“ bringt in seiner Nummer 47 eine Notiz zum Schnapsbojkott, in der unter anderem gesagt wird: Wir haben, bevor wir dazu Stellung nehmen wollten, uns an persönlich bekannte Mitglieder des Parteivorstands gewandt mit der Bitte, den Beschluß des Parteitags entsprechend zu deklarieren.

Wir erklären dazu, daß weder ein einzelnes Mitglied des Parteivorstands noch der Parteivorstand als solcher mit dem Verband der Freien Gastwirte oder mit einem seiner Vertreter in irgendeiner Weise über den Schnapsbojkott verhandelt hat. Der Parteivorstand.

Kommunalwahlen. Bei den Gemeindevahlen in Ober- und Nieder-Sachsen sind erstmalig 9 Sozialdemokraten gewählt worden. Das gegnerische Kartell ist völlig unterlegen. In Neichenbach (Schlesien) gelang es unsern Genossen zum erstenmal, 3 Stadtverordnetenmandate zu erobern. Sie siegten mit 302 gegen 228 Stimmen. In Düren bei Pommern eroberten unsere Genossen 2 Gemeinderatsitze der dritten Abteilung. In der zweiten Abteilung brachten sie es auf 63 Stimmen gegen 114, die auf die vereinigten Gegner entfielen. Bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Klasse in Höchst a. M. siegten wieder, wie nicht anders zu erwarten war, die Kandidaten der Höchstler Partei; die Aktionäre und Beamten der Farbwerke sichern auch den Besitz der Mandate der ersten und zweiten Klasse. Eine große Stadt unter der Vormähdigkeit einer einzigen Firma! Ein herrliches Kulturbild aus der Dreiklassenmonarchie! Immerhin haben auch die Sozialdemokraten einen Achtungserfolg errungen. Während wir es vor zwei Jahren nur auf 185 bis 193 Stimmen brachten, erhielten diesmal unsere 8 Kandidaten ungefähr die doppelte Stimmenzahl, nämlich 308 bis 370 Stimmen, während die Kandidaten der Farbwerkepartei einen kleinen Niedgang gegen 1907 erlitten. Damals war die Durchschnittszahl 600, diesmal rund 800 Stimmen. Viele Kleinwerbetreibende haben uns diesmal ihre Stimme zugewandt. In Dppau (Pfalz) errangen unsere Parteigenossen mit 14 Stimmen die Mehrheit im Gemeinderat; sie werden Anspruch auf den 1. Adjunkten erheben. Bisher zählte unsere Fraktion nur 7 Mann. In Lomerdheim brachten wir bei der Wahl am Freitag zum erstenmal 4 Kandidaten durch. In der liberalen Hochburg Edenkoben gelang es unsern Genossen, durch die Verhältniswahl 8 Sitze zu erobern. Weitere Gemeindevahlstiege sind aus Neuh. L. zu melden. In Dürren-ebersdorf eroberten wir 2 Mandate. Den gleichen Erfolg hatten wir in Frankenthal. In dem großen Vorort von Vera, in Debschitz, siegten unsere 9 Genossen mit 308 bis 381 Stimmen über die Gegner, die 23 bis 256 ausbrachten. Hier haben wir sämtliche 24 Gemeinderatsitze in unserer West. Bei der Gemeinderatswahl in Annen (Westfalen) siegten unsere Genossen mit erheblicher Mehrheit. In die Gemeinderatsvertretung zogen zum erstenmal 3 Sozialdemokraten ein. Der Sieg wurde erfochten gegen die vereinigten bürgerlichen Parteien, die uns geschlossen gegenüberstanden. Bei der Stadtratswahl in der 3. Abteilung in Ohligs (Rheinprovinz) erhielt der Kandidat der bürgerlichen Partei 407 und der Kandidat der Sozialdemokraten 624 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 50 Prozent. Bei der Stadtverordnetenwahl in Eibing errangen am Sonnabend die Sozialdemokraten einen glänzenden Sieg. Unsere Liste siegte mit 300 Stimmen Mehrheit. Bei der Stadtverordnetenwahl in Elmshorn siegten die Kandidaten der Sozialdemokratie mit 600 über 550 bürgerliche Stimmen.

Ein eigenes Heim. Partei und Gewerkschaften in Brandenburg kauften gemeinsam das Stablonement Stadtpark, das, im Mittelpunkt der Stadt gelegen, aus Restauration, Vereins- und Gesellschaftszimmer, zwei großen Sälen, einem großen Garten und Privathäusern besteht. Das ganze Terrain umfaßt 3000 Quadratmeter; der Kaufpreis beträgt 178 000 Mk.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 22. November. In den Maschinenlaxionnagerwerken in der Reindorfstraße hat heute früh eine Benzolexplosion stattgefunden. Eine Arbeiterin ist getötet, ein Werkmeister schwer und ein Arbeiter leicht verletzt.

Auskunft in Rechtsfragen.

M. S. Der Antrag ist beim Amtsgericht zu stellen. Die Kosten sind unerheblich. Es kommen nur die gerichtlichen Gebühren in Betracht.
M. R. 100. Bei monatlicher Mietzahlung kommt, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, monatliche Kündigung in Frage. Die Kündigung hat für das Ende und spätestens bis zum 15. des Kalendermonats zu erfolgen.
M. S. 44. Sie haften als Erbin für die Schulden Ihres verstorbenen Ehemanns.
Anhalter Straße 16, 2. Weisen Sie bei der dortigen Steuerbehörde darauf hin, daß Sie bereits in Leipzig für das ganze Jahr Steuern gezahlt haben. Sollten Sie dennoch zur Steuer herangezogen werden, können Sie von Leipzig die Rückzahlung des Betrags für die Zeit vom 1. Oktober bis zum Jahreschluss reklamieren.

Briefkasten der Redaktion.

R. R. Die Hebammensteuer beträgt für die Hilfe bei einer natürlichen Geburt 6 bis 10 Mk., bei einer Zwillingsgeburt 7 bis 12 Mk., bei einer sich vergebenden Geburt, bei der die Hebamme länger als 24 Stunden zugebracht hat, 6 bis 15 Mk. Außerdem kann die Hebamme für jeden vorgeschriebenen und für jeden außerdem verlangten Besuch bei einer Wöchnerin und für das Wadeln, Baden oder Waschen des Kindes a) bei Tag 60 Pfg. bis 1.50 Mk., b) bei Nacht (zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr früh) 1.20 Mk. bis 2.50 Mk. verlangen.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:
Speiseanhang I (Zehnjährige): Milchreis mit Butter und Rindfleisch.
Speiseanhang II (Zehnjährige): Weichkorn mit Rindfleisch.
Speiseanhang III (Zehnjährige): Rindfleisch mit Schweinefleisch.
Speiseanhang IV (Zehnjährige): Milchreis mit Butter und Rindfleisch.
Speiseanhang V (Zehnjährige): Milchreis mit Butter und Rindfleisch.
Speiseanhang VI (Zehnjährige): Milchreis mit Rindfleisch.

Erwerbt das Bürgerrecht!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.
Diese Nummer umfaßt 13 Seiten.



Der Lotterieschwebe.

Vornholmer Erzählung von Martin Andersen Aegø.
Nachdruck verboten.

Die Vorfälle der letzten Zeit hatten starken Eindruck auf den Schweden gemacht, und er nahm sich kräftig zusammen. Wie gewöhnlich geriet er in das entgegengesetzte Extrem, hielt sich von allem zurück und brachte der Frau den ganzen Verdienst. Es kam eine stillschweigende Verständigung zwischen ihnen zustande; sie war ihm dankbar für seine Enthaltensamkeit, und nachmittags gab sie dem Knaben einen in Strumpfschäfte eingewickelten Krug mit heißem Kaffee mit. Abends kam er mit dem Knaben nach Hause, las die Zeitung, die sie für ihn ließ, und ging ins Bett oder stand im Schuppen und stützte die Holzschuhe der Kinder.

Mein dies dauerte nur bis zur dritten Lotteriezählung. Die zweite Zählung hatte in den Tagen nach dem Tode des Kindes stattgefunden, und er hatte sich nicht darum bekümmert. Nun aber hatte er wiederum die Gedanken darauf gerichtet.

Es schlug fehl, und mit der Niederlage verflüchtigte sich die letzten Eindrücke; die Tatsachen veränderten und entfielen sich in seiner Erinnerung, und der Vorwurf, der in ihnen gelegen hatte, verschwand.

Und alles wiederholte sich wie früher. Er griff zum Schnaps, kam benebelt, kam betrunken heim, zuerst einmal, dann öfter, und schließlich kam er in vollständig trunkenem Zustande. Er wurde anspruchsvoll. Und in seinem Rausche wiederholte er die alten Worte, nur noch härter als zuvor: Weib und Kinder seien Bettelhunde, die ihm den Bissen vom Munde weg schnappten. War er nüchtern, so schlug er, aber die Selbstvorwürfe blieben von nun an aus.

Und der Winter schritt vor.

Nüchtern erschlief er in der Arbeit, trieb sich mehr herum, hielt zeitig Feierabend, leistete weniger. Er brachte nur wenig heim, manchmal gar nichts, niemals mehr, als er für sich selbst brauchte.

Aber der Mut der Frau schien da zu beginnen, wo der des Mannes versagte — bei der Niederlage. Je mehr er nachließ, je energischer wurde sie: sie spann für die Leute, wusch, verrichtete grobe Arbeit, die keine andre übernehmen wollte, und war frisch und spät in Bewegung. Sie arbeitete Tag und Nacht, allein er kam nicht über ihre Erschöpfung. Und ihr Selbstgefühl wuchs nach und nach, wie sie die Verantwortung übernahm, und es waren Grenzen in dem, was sie sich bieten ließ. Das verblüffte den Schweden und hielt seine Brutalität in Schach.

Es kam dahin, daß er unter ihrer Beschäftigung zu leiden hatte, daß er das Essen nehmen mußte, wie es eben war: schlecht, halb kalt, angebrannt — er war nicht mehr der, um den sich alles drehte. Das machte das Verhältnis noch gespannter und seßelte ihn noch weniger an seine Häuslichkeit.

Nach war er vollkommen fremd dabei. Weib und Kinder lebten für sich selbst, feierten Geburtstage und gestatteten sich kleine Freuden, denen er ferne stand. Es tat ihm weh, als er gesehen wollte. Er verlangte ihn nach der Fürsorge seines Weibes, nach der Verantwortung der Kinder — er vermehrte sie nun, als es damit vorbei war. Er versuchte sich mit den Kindern zu beschäftigen. Besonders wenn er halb beseht war, spielte er und sparte er mit ihnen, bis sie außer Rand und Band waren. Dann aber gingen sie gewöhnlich wehler, als er in seinem reizbaren, vom Spiritus bestimmten Humor zu vertragen gelernt war, und da schlug er sie. Das Resultat war, daß sie selbst sich von ihm fern hielten, und die Mutter dafür sorgte, sie vor seiner Heimkehr im Bette zu haben.

Schlimmes arbeitete sich in ihm empor. Die Holzschuhe der Kinder rührte er nicht mehr an, tat überhaupt nichts dieser Art. Kamem sie aber mit durchlöchertem Schuhwerk, so drohte er ihnen, Eisenstacheln hineinzufahren, die ihnen die Füße zerstechen sollten — dann würden sie schon aufgeben, mit den Knöcheln zu stolzen. Und die Kinder glaubten es und weinten vor Furcht, wenn ihre Holzschuhe einzweigeln; dann aber ging die Mutter selbst in den Schuppen hinaus und richtete sie, so gut sie konnte.

Der Schwebe hatte seit mehreren Jahren eine Gans, die jeden Sommer Junge hatte. Die Kinder hielten diese draußen auf den Stoppeln, und am Martinstag wurden sie verkauft. Im Winter ging die Gans, wohin sie wollte, nur mußten die Kinder dafür sorgen, daß sie des Nachts heimkam: sonst konnte der Fuchs kommen und sie nehmen. In der Regel kam sie von selbst in der Dämmerung heim und schnatterte vor dem Fenster, bis ihr aufgeschloßen wurde; bisweilen aber zog sie es vor auf einem der Straßenteiche zu schlafen.

Eines Abends — es war ein wildendes Schneegestöber — kam sie nicht. Den beiden Kleinen, die den ganzen Tag allein dahelme dagewesen waren, wurde bange, und Hand in Hand trotteten die Pflöfchen hinaus, um sie zu suchen. Das Unwetter peitschte und blendete sie, und erlarrt und klagend lehrten sie zurück. Da war die Mutter eben von einem anstrengenden Tagewerke — sie hatte den ganzen Tag gewaschen — heimgekommen und ließ nun folgende hinaus, um sie zu suchen. Zuerst zu den Nachbarn, die Gänse hatten — die übrigen waren heimgekehrt, aber jene war nicht dabei gewesen. So kämpfte sie sich denn aufs Geratewohl durch die Strafen, lief von Teich zu Teich und über die weiten Felder hin. Die Luft war dick von wirbelndem Schnee, und die Dämmerung brach herein — es war hoffnungslos, zu suchen. Aber die häufigsten hässlichen Ausritte hatten sie furchtsam gemacht, und obgleich er es nicht mehr wagte, sie zu schlagen, ätzte sie doch bei dem Gedanken an eine neue Szene. Und sie suchte weiter und weiter. Wo sie etwas Graues im Schnee sah, lief sie hin — ein Stein. Sie arbeitete sich über den See zum Bach hinunter, der niemals aufroz; vielleicht lag sie im Auslaufe. Sie war nicht da. Sie folgte dem Bache, wo er ins Meer mündete, und ließ spähend den Strand entlang. Es war ganz finster geworden. Da kam ihr plötzlich in den Sinn, daß er bald zu Hause sein konnte. Wenn er vor ihr heimkäme und es entdeckte, dann ging es über die Kinder her. Sie hing an, nach Hause zu laufen — wenn er es nur heute Abend nicht mehr merkte, morgen würde die Gans von selbst kommen. Zum erstenmal in ihrem Leben wünschte sie, der Mann möge betrunken zurückkehren.

Er kam heim, nur ein wenig bespitzt, und die Frau ging in beständigem Schrecken umher, daß er in den Schuppen hinausginge und nachschäfe. So oft er aus irgendeinem Grunde aufstand, gab es ihr einen Ruck. Aber der Abend verging, und es wurde Schlafenszeit.

Sie beckte sich, ins Bett zu kommen, während er seine Holzschuhe anbrannte und in den Hof hinausging. Beim Hineinkommen blieb er vor dem Verschlag der Gans stehen und sprach zu ihr, und als er keine Antwort erhielt, stoßerte er ärgerlich mit einem Stod hinein. Der Verschlag war leer.

Er stieg auf den Bodenraum, trat zu seiner Frau und rief ihr brutal das Bettzeug weg: „So, Du meinst, Du kommst am besten davon, wenn Du ins Bett kriechst! Nein, da irrst Du Dich, Mutter!“

Sie war auf der andern Seite aus dem Bett gesprungen und stand nun, vor Kälte bebend, da.

Er ging rund um das Bett und auf sie zu: „Nicht schau zu, daß Du in Deine Lumpen kommst und Dich packst! Und daß Du Dich nicht unterseht, heimzukommen, ehe Du sie gefunden hast!“

Eine Viertelstunde später arbeiteten sie und der Junge sich über die Stängel zum Iser hinab — die Gänse schliefen immer auf dem Wasser, wenn sie es erreichen konnten. Das Geschöder peitschte ihnen Eisnadeln ins Gesicht, während sie längs des Strandes auf und ab liefen und riefen: „Komm, Bestal komm Bestal!“ und stehen blieben und lauschten. Die Eisstücke scharrten im Wasser aneinander — sonst war nichts zu hören, kein Laut. Und weiter aufwärts den Strand, auf und ab! Weiter droben hörten sie Antwortlaute, und sie blieben stehen und riefen wieder, liebevoll und lockend. Ein Stillechen weiter draußen im Wasser schnatterte die Gans, wollte aber nicht hereinkommen. Lange standen sie ratlos und ättern vor Kälte, wagten aber nicht, heimzugehen. Dann sprang der Knabe ins Wasser, und die Mutter hielt ihn nicht zurück; er watschelte hinaus, machte einen Kreis um die Gans und brachte sie herein. Die Mutter ließ ihn vorauslaufen, was er tonnte, damit er nicht frant würde. Und dahinter tat sie das eifige Zeug von ihm ab, brachte ihn zu Bett und legte Wärmendes zu seinen Füßen.

Eigentlich krank wurde der Junge nach dieser Walspartie nicht, aber er bekam einen festsam raselnden Husten, der nicht vergehen wollte, und klagte an den folgenden Tagen über Kopfschmerz. Auch starb ihn sehr viel. Die Frau sekte es durch, daß er vorläufig nicht in die Steinbrüche ging.

Nun sah er dahelme und half seiner Mutter stricken. Manchmal las er ihr auch vor, spielte mit den andern Geschwister, und sie verbrachten gemüthliche Stunden. Hier und da nahm er Stiefel und Schlittschuhe und versuchte das Eis; aber die Kälte drückte ihn, und er besah nicht mehr die Energie, sie zu überwinden. Da zog er es vor, in der freien Zeit am Ofen zu sitzen und zu lesen. In seine Augen war ein eigener Glanz gekommen, der die Mutter besorgte machte.

Dem Schweden war es eine Erleichterung, daß der Junge nicht mehr zur Arbeit kam — er war ja doch immer eine Fellei für ihn gewesen, denn der Junge klatschte. Und dazu war er manchmal fast nicht heimgangen gewesen, wenn der Schwebe ins Wirtschaften wollte. Wohl hatte dieser hier und da versucht, ihn auf seine Seite zu bekommen, aber es ging nicht; seit dem Kindes Tod war der Einfluß der Mutter auf ihn zu stark geworden.

(Schluß folgt.)

Völkerekundliche Führungen *

Die Gebärdensprache.

Die Gebärdensprache ist die Sprache der Taubstummen und der Gehörlosen. Sie ist eine natürliche Sprache, die sich durch die Hände, die Augen und die Lippen ausdrückt. Sie ist eine Sprache der Liebe und der Hilfsbereitschaft. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Hand liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt.

Die Gebärdensprache ist eine Sprache der Liebe und der Hilfsbereitschaft. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Hand liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt.

Die Gebärdensprache ist eine Sprache der Liebe und der Hilfsbereitschaft. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Hand liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt.

Die Gebärdensprache ist eine Sprache der Liebe und der Hilfsbereitschaft. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Hand liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt.

Die Gebärdensprache ist eine Sprache der Liebe und der Hilfsbereitschaft. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Hand liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt.

Die Gebärdensprache ist eine Sprache der Liebe und der Hilfsbereitschaft. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Hand liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt.

Die Gebärdensprache ist eine Sprache der Liebe und der Hilfsbereitschaft. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Hand liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt.

Die Gebärdensprache ist eine Sprache der Liebe und der Hilfsbereitschaft. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Hand liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt.

Die Gebärdensprache ist eine Sprache der Liebe und der Hilfsbereitschaft. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Hand liegt. Sie ist eine Sprache, die in der Natur der menschlichen Seele liegt.

Charakter der Gebärden als Ausdrucksbewegungen festzustellen und sie danach zu ordnen. Zwei Grundformen treten hier wie in allen Vorstellungsbewegungen hervor: die hinweisende Gebärde und die nachahmende Gebärde. Die hinweisende Gebärde ist ihrer Form nach so einfach und ihrer Bedeutung nach so beschränkt, daß sie keine weitere Ausbildung und Erweiterung erfahren haben. Dagegen sind die nachahmenden Gebärden sehr mannigfaltig ausgestaltet. Sie üben versuchen, das gemeinte Ding durch gewisse Linien zu umschreiben, es nachzubilden. Es ist eine der ursprünglichen Hieroglyphenschrift verwandte Darstellungsweise. Eine besondere Form der nachahmenden Gebärde entsteht dadurch, daß die Gebärde durch die Phantasie mitgestaltet wird. Sie ermöglicht eine Bezeichnung der Dinge, die zu ihrer Erklärung der Ergänzung durch das Vorstellungsvermögen erfordert. Ein bestmögliches Merkmal wird benutzt, um das Ding anzudeuten. Es ist die Gruppe der andeutenden Gebärden, um die es sich hier handelt. Endlich gibt es besondere Gebärden symbolischer Art. Bei ihnen handelt es sich vor allem um abstrakte Begriffe, die durch sinnlich bedingte Vorstellungen ausgedrückt werden.

Versuchen wir diese Gruppen der Gebärden an dem Material zu veranschaulichen, das uns die Völkerkunde* bietet, so sind die einfach hinweisenden Gebärden ein unalterliches Besitz der Menschheit. Sie sind nur anwendbar, wo der Gegenstand wahrnehmbar ist; auf ihn die Aufmerksamkeit durch Zeigen zu lenken ist, wie die Ausdrucksbewegungen der Kinder zeigen, ein triebartiger Akt. Die hinweisende Gebärde ist gewissermaßen eine Abklärung aus einem Hinsprechen nach dem Dinge mit dem ganzen Körper. Denn vielfach steht hinter dieser Gebärde der Wille, die Sache zu erlangen. Soweit die Gebärden aber rein hinweisend sind, haben sie zwei Erscheinungen dauernd am Inhalt, die dem Redenden stets gegenwärtig sind, nämlich einmal die sich unterredenden Personen, sodann die Raumverhältnisse und Richtungen. Alle andern Dinge können der sinnlichen Anschauung und damit der hinweisenden Gebärde entzückt werden, stets aber setzt eine Mitteilung zwei Personen voraus, und unumkehrbar sind die Raumverhältnisse wie rechts und links, oben und unten, hinten und vorn. Eine gewisse Erweiterung des Inhalts erfahren die hinweisenden Gebärden, wenn sie Eigenschaften oder Funktionen des Dings ausdrücken. So wird oft die Größe bezeichnet. Unfraglich gehören alle diese hinweisenden Gebärden als natürliche Ausdrucksmittel zum menschlichen Urbesitz.

Aber schon in diesen Zeichen finden wir Formen, die über das bloß Hinweisende hinausgehen und einen Vorstellungsinhalt andeuten, der in der hinweisenden Bewegung allein nicht liegt. Hinweis auf die Organe des Körpers dienen oft zum Ausdruck ihrer Eigenschaften oder Funktionen. So wird ein Hinweisen auf die Nase, Augen, Mund, Ohren zum Zeichen für sehen, schen, hören, sprechen. Schon die ältesten Schriftsysteme, z. B. die altägyptischen Hieroglyphen, benutzen das gleiche Mittel, indem sie durch Abbildung der Organe die ihnen entsprechende Tätigkeit ausdrücken.

Den weitestgehenden Bestand an Gebärden liefern die hieroglyphischen Gebärden. Ihre ursprüngliche Form ist die der nachahmenden Zeichen, bei denen die Gegenstände durch eine Nachahmung ihrer Ähnlichkeit mit dem Zeigefinger oder durch besondere Haltung der Hände gewissermaßen plastisch nachgebildet werden. Dies ist die Form, die namentlich die Taubstummen anwenden. Sie sind besonders bei Indianern verbreitet; sie bezeichnen etwa den Firs durch eine Zeichnung des Gewehls in der Luft, die Fliege durch Andeutung des Fluges, den Vogel durch eine Nachbildung des Schnabels. Durch plastische Darstellung mittels der Hände, die durch Übung dafür ungeniebig ausgebildet sind, stellen namentlich die Neapolitaner und Indianer zahlreiche Gegenstände dar. So stellt der Neapolitaner durch die geballte Faust mit aufwärts gerichteten Daumen und beiden nach oben gerichteten Fingern — als Ohren zu deuten — die geballte Hand mit ausgebreitetem Zeigefinger und kleinem Finger bedeutet ein gebrochtes Tier.

Die Indianer sind an Gebärden der Handplastik sehr reich. Man bildet mit Daumen und Zeigefinger einen Kreis, um „Gold“ anzudeuten. Das Zeit wird dargestellt, indem die Finger beider Hände schräg nach oben gegeneinander gestellt werden, wie die Stangen, die die Zeitwaage tragen. Dagegen bezeichnen die ineinander geschobenen Finger beider Hände das Viochhaus mit dem selten Gefüge seiner Balken. Die gespreizten Finger der nach oben gerichteten Hand bezeichnen den Baum, nach unten gefehrt bedeuten sie Gras oder Strauch. Die hohle Hand bedeutet zunächst ein Tringelgefäß, sodann Wasser oder Tran. Beide Hände nach vorn gestreckt, wobei die Finger nach unten hängen, bezeichnen Regen. Namentlich Tiere werden durch handplastische Zeichen dargestellt; eine trauernde Haltung der Hand bezeichnen den Bären, durch andere Gebärden wird — ähnlich wie bei den Neapolitanern — der Kopf eines Tiers dargestellt, so des Pferdes und der Antilope.

Auch diese Zeichensprache findet ihre Fortsetzung in der Schrift. Die Bilderschrift der nordamerikanischen Indianer zeigt dieselben Symbole wie ihre Gebärdensprache. Kennliche Zeichen für Gegenstände finden sich in allen Schriftarten, die ihrem Ursprung nach Bilderschriften sind.

Wertwirdig ist, daß auch das Mienenpiel des Antikes in der Gebärdensprache eine Rolle spielt. Während aber die Hand durch ihre Plastik die Gegenstände selbst nachzubilden vermag, kann das Gesicht im mimischen Spiel seiner Muskeln innere Zustände wie Freude, Trauer, Jörn wiedergeben. Aber auch Schlaf, Tod und Aufmerksamkeit werden, da sie an mimischen Zeichen erkennbar sind, durch Ausdrucksmittel des Gesichtes dargestellt.

Die Gebärdensprache strebt, sobald sie komplizierteren Inhalt wiedergeben will, nach kürzeren Formen der Darstellung. Nicht der ganze Gegenstand, sondern nur irgendeiner seiner Teile wird dargestellt. So wird der Europäer von den Indianern durch eine Geste bezeichnet, die den Hut auf dem Kopfe nachbildet, weil der Europäer im Gegensatz zum Indianer einen Hut trägt, wie unsere Taubstummen den Mann durch den Gestus des Hutabnehmens bezeichnen. Das Kind wird von Indianern durch den Zeigefinger am Munde bezeichnet; dieser Gestus, den wir als Symbol des Schweigens anwenden, soll das Kind als noch nicht sprechend darstellen. Das gleiche Symbol benutzen die Altägypter und es findet sich in der ägyptischen Schrift für den Gott des Schweigens.

In großem Umfang sind andeutende Gebärden von den Neapolitanern ausgebildet, in denen Handbewegungen und mimischer Gesichtsausdruck verbunden sind. Hier wird die Gebärde fast zur pantomimischen Darstellung; so kann der geöffnete Mund und die auf ihn zugeführte rechte Hand den Begriff

* Vgl. Nr. 158, 161, 166, 171, 173, 188, 196, 200, 202, 205, 215 und 216.

Hunger darstellen. Derartige Gebärden sind neuerdings auch aus Japan bekannt geworden. Hier bedeutet z. B. der in den Mund gesteckte Zeigefinger in Verbindung mit einem begehrenden Gesichtsausdruck den allgemeinen Begriff Wunsch. Hier ist die Gebärde bereits zum Symbol geworden.

Die Gruppe der symbolischen Gebärden, die sehr reich entwickelt und bei allen Völkern vertreten ist, beruht darauf, daß ein Zeichen nicht die Sache selbst darstellt, sondern daß ein Zeichen irgendeine Vorstellung erregt, mit der es an sich nicht verbunden zu sein braucht. So stellt der Indianer Kige durch eine schräge, Wahrheit durch eine gerade Linie vom Munde aus dar. Hauptling bezeichnet er durch Erhebung der Hand über den Kopf, wie er den Frieden durch die Tabakspfeife darstellt. Hierher gehören vor allem die Symbole der Bejahung und Verneinung, der Zustimmung und Unterwürfigkeit sowie die zahlreichen Grußsymbole. Merkwürdig ist die bejahende und verneinende Kopfbewegung im Orient, bei den Arabern, die der europäischen Weise fast entgegengesetzt sind: die Bejahung wird durch Schütteln des Kopfes, die Verneinung durch Zurückschlagen des Kopfes ausgedrückt. An Symbolen sind wiederum die Indopolenen sehr reich; so brückt man Mädchen aus, indem man ein Augenlid herabzieht, während das Verfluchen der Nase Schläueheit bezeichnet. Auch bei uns ist die Nase als Organ des Spürsinns sprachwörtlich. Hierher gehört auch die Spottgebärde der „langen Nase“ oder das Überall auf der Erde verbreitete Herandastrecken der Zunge, das nur in Tibet als freundlicher Gruß beliebt ist. In der Hauptsache aber übernimmt wieder die Hand die Darstellung der symbolischen Gebärden, von denen manche auch aus geläufig sind. So deutet die flach ausgestreckte Hand Ruhe an; die Hand mit erhobenem Zeigefinger bedeutet die Aufforderung zur Aufmerksamkeit. Besonders reich haben wieder die Indianer diese Symbole der Hand ausgebildet. Das Emporheben der abwärts gerichteten Hand bedeutet Ablehnung oder Verneinung. Die nach oben gerichtete Handfläche, der Welts des Empfangens, dient als Ausdruck zur Zustimmung zu einem Vorschlag, der Gewährung einer Bitte. Der Begriff Freundschaft wird hier durch die ineinander gehaltenen Zeigefinger ausgedrückt, während die kreuzweise gelegten Zeigefinger Handel oder Tausch bedeuten, wie in der Schrift der Indianer zwei sich kreuzende Striche das Zeichen für Tausch sind.

Die voll entwickelten Systeme der Kreopolitaner und Indianer zeigen die große Ausdrucksmöglichkeit der Gebärden-sprache, von der wir nur einige Reste erhalten haben, die zu beachten und in ihrer Bedeutung zu würdigen unsere Ausfüh-rungen eine Anregung geben möchten.

Kunstchronik.

Konzerte. I. Die Woche eröffneten zwei Kammermusik- abende, das zweite Konzert des Gewandhaus- und das erste des Schewtschik-Quartetts. Das Programm der Gewandhauskammer- musik war ausschließlich Beethoven gewidmet. Ursprünglich war als erste Nummer das Trio für zwei Oboen und englisches Horn op. 87 in A-Dur bestimmt; Ungunst der Verhältnisse — Triksaufführung im Neuen Theater — zwang, diese Nummer durch die inhaltlich ziemlich verwandte Serenade für Flöte, Violine und Viola op. 25 zu ersetzen. An zweiter Stelle erschienen fünf der Bearbeitung des schottischen Liebes für eine Singstimme, Violine, Cello und Klavier; an dritter das Eis-Moll-Quartett op. 131. — Die Serenade ist ein ansprechendes kleines Werkchen, weder ganz absolute, noch ganz Gebrauchsmusik, doch immerhin nach der Seite der letzteren so stark tendierend, daß besonders geschmackvolle und künstlerisch geliebte Ständchenbringer eine entsprechend veranlagte Schöne damit feiern könnten. Das erste lustige Allegro, die „Entrata“, bedeutete dann den Anfang der Russikanten; das anschließende gemütliche Menuett eine Art Auf- forderung zum Tanz an die unermüdlichen angebotenen „Gä- stgeber“, das Allegro molto mit seinen widerhorzigen „Scherzo“- effekten den Reiz der Tanzszene. Jetzt erst, mit dem innigen Andante con variatione käme das eigentliche Ständchen, das in romantisch schmachtender Flötenfantasie ausklingt. Hingehend vorübergehend noch das kurze Scherzo und dem sprechenden Ab- schied in den vollstimmlichen Hornquinten des Adagio folgte mit dem Allegrofinale der Abzug des Trios. Die Wiedergabe war bis auf ein paar unbedeutende Versehen recht hübsch, die beste Leistung des Abends, vorwiegend durch das Ensemble der Herren Schwebler (Flöte) und Herrmann (Viola). In den schottischen Liedern, von denen neben dem bekanntesten ein paar weitere ge- hörte erschienen, sang die Klavierspielerin Frau Grimm-Mittelmann mit recht wohl-, wenngleich nicht völlig durchgebildetem Klange und wenig plastischer Sprache ihren Part in jenem freundlichen In- differentismus, von dem man zu sagen pflegt, daß er „nichts ver- derbe“. Herr Wünsche ist als Begleiter in den üblichen Lied- abenden mit seiner ruhigen Verlässlichkeit durchaus willkommen; im Gewandhaus war er als Triospielder entschieden nicht am Platz; hier stellt man höhere Anforderungen. — Die Auffüh- rung des Eis-Moll-Quartetts war — das merkte man — sehr sorgsam vorbereitet. Wenn sie trotzdem zu keinem rechten Ein- druck geblieben, so liegt das an gewissen Mängeln des Ensembles, die nur durch radikale Ummächtigungen in der Personalbesetzung zu heben sein dürften. Der unmittelbare Vergleich mit dem Gewandhausquartett zeigte deutlich, welche Qualitäten das Schewtschik-Quartett aufweist. Die Herren haben allerdings auch seit dem letzten Winter sich gegenseitig gründlich erzogen; das Ensemble ist viel weicher, biegsamer geworden; die Mitglieder haben sich untereinander noch weiter assimiliert, so daß die Ver- einigung als Ganzes jetzt weit mehr geschlossene Individualität besitzt. Das Programm war recht gut. An erster Stelle stand Glazounows hier meines Wissens bisher unbekanntes A-Moll- Quartett. Durch die Macht, mit welcher sich Tschaikowskys Wert, vor allem seine späteren Sinfonien, bei uns durchgesetzt haben, hat sich uns, wie mir scheint, eine ziemlich einseitige Vorstellung aufgedrängt von dem, was uns russische Musik zu bieten hat. Es ist ganz klar, daß eine positive Wirkung auf die Entwicklung deutscher Musik von der äußerlich zivilisierten, in dieser Zivi- lisation jedoch degenerierten Barbarei, die seine Kunst charakteri- siert, nicht ausgehen kann; ja wir haben alle Ursache, uns gegen seinen Einfluß zu wehren. — Wer mit solchem verallgemeinernden Vorurteil an Glazounows Quartett herantrat, mußte aufs angenehmste überrascht sein. Dies Quartett ist frische, gesunde, klugfröhliche Musik, frei von allen parfümierten Trivialitäten, vornehm, nicht groß, aber doch recht bedeutend. Den nächsten Vergleich bieten die verwendeten Arbeiten von Dvorshak; doch scheint mir Glazounow diesem als Persönlichkeit überlegen, ohne erheblich weniger Musiker zu sein. Am weitesten entfernt haben mich der innig bewegte Gesang des langamen Satzes und die lächerliche Fröhllichkeit und Unbesonnenheit des Scherzos, das eine ganz bestimmte Atmosphäre gab, ohne nur einen Augenblick in die übliche slawische Stimmungsmache zu verfallen. Die Ge- läute habe ich beim ersten Anhören nicht klar übersehen können; doch beweist das schwerlich etwas gegen die Faktur, die im ein- zelnen außerordentlich fein ist. — Die Aufführung war warm und begeistert; sehr richtig auch die von Beethovens B-Dur- Quartett aus op. 18. Trotzdem hatte den eigentlichen Erfolg des Abends verdientermaßen Paul Aron, zunächst mit dem Vor- trag dreier Charakterstücke von Mendelssohn und Grieg und am Schluß des Konzerts mit der Mitwirkung in Mozarts Es-Dur- Klavierquartett. Der junge Pianist fiel mir schon mehrmals als Begleiter auf; ich war gespannt zu sehen, wie er mit selbstän- digem Auftreten abzuweichen würde. Was seine Leistung wesent- lich charakterisiert, das ist: er weiß ganz genau, was er sich zu- trauen darf, und was nicht. Pathetisch ausgreifender Musik gegenüber würde er voraussichtlich versagen; aber überall da, wo es sein und klar zu zeichnen, die Empfindung durch Form oder darstellerischen Ausdruck zu halten gilt, gibt er heute schon ganz

Vorzügliches. Sein Ton ist nicht groß, doch rund und von sel- tener Sphäre, die Bedachtvollheit musterhaft sauber, die Gesamt- haltung von einer — angelehnt an die gewohnten Klavierauffüh- rung — ungemein sympathischen Ruhe und Besonnenheit. Von den Charakterstücken kam vor allem Mendelssohns Gondellied in F-Dur- Dur beifast heraus, ganz als der musikalische Federbüßer zu- bereitet, der es erst bei Mozart kulminierte die Leistung; Aron spielte mit schlichtester Einordnung in das Ensemble seinen Part, aber nach jeder Seite — technisch wie musikalisch, namentlich in der subtilen Phrasierung — so reizvoll, daß man unwillkürlich des Etichtrios vergaß.

Die Thomaner brachten in der Vorseier des Totenfestes unter Leitung Professor Straubes die erste Konzertaufführung von Regers neuer — ihnen und ihrem Kantor Professor Schred zugeeigneter — fünfstimmiger Motette: Mein Odem ist schwach (op. 110, Nr. 1) heraus. Ueber diese Novität ein paar Worte, zumal die Vorbereitung ist auf das letzte große Werk Regers, den vom Bachverein für Ende März zur Aufführung angelegten hundertsten Psalm für Chor und Orchester. Reges hat meines Wissens früher nur kleinere A-capella-Sachen geschrieben; die Motette ist das erste größere Werk ihrer Gattung. In Anbetracht dessen frappiert wieder einmal die Sicherheit und Energie, mit welcher der Komponist seine Ausdrucksmittel handhabt; wo ein anderer mehr oder weniger in der technischen Studie stecken ge- blieben wäre, gibt er sich bereits mit selbstverständlicher Freiheit. Dem aus Stimmworten zusammengesetzten Text liegt der elementare religiöse Gedanke zugrunde, daß menschliche Hilflosigkeit nur im Vertrauen auf göttliche Barmherzigkeit und Erbarmung be- stehen könne; dem Zustand der Schwäche und Erniedrigung wird einer der Erhebung und Zuversicht gegenübergestellt. Es ergibt sich so für die musikalische Verarbeitung eine große Gegenüber- wirkung, die Reges mit bewusster Kunst ausgebeutet hat. Dabei gliedert er so, daß in jedem der beiden Teile ein langsamer, lyrisch subjektiv gehaltener Satz vorausgeht, ein bewegter, kontrapunktlich fester gefügter und von der Einzelstimmführung zu objektiver Gestaltung fortschreitender nachfolgt. Dem eigen- tümlichen Auf und Nieder des tief stimmungsvollen, nur vielleicht ein wenig zu ausgepönten ersten Satzes: Mein Odem ist schwach . . . entspricht im zweiten Teil das wunderbar weich dahinfließende Adagio: Sei du selbst mein Bärge bei mir . . . dem erbarungslosigen: Rückwärt, Gespött umgibt mich . . . dessen edig göttlicher Stil unwillkürlich an Dürersche Passio- nibilder erinnert, das glaubensfreudige Allgemeinbewußtsein der Jung: Aber ich weiß, daß mein Erlöser lebet. Der Gespötsigkeit, in die Motettenkomposition einen Choral einzuführen, hat Reges einen sehr eigenen seinen Tribut dargebracht, indem er den lyrischen Eingangssatz des zweiten Teils mit geschlossener Melo- die, halbwegs strophisch gestaltet. Dieser kurze Satz scheint mir den Höhepunkt des Werks zu bedeuten; wer der hingebenen Anbrunn dieser Musik gegenüber noch nicht lernt, die Größe und Weite Regerschen Empfindens über die Subtilität Regerscher Ar- beit zu sehen, die mit nicht zu helfen. Qualitativ technisch ver- langt der Komponist vom Chor kaum mehr, als vor ihm schon Hugo Wolf in seinen geistlichen Gesängen nach Eichendorfschen Vorbildern, Arnold Mendelssohn in seinen Angelus-Silbes- Sprüchen getan haben; die größten Schwierigkeiten enthält das erste Allegro, das intonationsrein und darstellerisch drastisch wohl nur einem stimmlich ganz ausnahmsweise gut geschulten Chor gelingen dürfte. Die Thomaner taten ihr Möglichstes. Interessant war zu beobachten, wie Stranbe die bei der Motetten- aufführung eine Woche zuvor getrenn eingetragene Regersche Symphoniehornmusik zurückgeführt hatte; ein ähnlicher Freund- schaftsbeweis, wie er ihn Reges in seiner Behandlung der Orgel- werke geleistet hat.

Von Reges zu Meinecke — ein weiter Weg, der ein gutes Stück Leipziger Musikgeschichte bezeichnet. Meinecks Konzert in F-Moll op. 82, das der „Jugendliche Cellist“ Aloa Lewin unter Mitwirkung des Leipziger Symphonieorchesters in einem Konzert mit Tschaikowskys bekannter Variationen über ein Mozartschen Va- lzer, Nr. 1, eine unvergleichliche, fast rührende, romantischer Welterfäp- einflussnahme thematisiert, doch ohne den Mendelssohnschen ur- sprünglichen Charme, der selbst die Trivialität noch adelt, ein paar Sorn- und Adrenerfeste, gelegentlich ein verrirrter Weis- händlerakt; im ganzen eine ärgerlich langweilige Musik, deren einziger Erfolg nur dem — Stranbe wohl sich gleichgültigen — Durchschmittgeschmack des lieben Publikums auszuscheiden ist: es war schmerzhaft fein, so wie der seine alte Herr, der mit ziemlich nichtumtümter Gestalt zufrühe, sich selber zu überleben. — Aloa Lewin ist — wie der Vortrag sowohl des Konzerts als der Tschaikowskyschen Variationen, deren geistreiche Unterhalt- samkeit man sich noch längerer Pause fern einmal wieder ge- fallen, läßt, zur Genüge bewies — technisch und musikalisch sehr beachtenswert; hat ein erhelltes gutes Instrument und eine im gan- zen recht freie und sichere Vorgesichtsbewegung, die ihm zusammen zu einer hübsch schönen, wenn auch nicht gerade herrlichen Kantile- ne verhalfen. Weitere Entwicklung — der im Auftreten leider schon bewiesenen ungenügte kleine Herr ist nach meiner Schätzung höchstens zwölf Jahre alt — bleibt abzuwarten; von persön- lichem Eindruck ist jetzt natürlich noch keine Rede und bei Wunderfindern Neppst immer das zunächst Anmerkbare. — Herr Kapellmeister Rindfleisch dirigierte ohne inselktuellen Anfall, was man neuerdings aus leicht ersichtlichen Gründen als Vorzug seiner Positionen anzuweihen für art findet, — aber auch ohne die die Abwesenheit dieses Vallasts wehmachende künstliche Eingebung.

Schauspielhaus (Gastspiel Neues Sorma). — Am Sonnabend, als sich nur wenige Zuschauer einfanden hatten, dürfte Frau Sorma diesmal ihre stärkste künstlerische Leistung gebracht haben. Eine Leistung zudem, die allgemeinere Be- deutung hat. Frau Sorma spielte in Abends Gespenstern die Helene Alving, und zwar in einer Weise, die dem Stück sein besonderes Gesicht gab. Als das Stück erschien, wirkte es, wie wir wissen, als eine wilde Herausforderung. Diese Frau Alving lernte im Verlauf des Stücks sich über so viel hinwegsetzen, was den braven Bürgern heilig war, daß furchtsame Gemüter den Eindruck erhielten, als ritt sie hier Aben an den Fundamenten der bürgerlichen Kultur. Das Stück wurde empfunden als die Explosion eines Poetenherzens, das lange an sich gehalten und nun auf einmal allen aufsehendsten daß hinauswühlenden mußte; es wirkte als wütender Angriff. Und dementsprechend sah man Frau Alving die geistige Entwicklung, die Frau Alving durchmacht. Zwischen ist das literarische Kampfschloß ver- stummt, und allmählich lernen wir die Abenschen Gestalten in anderer Lichter sehen, wir sehen sie sozusagen menschlicher. Legten wir früher den Hauptakzent darauf, wie Frau Alving, freilich unter dem Druck unerhörter Erfahrungen, ihr ganzes Geistesleben revolutioniert und das letzte Gedankenpensée austreibt, um schließlich sozusagen auf leerem Felde zu stehen und ganz von vorn anfangen zu müssen, so sehr wir jetzt in Frau Sormas Darstellung die neue Auffassung ins Extrem getrieben, die aus- schließlich betont, wie diese Frau, die am Anfang des Stücks eine in schwerem Kampf errungene heitere Ruhe zeigt, leidet, leidet und wieder leidet und vom Leid niedergedrückt wird, bis sie ganz zusammenstürzt, wie ein Licht verlöscht, von einer Schid- salsmacht befreit, gegen die nicht anzukämpfen ist. Frau Sormas Darstellung hat zwei Höhepunkte. Das ist einmal das unvergleichliche Bild, das sie am Anfang bietet und später etwas verdunkelt nach der Auseinandersetzung zwischen Randers und Engstrand im zweiten Akt. Das Bild der feinen, vornehmen alten Dame, die sich jahrelang gefort hat, um ihren geliebten Jungen von allem fernzuhalten und freizumachen, was an die Berruchtheit des Vaters erinnert. Nun ist sie am Ziel, nun meint sie alles überwunden zu haben, nun sieht sie als Siegerin auf ihr ganzes bisheriges Leben zurück, und nun hat sie ihren Augen bei sich, der ihr ein gesunder, feiner, lieber Mensch zu sein scheint, und nun geht sie, ganz von stillem Altersglück er-

füßt, leise lächelnd durch das Haus, aus dem ihr alle Er- innerungen an qualvolle Zeiten verschwunden zu sein scheinen: sie sieht ein ruhiges Alterleben vor sich, sie wird still weiter- schaffen, sie wird gelöst verfolgen, was die Menschen draußen, in größeren, freieren Verhältnissen, denken, und sie wird leise geschäftig für den Sohn sorgen, der ganz ihr, ihr allein gehört. Dieses Bild der erlösten Matrone-Ruhe, -Freiheit und -Heinheit gibt Frau Sorma unbefriedlich schön wie den besten, friedlichsten Herbstabend. Und es hat den partesten Reiz, wie sie vom Standpunkt der errungenen Freiheit aus ihr Verhalten zu dem Pastor Randers ordnet, zu dem sie einst in ihrer Not flüchtete, und sein Wesen liebevoll überhaut. Und dann bleibt noch ein Eindruck. Sie ist aus ihrer Ruhe auf- gestört, und sie verliert alle Sicherheit, und ihr ist, als warte ihr der Boden unter den Füßen, und sie schwebt, schwankt, gleitet geisterhaft im Hintergrund der Bühne wie eine verirrte Seele, die keine Ruhestatt findet. Das erinnert an eine Madierung des Norwegers Edoard Munch.

Aber diese Darstellungsweise hat ihre Schattenseiten. Sie wirkt durch die Intenität in der Darstellung des Leidens, aber sie vermischt die revolutionäre Kraft im Festleben der Frau Alving. Eine feine Matrone geht zugrunde, aber nicht kämpft ein geistig wagemutiges Weib den schweren Kampf durch, den ihr das Schicksal befehlen. Mir will scheinen, das Stück wird auf der einen Seite verinnerlicht, auf der andern gefälscht. Würde neben dem unsagbaren Leiden die tapfere Weiter- entwicklung des Denkens dargestellt, dann bestellte das Stück zugleich sein altes Gesicht und befäme leuchtendere Farben. Und es käme auch mehr Zusammenhang in die Darstellung selbst. Wird das gedankliche Gerüst des Stücks unklar, dann wirkt diese Schmerzensinfonie oft willkürlich in ihren starken Neuerungen, die zuweilen reichlich grell ausleuchten und mehr blenden als überzeugen. Man schaut eine neue Frau Alving herbei, in der alte und neue Auffassung und Darstellung sich einen — so sehr man die Hingabe bewundert, mit der Frau Sorma sich in ihrer Weise in die größte Frauengestalt der Abenschen modernen Dichtung hineingelegt hat.

Gestern gab die Künstlerin die flatternde Gilberte in Meis- hac und Halévy's gesellschaftskritisch ausgepömmen Mährstück Froufrou. Sie hat hier eine schauspielerisch dankbare Parade- rolle zu vermenjshlichen, was ihr, wie man von früher her weiß, kraft ihres besondern Wesens ausgezeichnet gelingt. In dieser Darstellung kann man sich das Stück schon einmal an- sehen. Man hat auch den Vorteil davon, dann deutlicher als sonst die Anregung herauszufühlen, die das grobe Werk Ibsen gegeben hat.

Während die Gespenster vor fast leerem, wurde Froufrou vor ausverkauften Hause gegeben. Die guten Leipziger hatten einen Tag zu spät gemerkt, was ein Gastspiel der Sorma be- deuten kann.

Neues Theater. Dienstag: Wilhelm Tell (Schillerzyklus X). Mittwoch: Falstaff, Lyrische Komödie in 3 Akten von G. Verdi (neu einstudiert). Donnerstag: Tantris der Narr. Freitag: Carmen (Gastspiel Sigrid Arnoldsons). Sonnabend: Die Tragödie, Drama in 3 Akten von N. von Erdberg (Urauf- führung). Sonntag: Händel und Gretel; Venus im Grünen; Vier slawische Länze. Montag, 20. November: Mignon (letztes Gastspiel Sigrid Arnoldsons). — **Altes Theater.** Dienstag: Der tapfere Soldat. Mittwoch: Die geschiedene Frau. Donnerstag: Die Landstreicher. Freitag: Die Dollarprinzessin. Sonnabend: Die Landstreicher. Sonntag, nachmittags 1/2, 3 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Kabaie und Liebe), abends 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Montag, 20. November: Die geschiedene Frau.

Das Schauspiel bereitet, schreibt die Direktion des Stadt- theaters, für den 27. November eine Uraufführung vor: Die Traagdä, Drama in drei Akten von Robert von Erdberg, der die Dichter des Werkes ist. Seine Meinung auf dem Gebiet des Dramas; er hat vor Jahren ein Schauspiel: Weigand und Sohn veröffentlicht. Er lebt zurzeit in Berlin und nimmt dort regen Anteil an den Bestrebungen für Wohlfahrtspflege und Volksbildung. Seine Schrift: Die Wohlfahrtspflege, eine sozialwissenschaftliche Studie, die 1902 erschienen ist, hat in weitesten Kreisen Beachtung gefunden und auch Einfluß erweckt. In diesen Tagen erscheint das erste Heft des von ihm heraus- gegebenen Volksbildungsarchivs, eines Organs, das berufen sein dürfte, auf dem Gebiet der Volksbildungsbestrebungen eine führende Rolle zu spielen. 1888—90 hat Robert von Erdberg in Leipzig Kunstgeschichte und dann später (bis 1895) auf andern Universitäten Volkswirtschaft studiert.

Am Freitag findet im Neuen Theater das erste Gastspiel der Kammerängerin Sigrid Arnoldson, als Carmen, statt. Der Villetvorverkauf für dieses sowie für das zweite Gastspiel der gefeierten Künstlerin am Montag, 20. November, als Mignon beginnt am Mittwoch von 10 bis 13 Uhr an der Tageskasse; Be- stellungen auf Villetts werden jetzt schon entgegengenommen.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 8 Uhr.

Bereinigtes Leipziger Schauspielhaus. Schauspielhaus. Dienstag: Die Geschwister; Clavigo (halbe Preise). Mittwoch: Die Zwillingsschwester (Glubitta; Agnes Sorma). Donner- stag: Die verunkene Glode (halbe Preise). Freitag: Nora (Nora: Agnes Sorma). Sonnabend: Pariser Witwen. Son- tag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerbeverein S. D. (Die verunkene Glode), abends 8 Uhr: Pariser Witwen. — **Neues Operetten-Theater (Theater am Thomabring).** Dien- stag: Die Förstergirl. Mittwoch, Donnerstag, Freitag: Ein Herbstmünder. Sonnabend: Die Förstergirl. Sonntag, nach- mittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerbeverein S. D. (Der Prinzpapa), abends unbestimmt.

Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nichts andres angegeben, 1/2, 8 Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 Uhr.

Vattenberg-Theater. Dienstag: Fräulein Mama. Mittwoch: Die Elfe vom Erlenhof. Donnerstag: Fräulein Mama. Freitag: Die die Alten jungen. Sonnabend: Die Frau des Verren.

Der dänische Maler Peder Severin Krøyer ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gestorben, der seit den siebziger Jahren in der vordersten Reihe der dänischen Künstler stand. In Deutschland wird man sich besonders seiner hellen nordischen Landschaften mit dem Ausblick auf die See erinnern, in seiner Heimat schätzte man namentlich große Figurenbilder, auf denen er die Vertreter der kopenhagener Börse und der dänischen Ge- sellschaft der Wissenschaften in glänzenden Charakteristiken sam- melte. Aber das Beste von ihm bleiben doch wohl die Schilder- ungen, in denen dänisches Fischer- und Strandleben und dänische Landschaft harmonisch zusammenklingen. Von Krøyer existiert auch eine ganze Reihe von Porträts slawischer Künstler- perslichkeiten wie Drachmann, Schandorff u. a. Krøyer stand im 50. Lebensjahre.

Singelaufene Schriften.

Hilf. Philipp-Heergesell, Den Hals voll Äugen. Novellen. Berlin, Verlag von Schuster u. Köfker. Preis 2 Mk. Karl Albrecht Bernoulli, Die Ausgrabung von Wä- tern. Roman. Jena, Verlag von Eugen Diederichs. Preis 3 Mk.